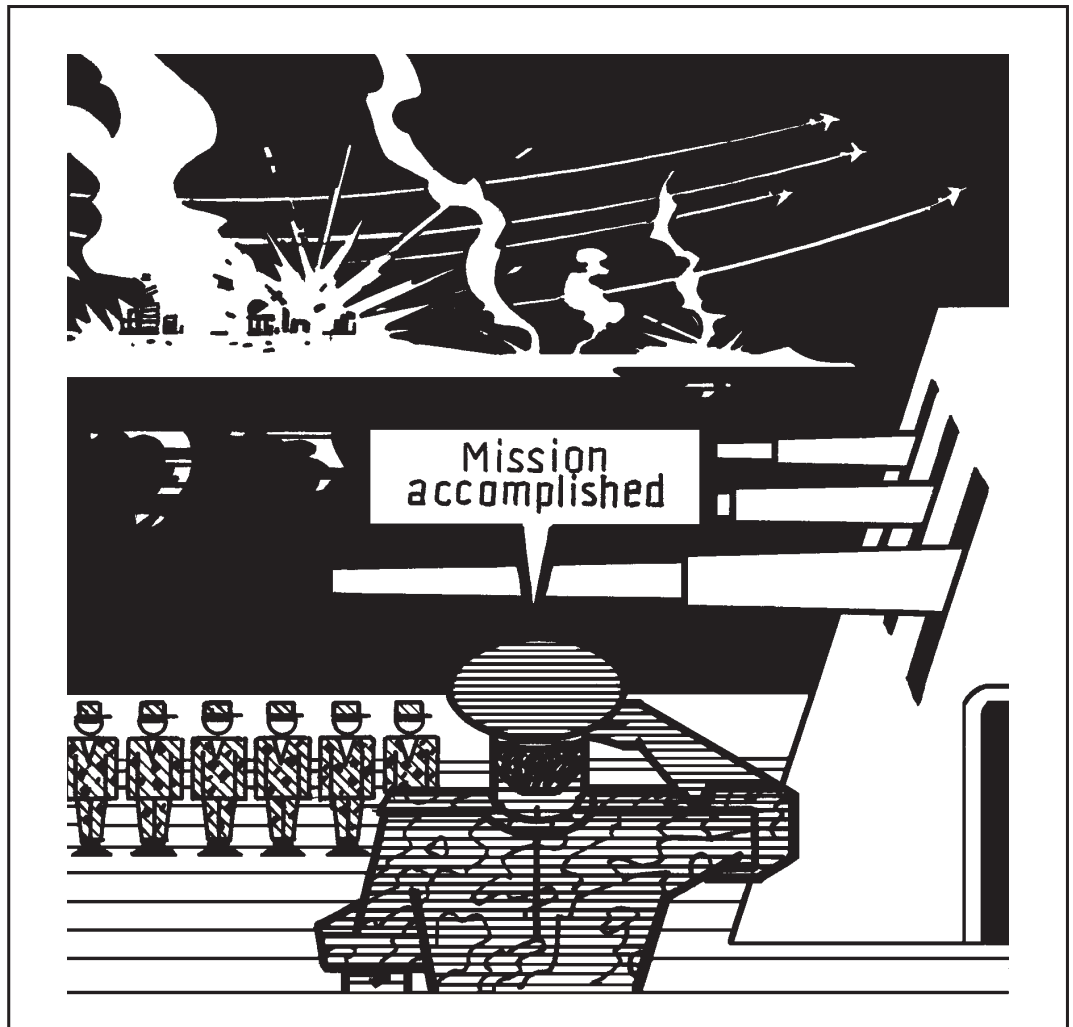


Conrad Schuhler

Bush und danach

Wohin treiben die USA?



Schutzgebühr: 3,50 Euro

Impressum

isw-report 63, September 2005

Publikationsreihe isw-report: ISSN 1614-9289

Herausgeber:

isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München

Telefon 089/130041 Fax 089/168 94 15

isw_muenchen@t-online.de

www.isw-muenchen.de

Konto: Sparda Bank München

Konto-Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)

Redaktion: Conrad Schuler

(verantwortlich im Sinne des Presserechts)

Layout und Grafiken: Monika Ziehaus

Karikaturen: Bernd Bücking

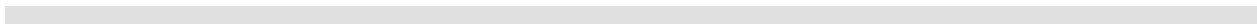
Schutzgebühr: 3,50 EUR

Der Innenteil dieser Broschüre ist auf 100% Altpapier,
zertifiziert mit dem Blauen Engel, gedruckt.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger
Genehmigung des isw e.V.

Inhaltsverzeichnis

editorial	3
I. Wie Bush die Wahlen 2004 gewann	
1. Bush siegt glatt und mit ihm die Republikaner im Senat und Repräsentantenhaus	5
2. Die Bush-Wähler, die Kerry-Wähler – und die anderen	6
3. Moralische Werte, die allgegenwärtige Angst und das Entstehen der Geteilten Staaten von Amerika	7
4. Die überlegene Wahlkampfmaschine des Bush-Lagers	9
5. Der verfehlt Wahlkampf der Kerry-Demokraten	10
II. Die Gründe für die Hegemonie des rechtskonservativen Amerika	
1. Die rechtskonservative Allianz hinter Bush	12
1.1 Die verschiedenen Elemente der Allianz hinter Bush	12
1.2 Zivilreligion – eine Nation mit der Seele einer Kirche	15
1.3 Die Religiöse Rechte will sich des Staats bemächtigen	16
1.4 Die politischen "Schnittmengen" von Neoliberalen, Neokonservativen und Religiöser Rechter	16
2. George W. Bush – Vollstrecker des göttlichen Auftrags an Amerika	18
2.1 Bushs Selbstdarstellung entspricht dem national-religiösen Mythos	18
2.2 Bush in der Tradition seiner politischen Vorgänger	19
III. Bush I: Hochrüstung, mehr Armut, mehr Reichtum: mehr Staatsschulden	
1. Die Bush-Regierung: Personal von der "konservativen Koalition"	20
2. Militärische Absicherung der Globalherrschaft und neue Hochrüstung	22
2.1 Die Neue Militärstrategie	22
2.2 Rasante Steigerung der Rüstungsausgaben	23
2.3 Irakkrieg – Lüge, Völkerrechtsbruch, Korruption und Folter	23
2.4 Mehr Arbeitslose, mehr Arme, weniger Steuern für Reiche und Konzerne	26
2.5 Steuerkürzungen bei Reichen und Konzernen, höhere Rüstungsausgaben: Schuldenrekord	28
IV. Bush II: "Ich habe politisches Kapital gewonnen, und jetzt werde ich es einsetzen"	
1. Bush verschärft den Kurs	29
1.1 Die Programmrede zur Lage der Nation	29
1.2 Das neue Personal – "Aufstieg der Falken"	29
1.3 Der Haushalt 2005/2006 – an allem sparen, nur nicht an der Rüstung	31
2. "Krieg gegen den Terror" – neue Folge: Iran	31
3. "Ownership Society" – alle Amerikaner zu Republikanern machen	32
V. Bruchstellen der Bush-Politik?	
1. Das Irak-Debakel	34
2. Die Schulden-Zeitbombe	35
2.1 Die Schulden der Privathaushalte	35
2.2 Staatsschulden und Niedergang der zivilen öffentlichen Leistungen	36
2.3 Auslandsverschuldung – wie lange halten die Gläubiger noch still?	37
2.4 Wie wollen die USA das Dilemma lösen?	38
3. Internationale Konkurrenz – "BRIC" gegen Washington	39
4. Risse in der "konservativen Koalition"?	40
VI. Wer stoppt die "konservative Koalition"?	
1. Die Demokratische Partei – untauglich für den Wechsel?	42
2. Die Spaltung der Gewerkschaften	44
3. Ein politischer Block gegen die konservative Koalition ist (noch) nicht in Sicht	44



Editorial

In der "Nationalen Sicherheitsstrategie der USA" verkündet die Bush-Regierung, Amerika werde Freiheit und Demokratie "in den letzten Winkel der Welt" bringen. Zwar handelt es sich ersichtlich nicht um Freiheit und Demokratie, was die Bomber, Raketen, Marines und Spezialkommandos nach Afghanistan und Irak gebracht haben, aber wahr ist dies: was die USA tun, hat Auswirkungen bis in den letzten Winkel der Welt. Die USA haben das Kyoto-Abkommen, mit dem der weltweite CO₂-Ausstoß reduziert werden sollte, torpediert. Die USA haben sich zum Welt-Sheriff gemacht, der damit droht, bei Bedarf auch Atomwaffen einzusetzen. Die USA sind dabei, ein globales Regime über die wichtigsten Ressourcen, allen voran Erdöl und Erdgas, einzurichten, womit sie über die wirtschaftliche Perspektive aller anderen bestimmen. Die USA verhindern Ende 2005 eine Reform der UN, die mehr kollektive Mitsprache und eine Rückkehr zum Völkerrecht hätte bringen sollen.

Mit dem Nato-Überfall auf Serbien, den Aggressionen gegen Afghanistan und Irak haben die USA – weithin in Übereinstimmung mit ihren Nato-Alliierten – das Gewaltverbot der Satzung der UN gebrochen. Sie haben die Gewalt als Mittel der Politik wieder eingeführt und sich das alleinige Recht reserviert zu bestimmen, wann, wie und gegen wen militärische Gewalt eingesetzt werden soll. Die USA haben Waffen zur letzten Währung der internationalen Geschäfte gemacht, eine Währung, in der sie ein noch strikteres Monopol ausüben als beim Weltgeld Dollar.

Ob wir das wollen oder nicht: die politische Entwicklung in den USA bestimmt wesentlich mit, was aus uns in Europa, was aus der Welt insgesamt wird. Deshalb sollten wir genau analysieren, wohin die USA mit und nach Präsident Bush treiben. Sollten zu ergründen suchen, ob George W. Bush, der die schon unter Bush Senior und Clinton entwickelte Supermacht-Strategie der USA noch beträchtlich verschärft hat, eine "einmalige" Erscheinung ist, und ob die hinter ihm stehende "konservative Allianz" ihre politische Substanz mit dem Rest seiner Amtszeit aufgebraucht hat.

Der vorliegende Report widerlegt diese Auffassung. Bush ist kein "Betriebsunfall" der US-Geschichte. Er verkörpert vielmehr eine Hauptströmung, die seit den Tagen der Pilgerväter die USA für eine Heilsfügung der Menschheitsgeschichte hielt, deren "offenkundige Bestimmung" es sei, das Heil auch über die Grenzen der USA hinaus zu tragen. Deren gesellschaftliches Leitbild, entlehnt von den calvinistischen Sekten, auf der "Eigentümer-Persönlichkeit" und deren Führerschaft in der Gemeinde beruht. Aus den vielerlei Sekten und Heilsreligionen hat sich eine "Ordnungsreligion" gebildet, die eigentliche nationale Ideologie der USA. Die USA sind eine Nation mit der Seele einer Kirche und George W. Bush, der "wiedergeborene" Christ, ist ihr Bannerträger.

Doch wird die Hegemonie dieser Ideologie Bushs Amtszeit als Präsident überdauern. Denn Bush ist "bloß" das Instrument einer "konservativen Koalition", die vor ihm da war und nach ihm weiter funktionieren wird. Die Allianz von Neoliberalen, Neokonservativen und Religiöser Rechten hat mit ihrer gewaltigen Wissenschafts- und Medienmaschine und mit ihrer Dominanz in kommunalen Gruppen, Klubs und informellen Verkehrskreisen eine eindeutige Dominanz gegenüber den liberalen Einheiten des "anderen Amerika".

Der Report geht den Fragen nach: Worauf gründet diese kulturelle Hegemonie und mediale Dominanz der "konservativen Koalition"? Welche Rolle spielen die Kirchen und die Religion? Kommt es zu Spannungen oder zu Rissen in der "konservativen" Allianz? Wo liegen die Bruchstellen ihrer Herrschaft? Welche Gegenwehr ist von der Demokratischen Partei und von den Gewerkschaften zu erwarten? Wie steht es um die Chance der Bildung eines politischen Blocks gegen die "konservative Koalition"?

Kapitel I.

Wie Bush die Wahlen 2004 gewann

1. Bush siegt glatt und mit ihm die Republikaner in Senat und Repräsentantenhaus

Im Jahr 2000 wurde George W. Bush zum 43. Präsidenten der USA gewählt, obwohl er im bundesweiten Ergebnis (Popular Vote) 500.000 Stimmen weniger erhalten hatte als sein demokratischer Kontrahent Al Gore. Entscheidend war, dass er den Bundesstaat Florida und mit ihm die 20 Elektorenstimmen gewann, die ihm im Electoral College (Elektorenkollegium, Wahlmänner und -frauengremium, das auf der Grundlage der Ergebnisse in den einzelnen Bundesstaaten den Präsidenten wählt) eine knappe Mehrheit von vier Stimmen verschafften (271 zu 267). In Florida, wo der Bruder des Kandidaten, Jeb Bush, Gouverneur war (und ist), hatte George W. Bush 500 Stimmen vor Gore gelegen, ganze 0,0005 Prozent der im Sonnenschein-Staat abgegebenen Stimmen. Bush war zu dieser Mehrheit nach Ansicht der meisten Beobachter nur über die massive Behinderung schwarzer WählerInnen und offenkundiger Manipulation an Wählerlisten und an Wahlmaschinen gekommen. Erst mit dem seinerseits umstrittenen Urteil des Obersten Gerichtshofs sechs Wochen nach der Wahl wurde der Wahlsieg Bushs amtlich. (Vgl. dazu: Peter Filzmeier/Fritz Plasser: Wahlkampf um das Weiße Haus. Opladen 2001; Paul Krugman: U.S. democracys dirty look. New York Times, 20.8.2005).

2004 schien mit dem Ablauf der illegitimen Amtszeit dieses Präsidenten auch sein Verweilen im Weißen Haus ein Ende zu finden. Die letzten Umfragen vor der Wahl im November 2004 sahen den Kandidaten der Demokratischen Partei, John Kerry, in Front. 55 % der Befragten sagten, der Präsident "geht in die falsche Richtung". Ob Außen- oder Wirtschaftspolitik oder gar der Irak-Krieg – stets erklärte sich eine Mehrheit gegen den Kurs des Präsidenten. (Vgl. Mark Daner: How Bush Won. www.alternet.org/story/20853) Fünf Wochen vor der Wahl fasste Joseph E. Stiglitz, 2001 Nobelpreisträger für Wirtschaft und Ökonomieprofessor an der New Yorker Columbia University, die Prognose des Anti-Bush-Lagers so zusammen: "Aber die Intensität der Ablehnung, die Bush in Amerika entgegenschlägt, geht tiefer als jede Einzelfrage. Es setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass die Werte, die er und seine Administration verkörpern, das Gegenteil all dessen sind, wofür Amerika lange gestanden hat – die Werte einer offenen Gesellschaft, in der unterschiedliche Ansichten unbehindert in einer Kultur der Rücksichtnahme und des gegenseitigen

Respekts diskutiert wurden." (Joseph E. Stiglitz: Verantwortlich ist immer der Chef. Financial Times Deutschland, 28.9.2004)

Größte Wahlbeteiligung seit 1968

Abgesehen von der geschichtsklitternden Sicht auf die Vergangenheit – von Nixons Watergate bis zur Hasskampagne gegen die Clintons war die politische Kultur eher von kriminellen Machenschaften und erbarmungsloser Jagd auf den politischen Gegner geprägt denn von Rücksichtnahme und gegenseitigem Respekt – irrte sich der Nobelpreisträger auch in der Prognose. Denn der 2. November 2004 wurde zum Triumph der "Bushies". Der um seine Wiederwahl kämpfende Präsident erhielt diesmal drei Millionen Stimmen mehr als sein demokratischer Kontrahent Kerry. 12 Millionen Wähler mehr als 2000 waren zu den Wahlurnen geströmt, eine in den USA seit 1968 nicht mehr erreichte Wahlbeteiligung von 60 Prozent. Bush hatte so viele Stimmen auf sich versammeln können, wie noch nie ein Kandidat zuvor. Allerdings hat auch noch kein Kandidat so viele Gegenstimmen bekommen. In Prozenten gerechnet war der Abstand zwischen Sieger Bush und Verlierer Kerry für einen amtierenden Präsidenten der knappste Sieg seit der Wahl Trumans im Jahr 1948. (Die im Mai 2005 vom U.S. Census Bureau bekannt gegebenen Daten differieren von dem Ergebnis, das als "offiziell" vom Kongress im November 2004 festgestellt wurde, allerdings nur, was die Gesamtzahl der Wählerstimmen betrifft. So wird im "offiziellen" Ergebnis eine Gesamtwählerschaft von 122,3 Millionen Bürgerinnen und Bürgern festgestellt. Das Census Bureau kommt korrigierend auf 125,7 Millionen. Die Proportionen zwischen Bush und Kerry bleiben davon unberührt. Nach den Census-Daten hätte die Wahlbeteiligung bei 64 % gelegen. Siehe www.census.gov/Press-Release/voting/004986.html; www.archives.gov/federal-register/electoral-college/2004/popular_vote.html; http://en.wikipedia.org/wiki/Results_of_the_U.S._presidential_election_2004)

Doch hatte Bush nicht nur einen deutlichen Abstand zum demokratischen Gegenkandidaten hergestellt. In dieser Wahl geschah es auch zum ersten Mal seit 1964, dass dem amtierenden Präsidenten die Wiederwahl glückte und gleichzeitig die Regierungspartei ihre Mehrheit sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus, den beiden Kammern des Kongresses, ausbauen konnte. Im Senat gewannen die Republikaner vier Sitze dazu und führen jetzt mit einer Mehrheit von 55 zu 44 (ein Senator zählt als Unabhängiger). Im Repräsentantenhaus erstarkte die Präsi-

dentem-Partei um fünf Sitze und verfügt nun über eine Mehrheit von 232 gegen 202 Sitze der Demokraten (ein Abgeordneter ist "Unabhängiger"). Exekutive und Legislative sind fest in den Händen der von der "konservativen" Allianz von Neoliberalen, Neokonservativen und Religiöser Rechter geprägten Republikanischen Partei.

2. Die Bush-Wähler, die Kerry-Wähler – und die anderen

Hat Bush auch die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht, so ist doch festzuhalten, dass auch diesmal weit mehr US-Bürger es vorzogen, der Wahl fern zu bleiben, anstatt einem der beiden Kandidaten ihre Stimme zu geben. Laut dem U.S.Census Bureau (a.a.O.) waren im November 2004 von den 197 Millionen befragten US-Bürgern nur 72 Prozent (142 Millionen) in die Wahlregister eingetragen. Von diesen wiederum gingen 89 Prozent (126 Millionen) zur Wahl. Von den potenziell Wahlberechtigten haben danach also 71 Millionen von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht. In Wahrheit liegt diese Zahl wohl noch weit höher. Denn während das Census Bureau von 197 Millionen befragten Bürgern spricht, weist sein eigener "Statistical Abstract of the United States: 2004-2005" für 2004 218 Millionen Erwachsene, also prinzipiell Wahlberechtigte, aus. Legt man diese Zahl zu Grunde, dann haben 94 Millionen Menschen ihr Wahlrecht nicht in Anspruch genommen. (Ganz abgesehen von den 11 Millionen Menschen, die illegal in den USA leben und vier Prozent der Erwerbsbevölkerung stellen, aber weder Visa noch Einbürgerungspapiere erhalten und sich deshalb auch nicht in die Wahlregister eintragen lassen können. Vgl. New York Times: Making Immigration Work. Beilage der Süddeutschen Zeitung vom 8.8.2005) George Bush erhielt erheblich weniger, nämlich rund 62 Millionen Stimmen.

Das große Heer der Nichtwähler unter den Wahlberechtigten stammt zu 75 % aus der Industriearbeiterschaft und dem Niedriglohnsektor. "Die Arbeiterklasse ist praktisch vom amerikanischen Wahlprozess abgekoppelt." (Clyde Barrow: Der amerikanische Kulturkampf. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Nr. 61, März 2005. S. 101) Dabei stellt diese Klasse – definiert als Beschäftigte ohne 4-Jahre-College-Abschluss – über zwei Drittel der gesamten Erwerbsbevölkerung. (U.S. Census Bureau: Statistical Abstract of the United States: 2004-2005. S. 391)

Die zur Wahl gingen, konzentrierten sich 2004 fast vollständig auf die Kandidaten Bush und Kerry. Vier Jahre zuvor hatte Ralph Nader als Kandidat der Grünen 2,74 % (2,9 Millionen Stimmen) erzielt. Diesmal kam er als Kandidat der Reformpartei auf 0,34 % (411.000 Stimmen). 99,1 % der Wähler entschieden sich für Bush oder Kerry.

Bushs Sieg beruht auf der enorm gewachsenen Unterstützung aus der weißen Wählerschaft. Die Minderheiten (Minderheit = nicht-weiß) hatten ihren WählerInnenanteil von 19 % auf 23 % gesteigert und entschieden sich mit großen Mehrheiten für Kerry (die Hispanics mit 65 % der Stimmen; von den Schwarzen stimmten nur 8 % für Bush). Doch konnten diese Zuwächse nicht die Verluste bei den Weißen wettmachen, die 77 % der Wähler stellten. Bei den weißen Männern siegte Bush mit 62 zu 37 %, eine gewaltige Mehrheit, aber nur ein Prozentpunkt besser als 2000 gegen Gore. Den Unterschied machten die weiblichen weißen Wählerinnen aus. 2000 lag Bush auch hier mit einem Punkt vorne – diesmal betrug der Abstand 11 Prozentpunkte.

Weiße Arbeiterklasse contra Kerry

Es gab noch weitere entscheidende "Bruchstellen" für die Demokraten. In seinen beiden Wahlkämpfen blieb Bill Clinton in den Neunziger Jahren bei den Wählern aus der weißen Arbeiterklasse mit jeweils einem Punkt vorne. Al Gore lag 2000 bei diesen Wählern um 17 Punkte hinter Bush. Kerry verlor 2004 weitere fünf Punkte. Geht eine Mehrzahl der Arbeiterklasse gar nicht zur Wahl, so entscheidet sich eine wachsende Mehrheit der weißen Wähler aus dieser Klasse für die Republikanische Partei.

Eindeutig pro-republikanisch wirkte sich schließlich der religiöse Faktor aus, der erheblich ins Gewicht fällt, da die US-Amerikaner im Gegensatz zu den Deutschen ein gläubiges Volk sind. 71 % glauben an ein Leben nach dem Tod, 56 % beten täglich und 47 % gehen mindestens einmal im Monat zur Kirche. Mehr als 1000 Religionsgemeinschaften existieren nebeneinander, die verschiedenen Kirchen der Protestanten stellen die Mehrheit (53 %) (Manfred Brocker: God bless America. Politik und Religion in den USA. Darmstadt 2005, S. 8) Insbesondere deren "fundamentalistischer" Kern, die "Wiedergeborenen Christen" oder "Evangelikalen", zu denen sich auch Präsident Bush zählt, entschieden sich für ihren Glaubens-



bruder. Die weißen "Evangelikalen" stellen mit 65 Millionen Gläubigen ein knappes Viertel der US-Bevölkerung und entsprechend auch der Wahlberechtigten. (Clyde Wilcox/Carin Larson: Amerikanische Evangelikale und der "Kulturkampf". In Brocker, a.a.O., S. 90). 77 % von ihnen stimmten für Bush. Von allen regelmäßigen Kirchgängern holte Bush drei von fünf Stimmen. (Bernhard Kornelius, Die Mär von der Moral. Süddeutsche Zeitung, 15.12.2004).

Der Stimmenzuwachs bei den weißen Frauen, den weißen Angehörigen der Arbeiterklasse und den weißen Evangelikalen sorgte für Bushs eindeutigen Wahlerfolg. Die Demokraten hatten neben den Minderheiten zwei starke Stützen: die jungen Wähler und die unverheirateten Frauen. Die Wähler unter 30 Jahren favorisierten Kerry gegenüber Bush mit 54 zu 45 %. Noch größer war der Vorsprung bei den unverheirateten Frauen: sie stimmten mit 62 % für Kerry. Der Faktor "Heirat" spielte bei der Wahlentscheidung eine größere Rolle als der Faktor "Geschlecht". Während es bei Männern und Frauen eine Differenz von 13 % gibt, beträgt die Differenz bei verheirateten und unverheirateten Wählerinnen 39 %. (Zur Wählerstatistik siehe Don Hazen: Making Sense of Election 2004. In: Don Hazen/Lakshmi Chaudhry (ed.): Start Making Sense. White River Junction, VT, 2005. S. 3 ff. Und: Election by the Numbers. A.a.O., S. 65 ff. Zum Wahlverhalten der Schwarzen siehe Britta Waldschmidt-Nelson: "When Israel was in Egypt's Land": Zur politischen Dimension der 'Black Church'. In Manfred Brocker: A.a.O., S. 126)

3. Moralische Werte, die allgegenwärtige Angst und das Entstehen der Geteilten Staaten von Amerika

"In den frühen Morgenstunden des 3. November 2004 ist eine neue Nation auf den Landkarten der Welt erschienen: die DSA, die Divided States of America (die Geteilten Staaten von Amerika)". (Simon Schama: Auf, Ihr Streiter Christi! In Lettre International, Winter 2004, S. 10 f.) Seit dem Bürgerkrieg, fährt der US-Schriftsteller fort, sei die Bruchlinie zwischen den beiden Hälften dieser Nation nicht mehr so grell zutage getreten und sei die Kluft ihrer beiden Kulturen nicht mehr so vollends unüberbrückbar erschienen. Schama will diese Amerikas anders denn als republikanisch oder demokratisch bezeichnen, "denn ihre gegenseitige Entfremdung und unversöhnliche Verachtung ähnelt mehr jener zwischen Sunniten und Schiiten oder (nach indischen Maßstäben) zwischen Muslimen und Hindus". Der Schriftsteller schlägt vor, in Zukunft von einem Amerika Gottes und einem Weltlichen Amerika zu sprechen.

Setzt man Bush mit dem Amerika Gottes und Kerry mit dem Weltlichen Amerika gleich, dann lässt sich tatsächlich aus den Ergebnissen der Präsidentenwahl annäherungsweise die von Schama behauptete auch

topographische Separation in weltliche (säkulare) Küstenstaaten hier und fundamentalistisch-religiöse Prärie- und Bergstaaten im Innern des Kontinents dort heraus lesen. Kerry gewann alle Küstenstaaten im Westen, im Nordosten und dazu die meisten Staaten um die Großen Seen herum, alles Staaten, die in regem internationalem Austausch stehen und für die "der Fremde kein Problem, sondern eine Notwendigkeit" ist (Schama). Bush gewann die Staaten der Prärien und der Berge und dazu den ganzen Süden, der sich in den Tagen Ronald Reagans (den achtziger Jahren) vom Demokratischen zum Republikanischen Süden gewandelt hatte.

Doch haben sich hinter den beiden Kandidaten wirklich zwei Amerikas versammelt, die in säkular und fundamentalistisch-religiös zu unterscheiden wären? Schamas Besorgnis wie die Triumphgesänge der Rechten gehen im wesentlichen auf eine einzige Umfrage zurück, wo Wählern und Wählerinnen unmittelbar beim Verlassen der Wahllokale (exit poll) eine Liste der "sieben wichtigsten Gründe" für ihre Wahlentscheidung vorgelegt wurde. 22 % entschieden sich für "moral values", 20 % für "economy/jobs", 15 % für "Irak", 19 % für "terrorism". (Lakshmi Chaudhry: The Return of Culture War. In Hazen/Chaudhry, a.a.O., S. 129 ff.) Für die Propagandisten des "konservativen Amerika", vor allem für die Führer der "Religiösen Rechten", war damit der Startschuss für eine Propagandaoffensive gegeben, die einhämmern sollte, die US-WählerInnen hätten sich vor allem anderen für die traditionellen amerikanischen Werte und gegen solche liberalen "Verirrungen" wie Abtreibung, Homoehe oder außerehelichen Geschlechtsverkehr entschieden.

Davon konnte allerdings selbst im Rahmen des Exit Poll – der übrigens Kerry als Sieger voraus sagte – nicht die Rede sein. So unterstützten zum Beispiel 63 % der Befragten die Ehe oder zivilrechtliche Vereinigung von Homosexuellen, und nur 16 % waren prinzipiell gegen Abtreibung. "Moralische Werte" wurden von vielen Befragten völlig anders definiert als im Katechismus der Evangelikalen. So nannte in Nachfolgeuntersuchungen ein Drittel Habgier und Materialismus, ein weiteres Drittel die Armut als das größte moralische Problem in der US-Gesellschaft. (Kornelius, a.a.O.)

Die Verschmelzung von Angst und "moral values"

Bedeutsamer noch für die statistische Irreführung aber war die Trennung von "moral values", "terrorism" und "Irak" in drei verschiedene und alternativ anzukreuzende Kategorien. In Wahrheit waren diese drei Themen durch den Wahlkampf der Republikaner zu einem einzigen Schwerpunkt verschmolzen. Wer sich in den USA, so die Parole, noch sicher fühlen wollte, der musste im Irak, der entscheidenden Front im Krieg gegen den Terrorismus, den Feind vernichtend treffen. Und wer die Werte Amerikas von Freiheit und

Demokratie über die Welt verbreiten wollte – und nur dann würden auch die Amerikaner in Frieden und ohne Furcht leben können – der musste jetzt im Irak die Strategie der "Demokratisierung" durchsetzen, ohne Wenn und Aber und unter Inkaufnahme schmerzlicher Opfer an US-Leben und -Wohlstand. Amerikanische Werte, Schutz vor dem Terror und Sieg im Irak waren unauflöslich miteinander verbunden.

Karl Rove, Bushs Hintergrundstrategie im Weißen Haus und in der Republikanischen Partei, hatte die Linie im Januar 2002 vor dem Republikanischen Nationalkomitee ausgegeben. Die Partei sollte sich auf das Thema Terrorismus und nationale Sicherheit konzentrieren, "weil die Amerikaner der Republikanischen Partei zutrauen, einen besseren Job zu machen, was den Schutz und die Stärkung von Amerikas Militärmacht und damit den Schutz Amerikas angeht." (Danner, a.a.O., S. 3). Die Werbekampagne der Bush-Partei wurde nach dem Muster "Angst erzeugen – Bush als Retter darstellen" aufgezogen: 1) Nie war die Bedrohung für Amerika größer als heute. 2) Das macht diese Wahl zur wichtigsten in der Geschichte, denn wenn die Amerikaner die falsche Wahl treffen, dann erhöhen sie die Gefahr für sich und ihre Familien. 3) Deshalb müssen die Amerikaner die richtige Wahl treffen: George W. Bush. Er wurde mit dem zentralen Slogan der Kampagne verklärt: "Stärke! Führerschaft! Charakter! Integrität!"

Im Kontrast zu Bush wurde Kerry als intellektueller Zauderer, ständig seine Meinung ändernder (flip-flopper) Patrizier der Ostküste dargestellt, der keinen Schimmer davon hat, wo den einfachen Mann der Schuh drückt. Mehr noch, republikanische Propagandisten wie der Radioreporter Limbaugh, dessen Programm von 20 Millionen Amerikanern gehört wird, suggerierten, Kerry sei der Favorit des Terror-Paten Bin Laden. (Danner, a.a.O., S. 2) Kerry, hieß es in Radio- und Fernsehanzeigen, sei ein Sicherheitsrisiko, "ein Risiko, das wir nicht eingehen dürfen".

Es ging also im Wahlkampf 2004 nicht um Pro oder Contra "traditionelle amerikanische Werte", sondern um die Erzeugung einer ständig gesteigerten Angst vor dem Terror, der alles Amerikanische verschlingen würde, wenn nicht ein starker Führer wie Bush dem Einhalt gebiete. Es war der klassisch reaktionäre Wahlkampf mit dem demagogischen Zwillingsspaar "Angst – starker Führer". "Angst" war die entscheidende Substanz im Wählerverhalten, und für diese Angst hatten US-Bürger auch über den Terrorismus hinaus schwerwiegende Gründe. Den wesentlichen muss man in der ständigen Erosion des sozio-ökonomischen Status der Mittelschichten und der gravierenden Schlechterstellung der Arbeiterklasse sehen. Nach den Angaben des U.S. Census leben 36 Millionen US-Bürger (12,5 %) unterhalb der Armutsgrenze. 45 Millionen Amerikaner haben keine Krankenversicherung. Die Verschuldung der privaten Haushalte ist so immens, dass der durchschnittliche Haushalt 13,4 % seines Einkommens für den Schuldendienst aufbringen

muss. Die Erziehungsperspektive für die Kinder wird schlechter. Die eigenen Aussichten auf einen dauerhaften Arbeitsplatz und eine auskömmliche Rente schwinden. Vor ihrer sozialen Zukunft haben die US-Bürger sehr zu Recht Angst. (Vgl. Kapitel III)

Je unsicherer das eigene Fundament, um so bedrohlicher werden Fremdes und Fremde empfunden, die ins Land strömen und womöglich die eigenen Chancen noch weiter verschlechtern. Diese Art von "Kampf der Kulturen" ist den Amerikanern vertraut, denn nicht nur kommen jedes Jahr 500.000 illegale Immigranten vor allem aus Lateinamerika zusätzlich ins Land, auch die legale Immigrationswelle erreicht ein historisches Hoch. Es kommen heute pro Jahr mehr Schwarze aus Afrika in die USA als während der Hochzeit des Sklavenhandels. Der Anteil im Ausland geborener Schwarzer stieg in den Neunziger Jahren von 4,9 % auf 7,3 %. In New York City ist jeder dritte Schwarze im Ausland geboren. (New York Times: More Africans are coming to the US than during the Slave Trade. Beilage der Süddeutschen Zeitung vom 7.3.2005) Während der "Großen Immigration" von 1910 bis 1920 verdankte sich der Bevölkerungsanstieg der USA zu 35 % der Einwanderung aus anderen Ländern. Von 1990 bis 2000 waren die EinwanderInnen zu 42 % für das Bevölkerungswachstum verantwortlich. (Clyde Barrow, a.a.O., S. 104)

In einem solchen Zustand allgemeiner und existentieller Angst ist es für die Menschen um so schwerer, rational die eigenen Interessen zu erkennen und dafür einzutreten. Leichter ist es, sich zu einer sozial hoch gehandelten "amerikanischen" Identität und den entsprechenden Werten zu bekennen, und dies um so eher, als man glaubt, sich dann endlich wieder zu den Siegern zählen zu können, wenn diese Werte wieder ihre allgemeine Gültigkeit hätten. Je geringer die aktuelle Selbstwertung und die Perspektive, um so anfälliger sind Menschen für die entsprechende Propaganda. Bush und seinem Apparat ist es gelungen, die Angst vor dem Terror und vor fremden Kulturen und die um sich greifende soziale Unsicherheit umzumünzen in ein reaktionäres kulturelles Selbstverständnis, das den wirklichen Interessen der großen Mehrheit seiner Wähler diametral entgegen steht.

Diese Bindung der Wähler-Mehrheit an die Vision einer auserwählten Nation und globalen Freiheitsmission verwehrt es ihnen auch, Fehler und Verbrechen des Irak-Krieges einzugestehen und zu korrigieren. Wenn sich die USA hier geirrt hätten, wenn wirklich Blut für Öl und nicht für das Wohl der Menschheit geflossen wäre, dann wäre das Selbstverständnis dieser Amerikaner grundsätzlich in Frage gestellt. Eine Kritik an Bush wäre der Ruin ihrer Vorstellung von sich selbst. Die Mehrheit der heutigen Wähler wird eine Umkehr erst dann erzwingen wollen und können, wenn sie sich zuvor befreit hat von ihrer inneren Bindung und Selbstsicht als Mitglieder von "Gods own Country", von Gottes eigenem Land.

4. Die überlegene Wahlkampfmaschine des Bush-Lagers

Howard Dean, der Bannerträger der progressiven Demokraten im Vorwahlkampf, wo er gegen John Kerry, den Kandidaten des Partiestablishments um die Clintons, schließlich unterlag, wurde im Februar 2005 Vorsitzender des Demokratischen Nationalen Komitees, eine Art nomineller Vorsitzender der Demokratischen Partei. Er ist also an vorderer Stelle damit betraut, Lehren aus der Wahlniederlage gegen Bush zu ziehen. Auf die Frage, was man davon lernen könne, wie die Republikaner ihre Partei organisiert haben, antwortete er: "Die Konservativen haben eine sehr effektive Zusammenarbeit zwischen ihren Think Tanks, ihren Schulungseinrichtungen, ihren Medienbotschaften und ihren Graswurzel-Anstrengungen. Wir machen so etwas nicht." (Don Hazen: Interview mit Howard Dean. Hazen/Chaudhry, a.a.O., S. 17) Vor allem auf dem Gebiet der Basis (= Graswurzel-)arbeit wurden die Demokraten von ihren Widersachern weit hinter sich gelassen. Dean wies auf den entscheidenden Staat Ohio hin (hätten die Demokraten dort 60.000 Wähler mehr gewonnen, wäre Kerry Präsident geworden), wo die Demokraten Tausende Wahlkampfshelfer aus ganz USA konzentriert hatten samt Rockstar Bruce Springsteen und den Aufrufen von 48 Nobelpreisträgern. Doch die Republikaner hatten 14.000 Aktivisten aus Ohio selbst aufzubieten – mehr als die Gegenseite und weit wirksamer, da sie die Nachbarn derer waren, bei denen sie für ihren Kandidaten warben.

Dass neokonservative Think Tanks, wie das American Enterprise Institute, die Heritage Foundation und das Project for a New American Century, längst die ideologische Agenda in den USA bestimmen, gehört seit Jahren zu den gesicherten Erkenntnissen auch der deutschen USA-Beobachter. (Vgl. Tobias Bader, Neokonservatismus, Think Tanks und New Imperialism. In Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, a.a.O., S. 85ff.) Auch dass in den letzten Jahren eine konservative Medienmaschine aufgebaut wurde – vom Fox-Network des Rupert Murdoch über die Sinclair-Group, die mehr als 60 TV- und Radiostationen betreibt, bis zu überregionalen Zeitungen und Zeitschriften – die weit aggressiver als ihre liberalen Kontrahenten die öffentliche Meinungsbildung prägt, ist eine viel berichtete Tatsache. (Vgl. Petra Steinberger: Rechts lastig. Die Macht der konservativen Nachrichtenmaschine. Süddeutsche Zeitung, 29.10.2004)

Doch vertraut die Bush-Regierung nicht allein auf die Übermacht der Präsentation und Deutung der Nachrichten durch die "konservative Nachrichtenmaschine". Sie hat vielmehr ein mediales Netz aufgebaut, das systematisch falsche und verzerrte Nachrichten verbreitet. Für 97 Millionen Dollar haben in ihrem Auftrag drei private PR-Firmen Kolumnisten und Nachrichtendienste angeheuert beziehungsweise erfunden, die unter dem Deckmantel des Journalismus

Regierungspropaganda produzieren, inklusive falscher Video-Nachrichten. (Maureen Dowd: Preaching on Shaky Ground. New York Times, 1.3.2005) Mit illegalen Tricks platzierte das Weiße Haus "Korrespondenten" in die Pressekonferenzen, die alles andere als Journalisten waren. So bot ein angeblicher Jeff Gannon sich im Internet als "schwule Begleitung" an, ehe er bei der neuen Pressagentur "Talon" angestellt wurde, die wiederum von texanischen Republikanern gegründet worden war. Das Weiße Haus verschaffte "Gannon" Tagesausweise zu den Pressekonferenzen, womit eine Überprüfung durch den Sicherheitsdienst vermieden wurde. "Gannon" erwies sich so eifrig als ständige Hilfe und Entlastung für den Präsidenten, dass seine KollegInnen seinen Hintergrund recherchierten und herausfanden, dass der Präsident sich die Presse kauft. (Sidney Blumenthal: Prostitution im Weißen Haus. Freitag, 25.2.2005)

Weniger bekannt als das Netz der großen rechten Medien sind die vielen Hunderte kleinen religiösen Sender, die ihre Empfänger auf der lokalen, der Nachbarschaftsebene ansprechen. Die christliche Kirchengemeinde, sagt Jeffrey Chester, der Direktor des Zentrums für Digitale Demokratie, habe eine gewaltige Infrastruktur elektronischer Medien auf die Beine gestellt und spiele eine Hauptrolle bei der Beeinflussung der öffentlichen Meinung.

Der eigentliche Wirkfaktor liegt aber nicht einfach in dieser umfassenden Dominanz über den medialen Informationsfluss, sondern in der Kombination der Think Tanks und Medien mit den "Graswurzeln". Vor Ort, in den Kirchen, in den Sälen der American Legion, in den Waffenkлубs, in der Handelskammer, in Rotary und Lions Clubs u.ä., befinden sich persönliche Multiplikatoren, die die Botschaft wiederholen, vertiefen und "gesellschaftsfähig" machen. Rob Stein, auf dessen legendären Power Point-Vortrag "The Conservative Message Machine Money Matrix" die meisten dieser Angaben zurückgehen, schätzt, dass in den letzten Jahren 36.000 Menschen intensive Schulungen an konservativen Instituten durchlaufen haben. Stein hat 80 große Nonprofit-Organisationen untersucht, in der Regel Stiftungen rechtsgerichteter Millionärsfamilien, die rund 400 Millionen Dollar jährlich in diese Form des "öffentlichen Diskurses" pumpen: Die 2000 zentralen Führungspersonen dieser Organisationen, die zwischen 75.000 Dollar und 200.000 Dollar jährlich verdienen, sind alle im konservativen "Leadership Institute" geschult worden. (Vgl. Don Hazen: The Conservative Message Machine Money Matrix. Hazen/Chaudhry, a.a.O., S. 71 ff.) Und diese 80 Gruppen umfassen nur die so genannten "nicht-parteeigebundenen" Organisationen. Hinzu kommen u.a. Vereinigungen wie die National Rifle Association oder die zahlreichen Anti-Gay- und Anti-Abortion-Gruppen und die sogenannten Political Action Committees, die amtlich als Unterstützer der Partei gemeldet sind.

Denkt man an die vielfach bestätigte kommunikationssoziologische These vom "Two Step Flow" – dass eine vom unpersönlichen Medium vermittelte Bot-

schaft erst in der Diskussion in der eigenen Bezugsgruppe entweder angenommen oder abgelehnt wird –, dann ist zu ermesen, wie stabil sich derzeit die Deutungsmacht des konservativen Amerika ausnimmt. In den Verkehrskreisen der Gemeinden, wo die Mehrzahl der WählerInnen ihre Meinung bilden, haben die Republikaner eine bislang wenig angefochtene Meinungsführerschaft inne.

5. Der verfehlt Wahlkampf der Kerry-Demokraten

Doch hätte alle Medien- und Propagandamacht den Republikanern nicht zum Wahlsieg verholfen, hätte ihnen nicht der Wahlkampf des demokratischen Kandidaten in die Hände gespielt. Ein entscheidender unter den Faktoren, die für den erneuten Sieg von George W. Bush ausschlaggebend waren, ist die Kerry-Strategie selbst.

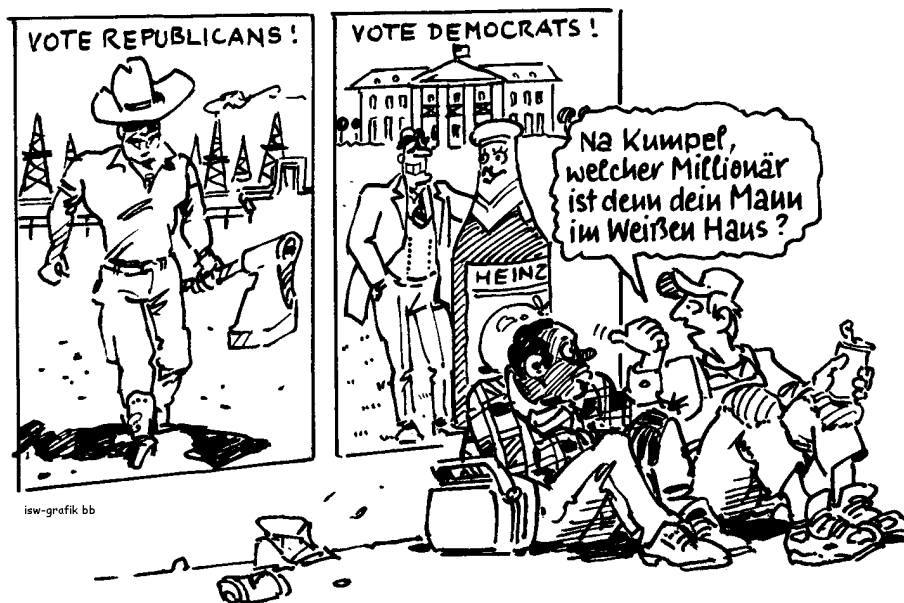
Die Kritiker Kerrys aus der eigenen Partei oder dem demokratischen Umfeld, von Howard Dean bis Naomi Klein, hatten ihre Argumente schon lange vor dem Wahltag vorgebracht, es handelt sich also nicht um eine Variante von "Hinterher ist man immer klüger". Vielmehr spiegelt sich in der Kontroverse Kerry-Team versus Dean und Co. die Kluft zwischen den im Grundsatz gegensätzlichen Lagern der Demokratischen Partei. Auf der einen Seite finden wir da die konservative Führungsclique mit dem harten Kern der "Clintonistas", aus dem Hintergrund und mehr und mehr auch offen gesteuert von Bill und Hillary Clinton. Dieses Establishment sah in Kerry seinen Mann, und ohne seine massiven Eingriffe in den Vorwahlkampf hätte eher Dean die Kandidatur erreicht.

Die Kritik an Kerrys Wahlkampf konzentriert sich auf drei Punkte, die eng miteinander zusammenhängen: 1. Anstatt sich um eine Ausweitung der Wählerschaft

in die Reihen der abseits stehenden Working Class zu bemühen, konzentrierte sich Kerry auf die unentschiedenen Wähler, die sozusagen traditionell zwischen Republikanern und Demokraten schwanken. Damit zielte er immer mehr nach rechts, geriet auf das Terrain, wo die andere Seite die Themen und die Richtung bestimmte. 2. Gegen die Sprache des Glaubens an die Kraft und göttliche Vorsehung Amerikas hätte Kerry eine andere Vision, eine kraftvolle Sprache der Moral stellen müssen. Stattdessen verlegte sich Kerry darauf, sich als der bessere Administrator, als einer, der sich besser auskennt, zu präsentieren. Er überließ die Fragen der Moral der Gegenseite. 3. Das Kerry-Team versuchte bis kurz vor Schluss, das Thema Irak-Krieg aus seinen Wahlbotschaften herauszuhalten. Und auch dann, gezwungen durch die Fernsehdebatten, bot Kerry sich wiederum nur als der bessere Organisator des Krieges an.

Naomi Klein kommt zu dem Schluss, dass Kerry den "moral values" der Bush-Seite nichts entgegensetzen hatte, weil er über keine eigene Moral verfügte. Man hätte in mächtigen Worten in der Sprache einer echten Moral die Gewalt des Krieges und die Gewalt eines wirtschaftlichen Systems, das einen wachsenden Teil von Menschen ausschließt, anprangern können und müssen, aber da der Inhalt der Kerry-Botschaft solche Positionen nicht enthielt, konnte man weder die entsprechende moralische Gegenposition aufbauen noch die Intensität einer Sprache gewinnen, mit der man die Menschen hätte erreichen können. (Interview mit Naomi Klein in Hazen/Chaudhry, a.a.O., S. 112f.)

Kerrys Widersacher beim Kampf um die Präsidentschaftskandidatur, Dean, forderte gleichfalls, dass die Demokratische Partei eigene moralische Werte hätte propagieren müssen: "Hier sind einige: ein existenzsichernder Lohn ist ein moralischer Wert. Eine erschwingliche Krankenversicherung ist ein moralischer



Wert. Eine anständige Erziehung ist ein demokratischer Wert. Eine auswärtige Politik des gesunden Menschenverstands ist ein moralischer Wert. Eine gesunde Umwelt ist ein moralischer Wert. Das Gefühl einer Gemeinschaft, das herrührt von der vollen Teilnahme in unserer Demokratie, ist ein moralischer Wert. Es ist ein moralischer Wert sicherzustellen, dass wir nicht unsere Schulden auf die Schultern unserer Kinder und Enkel packen." (Dean, a.a.O., S. 21).

Was Dean und andere als moralische Gegenposition formulieren, meint natürlich in erster Linie die sozialen Interessen der Arbeiterklasse. Doch waren gerade hier von der Demokratischen Partei seit vielen Jahren weder ein moralisches Bekenntnis zu hören noch konkrete Taten zu sehen. Die Loyalität der Arbeiterklasse zur Demokratischen Partei gründete auf dem New Deal, dem aus der Roosevelt-Ära der Dreißiger Jahre stammenden Angebot eines "Sozialstaates" im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft. Clinton war in den Neunziger Jahren wegen der Erneuerung dieses Versprechens auch von einer Mehrheit der Arbeiterklasse gewählt worden. Doch sah sich diese von Clintons Taten schwer enttäuscht.

Der demokratische Präsident setzte in den USA einen rigorosen Kurs neoliberaler Globalisierung durch – New Economy, High-Tech-Exporte, Kapitalexport –, kümmerte sich aber wenig um die Folgen für das amerikanische Herzland, dessen Basis die Kohle- und Stahlindustrie war, die im Zuge der Clinton-Politik vor allem rapide Arbeitsplatzverluste zu verzeichnen hatte. Die These, dass die amerikanische Arbeiterklasse dazu neige, sich für "Werte" und damit gegen ihre materiellen Interessen zu entscheiden ("Kultur gegen Klasse"), ist schon deshalb nicht plausibel, weil für die Arbeiterklasse diese Alternative bei den Wahlen gar nicht bestand. Die Demokraten waren eben nicht die Partei der materiellen Interessen der Arbeiterklasse. Weil Clinton eine neoliberale Politik gegen ihre Interessen betrieb, blieb Al Gore, Vizepräsident unter Clinton, 2000 mit 17 Prozentpunkten hinter Bush zurück. Und Kerry verlor 2004 weitere vier Punkte, weil er es vermied, die existentiellen Fragen der Arbeiterklasse klar zu ihren Gunsten zu beantworten. Während Bush immerhin mit seinen Zöllen auf die Stahlimporte den Menschen suggerierte, hier kümmere sich einer um ihre Lebensinteressen, um die Sicherung der Arbeitsplätze in den traditionellen Industrien.

In Kansas, in West-Virginia, in Ohio und anderen Staaten des "rust belt" (Rost-Gürtels) stimmte die Arbeiterklasse nicht mehrheitlich für Bush, weil sie sich mit dessen "moral values" identifizierte, sondern weil sie bei ihm ihre materiellen Interessen noch eher aufgehoben sah als bei den Demokraten. Die Demokraten konnte sie jedenfalls nicht als Sachwalter ihrer Interessen erkennen. (Vgl. Mike Davis: Stahl statt Aspirin. Die Zeit, 11.11.2004)

Die von Naomi Klein vertretene These, dass Kerry mit der Preisgabe des Irak-Themas und dem Fehlen einer prinzipiellen Kritik dieses Krieges den Sieg hingab,

lässt sich mit Zahlen stützen. Nicht nur gaben 42 % der nach der Wahl Befragten an, das größte moralische Problem der USA sei der Irak-Krieg. (Kornelius, a.a.O.) Dort, wo erklärte Kriegsgegner zur Wahl standen, wurden sie auch gewählt. Alle sieben demokratische Senatoren, die im Senat gegen den Irak-Krieg gestimmt hatten, schafften ihre Wiederwahl und erzielten weit bessere Ergebnisse als der Kandidat Kerry in diesen Staaten. So konnte Kerry sich in Wisconsin nur ganz knapp gegen Bush durchsetzen (mit einem Vorsprung von 0,8 %), während der profilierte Kriegsgegner Russ Feingold 11 Punkte vor seinem republikanischen Kontrahenten lag. In Hawaii schlug Kerry Bush im Verhältnis 3 : 2, der Kriegsgegner Daniel Inouye distanzierte seinen Gegner mit 7 : 2.

Bushs Vorsprung von drei Millionen Stimmen verdankt sich also weithin der Weigerung der Kerry-Demokraten, den Republikanern eine Alternative, die Vision eines friedlichen, demokratischen und sozial gerechten Amerikas entgegenzustellen. Überdies war das elitäre Auftreten Kerrys als herausragendes Mitglied der Führungskaste aus Neu-England und als intellektuell überlegener Technokrat gewiss eine der besten Wahlhilfen für Bush, den Patriziersohn aus Neu-England, der aber auf seiner Farm in Texas mit Erfolg den walddrodenden Ur-Amerikaner gegeben hat.

Kapitel II.

Die Gründe für die Hegemonie des rechtskonservativen Amerika

Die Reaktionen auf den Wahlsieg Bushs waren in beiden Lagern außerordentlich heftig. Konservative Propagandisten wie der Star-Radiomoderator Hugh Hewitt ließen ihrer Endsieg-Begeisterung freien Lauf: "Die Sechziger endeten am 11. September 2001, doch sie wurden zu Grabe getragen am Morgen des 3. November 2004." (Unter "die Sechziger" versteht man in den USA die anti-autoritäre und Anti-Kriegsbewegung, wie sie in Deutschland mit "die Achtundsechziger" zusammengefasst wird) Der Chefredakteur der den Demokraten nahestehenden Zeitschrift 'New Republic', verkündete hingegen voller Groll, der amerikanische Linksliberalismus gehe nun in "ein tieferes inneres Exil." Kollegin Katha Pollitt, Kolumnistin der 'Nation', zeigte sich von den Wählern entsetzt: "Vielleicht haben die Wähler dieses Mal gewählt, was sie wirklich wollen: Nationalismus, Krieg, Schwulen- und Frauenfeindlichkeit, eine Kluft zwischen Arm und Reich." (Jörg Lau: Glamouröser Pessimismus. Die Zeit, 11.11.2004).

Schon einmal, in den 1920er Jahren, waren die Intellektuellen vor der Übermacht religiöser Reaktionäre ins innere und auch ins äußere Exil gegangen. Doch ist eine solche Antwort heute ebenso grundlos wie der Jubel der Rechtskonservativen übertrieben. Die "Übermacht" des konservativen Lagers ist keineswegs erdrückend; seine Mehrheit ist, wie der neokonservative Strategie William Kristol formuliert, "knapp aber deutlich". Und die Stimmen für Bush sind nur zum Teil ausdrückliche Parteinarbeit für "moral values" dieser oder jener Art; dass den Demokraten die drei Millionen Stimmen zum Sieg fehlten, ist vor allem auch dem Umstand geschuldet, dass sie keine Alternative zur Bush-Politik und -Propaganda angeboten haben. (Vgl. Kapitel I)

Dennoch ist zu beachten, dass diese knappe, aber deutliche Mehrheit viel damit zu tun hat, dass es dem rechtskonservativen Lager gelungen ist, die allgegenwärtige Angst vor Terror und Verlust der Existenzgrundlagen zu verschmelzen mit der ideologischen Substanz eines reaktionären Amerika, wie sie der "wiedergeborene" Evangelikale Bush verkörpert. Das rechtskonservative Amerika übt heute die kulturelle Hegemonie aus, bestimmt über den seelischen und intellektuellen Haushalt der Mehrzahl der US-Amerikaner. Diese Hegemonie basiert im Wesentlichen auf zwei Faktoren. Zum einen wird sie hergestellt und getragen von der gewaltigen Propaganda- und Politikmaschine, die die "konservative Koalition" hinter Bush im Lauf der letzten Jahrzehnte aufgebaut hat.

Zum anderen docken die Rechtskonservativen an Grundelementen der überkommenen nationalen Ideologie Amerikas für ihre Zwecke an. In beiden Bereichen spielen die Kirchen und die Religion, was gerade in den USA nicht dasselbe ist, eine bedeutende Rolle.

1. Die rechtskonservative Allianz hinter Bush

1.1 Die verschiedenen Elemente der Allianz

Es wäre ein Fehler, Bush für den Architekten einer rechtskonservativen Koalition zu halten, die in seinem Auftrag den öffentlichen Diskurs in den USA prägen sollte. Es ist vielmehr umgekehrt: sich seit Jahrzehnten auf der Rechten entwickelnde Strömungen haben in Bush das politische Instrument für ihre Anliegen gefunden, aufgebaut und durchgesetzt. Doch handelt es sich keineswegs um einen monolithischen rechten Block, wie er oft als das Regime der "Neokonservativen" dargestellt wird. Vielmehr haben wir es mit unterschiedlichen Strömen zu tun, die von der äußersten, faschistischen Rechten bis zu "Liberalen" und "Marktwirtschaftlern" reichen, wie man sie in Deutschland in der FDP oder der Union in Mengen finden kann. Das Entscheidende ist, dass diese unterschiedlichen Gruppen strategische Allianzen um Forderungen bilden, die sie gemeinsam unterstützen. Die wichtigsten Gruppen sind die Neoliberalen, die Neokonservativen und die Religiöse Rechte.

1.1.1 Die Neoliberalen, der ökonomische Konservatismus

Der älteste und nach wie vor kräftige Zweig auf der Rechten ist der ökonomische Konservatismus. Von Anfang an ging es darum, den "New Deal", die Sozialstaatsversion von Franklin D. Roosevelt, wieder rückgängig zu machen. Schon 1943 gründeten maßgebliche Unternehmer das American Enterprise Institute (AEI), das zunächst zum Ziel hatte, die drohende Konversion der Rüstungsindustrie und staatliche Eingriffe in die Wirtschaft auch nach dem Krieg zu verhindern. (Tobias Bader: Neokonservatismus in den USA. Zeitschrift Z Nr. 61, März 2005, S. 90) Während der Präsidentschaften von Nixon und Ford (1968 bis 1978) galt das AEI als einflussreichster "Think Tank" in den USA. In diesen Jahren wurde der heutige Vizepräsident Richard "Dick" Cheney Mitglied des AEI.

Mit Milton Friedman und seinen "Chicago Boys" entstand schon in den Sechzigern eine immer einflussreichere ökonomische Schule, die wissenschaftliche Grundlagen für den ökonomischen Neoliberalismus lieferte. Ihre "Angebotstheorie", dass es in der Ökonomie einzig darum zu gehen habe, die Produktions- und Absatzbedingungen für das Kapital kostenoptimal zu gestalten, setzten die "Chicago Boys" unter anderem seit 1973 in offener Zusammenarbeit mit den chilenischen Faschisten um. Sie bewiesen damit – in Übereinstimmung mit dem damaligen Außenminister Kissinger, der zusammen mit seinem Präsidenten Nixon für den Putsch gegen die rechtmäßige chilenische Regierung unter Salvador Allende verantwortlich war –, dass es ihnen in keiner Weise um "moralische Werte", um den Export der amerikanischen Demokratie ging, wie es später von den Neokonservativen gefordert wurde. Friedman machte sich über "moralische" Einwände lustig, Kissinger wandte sich nachdrücklich gegen das Kriterium von Werten in der Außenpolitik, die allein von "nationalen Interessen" bestimmt werden dürfe. (Vgl. Henry Kissinger: Die Herausforderung Amerikas. Weltpolitik im 21. Jahrhundert. München/Berlin 2002)

Auf der publizistischen Seite wurden neoliberale Argumente schon seit den Fünfziger Jahren vor allem von der "National Review" unter William F. Buckley Jr. verbreitet. Buckley und seine Anhänger propagierten, als die später auftauchenden Neokonservativen im Sinne einer konservativen Moral zunächst noch von sozialen Minimalstandards ausgingen, den Marktradikalismus seinerseits als moralische Kategorie, nämlich als Entfesselung der Leistungsträger und als Befreiung der Leistungsempfänger von lähmenden Sozialleistungen. In der Bush-Regierung haben die Ideen von Buckley Jr. und des AEI ihren vollen Niederschlag gefunden. Beim jährlichen AEI-Dinner bekannte Präsident Bush in seiner Rede: "Einige der besten Köpfe unserer Nation arbeiten im AEI. Sie machen eine so gute Arbeit, dass meine Administration 20 ihrer Köpfe ausgeborgt hat." (Bader, a.a.O., S. 91)

1.1.2 Die Neokonservativen – die Welt umformen nach dem Bild der "wahren" USA

Die Neokonservativen sind spätestens seit dem 11.9.2001, dem Terroranschlag auf New York, die prägende Kraft der amerikanischen Außenpolitik. Sie waren auf diesen Tag bestens vorbereitet, hatten als einzige ein fertiges Konzept für die Antwort der USA, das dann im "Krieg gegen den Terror" seinen Niederschlag fand.

Entstanden sind die "Neocons" aus der ablehnenden Reaktion vormals liberaler und linker (hier vor allem trotzkistischer) Intellektueller auf die 68er- und Anti-Vietnamkriegs-Bewegung. Diese Intellektuellen waren schon zuvor im "Kalten Krieg" als "desillusionierte Linke" zu prononcierten Antikommunisten geworden. (Irving Kristol: "The Neoconservative Persuasion". Zitiert

nach Bader, a.a.O., S. 85). Nun stemmten sie sich gegen den neuen Zeitgeist anti-autoritärer, basisdemokratischer und pazifistischer Prägung. In den politischen Bewegungen der Afro-Amerikaner und der Herausbildung von "Gegenkulturen" sahen sie einen ebenso grundlegenden Defekt wie in der feministischen Bewegung. Ob Umweltschutz oder Immigration, sexuelle Freizügigkeit oder Abtreibung, Wohlfahrtsstaat oder Minderheitenrechte, die Neocons sahen darin die Zerstörung der "wahren" amerikanischen Werte und den unvermeidlichen Niedergang der US-Gesellschaft. Der würde nur aufzuhalten sein durch die Wiederbelebung der traditionellen "moral values" von Nation, Familie, Religion und Eigentum.

Für die Neocons waren diese Werte von allem Anfang an "universals", Werte, die überall auf der Welt zu gelten hätten. Deshalb ging es nicht nur darum, diesen Werten in den USA wieder Geltung zu verschaffen, sondern die USA hatten sie mit Hilfe ihrer überlegenen Machtmittel in der ganzen Welt zu verbreiten.

In den Achtziger Jahren kam es zu einem Zusammengehen der Wortführer der Neocons mit den ökonomisch orientierten Neoliberalen. Zehn Jahre zuvor hatten Rumsfeld, unter Präsident Ford Verteidigungsminister, und Cheney, damals Stabschef des Präsidenten, einen Braintrust gegründet, der marktradikale Positionen im öffentlichen Diskurs verbreiten sollte. Zu dieser "Schläferzelle" (Eliot Weinberger: New York, Schrei ohne Ton. In: Lettre International, Frühjahr 2003) stießen dann die Wortführer der Neocons, unter ihnen Paul Wolfowitz, Richard Perle, Elliott Abrams und Zalmay Khalilzad. Unter der Leitung von Cheney schrieb die Gruppe Anfang der Neunziger ihr erstes großes Manifest "Orientierungspunkte zur Verteidigungsplanung für die Haushaltsjahre 1994–1999".

Das als "No Rivals"-Plan in die Geschichte eingegangene Manifest – das nur deshalb nicht zur Regierungspolitik wurde, da Bush senior die Wahl gegen Clinton wider Erwarten verlor – erklärt nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems als das "erste Ziel" der USA, "das Wiederauftreten eines neuen Rivalen zu unterbinden". Die US-Politik müsse die "modernen Industrienationen" davon "abschrecken", "unsere Führung in Frage zu stellen". (Siehe hierzu und zum folgenden: Conrad Schuler: Unter Brüdern. Die USA, Europa und die Neuordnung der Welt. Köln 2003, S. 19ff.)

Nun aber gewann Clinton die Wahl und die Gruppe gründete 1997, "entsetzt über die unklare Politik der Clinton-Regierung", eine private Stiftung namens Project for a New American Century (PNAC), in dessen Gründungsauftrag sie das Credo der Neocons verkündet, nämlich "Beistand zu sammeln für die globale Führung Amerikas" und dessen "militärische Stärke und Reinheit" wiederherzustellen. Zu den Stiftungsmitgliedern gehören die Politiker Cheney, Rumsfeld, Wolfowitz, Khalilzad, Lewis Libby sowie die Publizisten William Kristol, Robert Kagan, Francis Fukuyama, William Bennett und Norman Prodhoretz.

Schon 1998 fordern PNAC-Neocons in einem Offenen Brief an Präsident Clinton, das Regime von Saddam Hussein militärisch zu beseitigen. Als Chef der globalen Ölfirma Halliburton hat Richard Cheney im selben Jahr festgestellt: "Der Liebe Gott hielt es nicht für angebracht, Erdöl und Erdgas nur dort hinzutun, wo es demokratisch gewählte, den USA freundlich gesinnte Regierungen gibt. Gelegentlich müssen wir in Gegenden operieren, wohin man bei Lichte besehen normalerweise nicht freiwillig gehen würde. Aber wir gehen dorthin, wo es Geschäfte zu machen gibt." (A.a.O., S. 19)

Im September 2000, in der heißen Phase des Wahlkampfes zwischen Bush jun. und Al Gore, veröffentlicht die Gruppe ihr zweites Manifest: "Der Wiederaufbau von Amerikas Verteidigung: Strategien, Kräfte und Ressourcen für ein neues Jahrhundert." Das Dokument spricht selbst von einer "Pax Americana", einem auf der militärischen Kontrolle der USA beruhenden Weltfrieden. War die militärische Mission der USA im Kalten Krieg die "Abschreckung der Sowjetunion", so gibt es unter der Pax Americana nun die folgenden "militärischen Missionen": "Sicherung und Erweiterung von Zonen demokratischen Friedens; Aufstieg neuer Großmacht-Konkurrenten verhindern; Schlüsselregionen verteidigen; Umgestaltung des Krieges ausnutzen."

Alle diese Empfehlungen wurden schnell Bestandteil der offiziellen Außen- und Verteidigungspolitik der USA. Das hat zum einen damit zu tun, dass nicht nur die Paten der Gruppe, Cheney und Rumsfeld, als Vizepräsident und Verteidigungsminister in die erste Regierung von George W. Bush einzogen, sondern dass noch sechs weitere PNAC-Mitglieder Regierungsfunktionen übertragen bekamen, unter ihnen Wolfowitz als stellvertretender Verteidigungsminister und John Bolton als Staatssekretär für Rüstungskontrolle und internationale Sicherheit. Zum anderen und vor allem aber hat es mit "9/11" zu tun, dem Terschlag von Al Quaida gegen die USA. In ihrem Manifest von 2000 geben die PNAC-Verfasser zu bedenken, dass "irgendein katastrophales Ereignis", "ein neues Pearl Harbor" geschehen müsse, ehe man den Hebel umlegen könne. Das benötigte neue "Pearl Harbor" hat stattgefunden.

1.1.3 Die Religiöse Rechte – Der Endkampf des Guten gegen das Böse

Die USA sind, wie oben ausgeführt, ein gläubiges Land. Von 207 Millionen Erwachsenen erklären sich nur 14 % (29 Millionen) für nicht-religiös. 11 Millionen verweigern die Auskunft. Über 80 %, 167 Millionen, sagen von sich, sie seien religiös. Von diesen wiederum bezeichnen sich 95 %, 160 Millionen, als Christen. (U.C. Census Bureau: Statistical Abstract of the United States: 2004–2005, S. 55. Zahlen von 2001) Mit 65 Millionen Gläubigen, einem knappen Viertel der US-Bevölkerung, erreichen allein die "Evangelika-

len", der radikalste Flügel der Protestanten und loyalste Wählertrupp von Bush, eine quantitative Dimension wie die Katholiken. (Wilcox/Larson, a.a.O., S. 90)

Die "Evangelikalen" umfassen vier Hauptströmungen: 1) Die *Fundamentalisten*: Sie halten die Aussagen der Bibel nicht nur für unfehlbar, sondern für wortwörtlich wahr. Sie glauben, dass die Welt untergehen wird und dass die Wiederkehr Christi unmittelbar bevorsteht. 2) Die *Pfingstbewegung*: Ihre Anhänger halten die Offenbarung ebenfalls für unzweifelhaft wahr, glauben aber auch an eine zweite Taufe durch den Heiligen Geist, die die Gabe verleiht, zu weissagen, in fremden Zungen zu sprechen und durch Gebete Kranke zu heilen. 3) Die *Charismatiker*: Sie teilen die Auffassungen der Pfingstbewegung, gründen aber keine eigenen Religionsgruppen, sondern bilden übergemeinschaftliche Zusammenschlüsse. 4) Die *Neo-Evangelikalen*: Sie sind von allen am wenigsten "fundamentalistisch". Die Bibel ist für sie unfehlbar, doch nicht unbedingt wörtlich zu nehmen. Die Geistestaufe wird nach ihrer Vorstellung nur wenigen, besonderen Menschen zuteil. (A.a.O., S. 91)



Die moralische Mehrheit bei der Stimmabgabe

Die Unterschiede zwischen den Strömungen waren in der Vergangenheit so groß, dass sich zum Beispiel der Fundamentalist Jerry Falwell 1988 weigerte, die Präsidentschaftskandidatur des Charismatikers Pat Robertson zu unterstützen. Die 1993 von Robertson inspirierte "Christian Coalition" vermochte schließlich die Unterschiede zu überbrücken und alle Fraktionen einzubinden. Eine bedeutende Rolle dabei spielten und spielen die Mega-Churches, wo in riesigen Großkirchen gemeinsame religiöse Momente erlebt und theologische Differenzen beiseite gelassen werden. Mittlerweile gibt es in den USA über 1.000 Kirchen, zu deren Gottesdiensten regelmäßig über 2.000 Besucher kommen. Diese Mega-Kirchen zählen allein 8 bis 12 Millionen Gemeindeglieder. Der deutschen Reporterin erläuterte der Sicherheitschef der Mega-

Kirche Southeast Christian Church in Louisville, Kentucky, den theologischen Gehalt des Unternehmens folgendermaßen. "Wie Sie ja wissen, leben wir in der Endzeit. Der Kampf des Guten gegen das Böse spitzt sich zu, und wir jagen die Bösen." (Andrea Böhm: Riesig für Gott. Die Zeit, 4.8.2005)

Die große Zahl der Gläubigen, die relativ enge Bindung an ihre Religionsgemeinschaften und das Wachstum und die wachsende Aggressivität der fundamentalistischen Evangelikalen machen schon allein Religion zu einem Faktor, der zugunsten des fundamentalistischen Republikaners Bush ausschlägt. (Der Katholik Kerry konnte nicht einmal die Mehrheit der katholischen Wähler für sich gewinnen.) Doch geht die Bedeutung der Religion noch weit über den Einfluss der Religionsgemeinschaften hinaus. Denn neben die unterschiedlichen "Heilsglauben" tritt ein "Ordnungsglaube", für den sich in den USA der Begriff "civil religion" (Zivilreligion) eingebürgert hat. "Gemeint ist damit jenes Ensemble an Glaubenssätzen, Symbolen und Ritualen, das die Bürger an das politische Gemeinwesen bindet... Die "Zivilreligion" artikuliert die Vision, die die Nation als integriertes Ganzes zusammenhält." (Brockner, a.a.O., S. 9)

1.2 Zivilreligion – eine Nation mit der Seele einer Kirche

Das neu entdeckte Amerika wurde sehr schnell zum Auffangbecken radikaldemokratischer protestantischer Sekten, die sich mit dem in Europa herrschenden Prinzip "cuius regio, eius religio" (der feudale Herrscher bestimmt die Religion seiner Untertanen) nicht zufrieden gaben. Für die Puritaner, Pilgrims, Wiedertäufer, Mennoniten, Hugenotten, Quäker und viele andere war die Trennung von Kirche und Staat und der Vorrang der Gesellschaft vor dem Staat von allem Anfang ein zentraler Wert. Sie waren ausgewandert, um ihr Leben nach den Grundsätzen ihrer religiösen Gemeinschaften zu organisieren. "Der Vorrang der Gesellschaft vor dem Staat erklärt sich historisch aus den Verhältnissen der ersten Siedlergemeinschaften, die den europäischen Staatsgewalten und ihren Glaubensordnungen entkommen waren, und der kontinuierlich über die *frontier* hinausdrängenden Einwanderer, die in Territorien vordrangen, in denen die Staatsgewalt noch nicht präsent war." (Claus Offe: Selbstbetrachtung aus der Ferne. Tocqueville, Weber und Adorno in den Vereinigten Staaten. Frankfurt a. M. 2004, S. 53) Die Integration der Gesellschaft ist "nicht, wie in Europa, das Werk einer sozial ordnenden Staatsgewalt" (a.a.O.) oder tradierter ethnischer oder kultureller Gemeinsamkeiten. In den USA musste sich die gemeinsame Orientierung auf der Grundlage des "gemeinsamen Nenners" der Religionsgemeinschaften entwickeln.

Den sich herausbildenden Wertekonsens prägte vor allem das calvinistisch-puritanische Erbe. Die calvinistische Lehre der Vorbestimmung (Predestination) be-

inhaltet die Vorstellung, dass die von Gott auserwählten Menschen ihren Status durch Reichtum demonstrieren können und dass sie darüber hinaus zur Übernahme von Verantwortung in der Gemeinschaft und zu beispielhaftem Verhalten verpflichtet sind. Schon Anfang des 20. Jahrhunderts stellte Max Weber in seiner Untersuchung "Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus" fest, dass die Motive sich umgekehrt hätten. In den Anfängen hätte "ihr überlegenes, religiös bedingtes Wirtschaftsethos ihnen (den christlichen Sektierern) die Überlegenheit über die Konkurrenten nach dem Prinzip (verschafft): 'honesty is the best policy'." Mittlerweile aber gelte nicht mehr der innere Wert der religiösen Lebensführung. Im Vordergrund stehe nun der äußere Gewinn an sozialem Ansehen und Einfluss. Dennoch sieht er die "Ausläufer, Rudimente und Überbleibsel" der alten religiösen Werte als Substanz der moralischen Energie, von der die "asketische Berufsethik" und der Ethos der "methodisch-rationalen Lebensführung" des "modernen Bürgertums" getragen werden. (Zitiert nach Offe, a.a.O., S. 84 f.)

So entstand aus den verschiedenen Heilsreligionen eine gemeinsame Ordnungsreligion, eine religiös geprägte nationale Ideologie der amerikanischen Bourgeoisie. "Fünf ideologische Grundpfeiler der Zivilreligion kann man näher bestimmen: 1. Demokratie (aus dem religiösen Konsens freier Individuen), 2. Freiheit im Doppelsinn (Freiheit von Unterdrückung und Freiheit zum individuellen Glück), 3. Opposition gegen Tyrannei oder Zentralgewalt und als Konsequenz ein starker basisdemokratischer Lokalismus, 4. Individualismus (im Sinne des "proprietary individualism and Calvinistic stewardship" Lockes – Eigentümer-Individualismus und calvinistisches Vorbild), 5. Glaube an den Fortschritt innerhalb einer heilsgeschichtlichen Fügung." (Berndt Ostendorf: (K)eine säkulare Gesellschaft? Zur anhaltenden Vitalität der amerikanischen Religionen. In: Brockner, a.a.O., S. 21)

Diese "Grundpfeiler" sind nicht allgemeine Orientierungsmarken, nach denen sich die einzelnen BürgerInnen mal so oder so oder auch mal gar nicht richten könnten. Ihre Einhaltung wird streng überwacht. Schon Max Weber sah in der amerikanischen Demokratie "ein Gewirr von höchst exklusiven, aber absolut frei gewachsenen Sekten, Vereinen, Klubs, in welchen sich das eigentliche soziale Leben des Einzelnen bewegt." Diese Strukturen weisen nur zu einem geringen Teil zivilgesellschaftliche Qualität auf, indem sie die Autonomie ihrer Lebensbereiche nach außen verteidigen. In erster Linie sorgen sie, wie Adorno eine Generation nach Max Weber bemerkte, für konformistische Gleichförmigkeit. "Keiner hat sich offiziell für das zu verantworten, was er denkt. Dafür sieht jeder sich von früh an in einem System von Kirchen, Klubs, Berufsvereinen und sonstigen Beziehungen eingeschlossen, die das empfindsamste Instrument sozialer Kontrolle darstellen." (Max Horkheimer/Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung. Amsterdam 1947, S. 178. Zitiert nach Offe, a.a.O., S. 102 f.)

1.3 Die Religiöse Rechte will sich des Staats bemächtigen

Das traditionelle Nebeneinander von "Heilsglauben" und Zivilreligion, von Kirche und Staat, wollen die Evangelikalen heute aufheben. Christliche Religionsgüter sollen Gesetzeskraft erhalten und mit Staatsgewalt durchgesetzt werden. Gesetze und Kampagnen gegen Abtreibungen, gegen Homoehe, gegen die Evolutionslehre als Lehrinhalt an den Schulen, die Propagierung und Durchsetzung ausgewiesener rechter Mitglieder des Obersten Gerichts markieren diese neue Entwicklung. Das politische Vehikel dieses Angriffs ist die Republikanische Partei, deren Texas-Zweig in seinem Programm verkündet: "Die Republikanische Partei von Texas bekräftigt die Vereinigten Staaten als eine christliche Nation." Tom deLay, Chef der Republikanischen Fraktion im Repräsentantenhaus, erklärte auf einer Wählerversammlung, dass "nur das Christentum eine Lebensweise anbietet, um den Realitäten, die wir in dieser Welt antreffen, zu begegnen – nur das Christentum." (Ostendorf, S. 13 f.) Bush selbst lässt entsprechende Gelegenheiten selten aus, um darauf hinzuweisen, dass er ein "wiedergeborener" Christ sei, den Gott in einer Erscheinung zur Umkehr brachte, und dass Gott ihm bei anderer Gelegenheit auch zur Präsidentschaft geraten habe. In John Ashcroft ernannte Bush in seiner ersten Regierung einen Innenminister, der als Protagonist einer evangelikalen Gruppe auftritt, die den anstehenden Endkampf zwischen Gut und Böse und die baldige Rückkehr Christi verkündet.

Einen ähnlichen Anlauf rechter Religiöser, die Gesetzgebung zu ihren Gunsten zu instrumentalisieren, hat es vor hundert Jahren schon einmal gegeben. Und auch die Gründe für ihr Aktivwerden waren ähnlich. In der protestantischen Ideologie gewannen damals "liberale" Strömungen an Einfluss, die für eine historisch-kritische Bibelauslegung eintraten und zwischen Form und Substanz der Offenbarung unterscheiden wollten. Die moderne Wissenschaft, vor allem die Evolutionslehre Darwins, sollten in den religiösen Raum integriert werden. Mit der "Großen Einwanderung" um die Jahrhundertwende spitzten sich die Probleme von Einwanderung, Industrialisierung und Urbanisierung zu. Darauf reagierte die protestantische Bewegung des "Social Gospel", die eine gesellschaftliche Verantwortung für soziale Missstände reklamierte und die calvinistische These nicht mehr gelten ließ, hierin spiegelte sich nur die Sündhaftigkeit der Welt und der Einzelnen und sie könnten nur überwunden werden durch die Umkehr der Sünder zum Guten.

Die Bewegung des "Social Gospel" ebenso wie der theologische Liberalismus unterlagen den konservativen Kräften, die ihren propagandistischen Ausdruck in einer Schriftenreihe fand, deren Titel der Glaubensrichtung ihren bis heute gültigen Namen gab: "The Fundamentals: A Testimony to the Truth" (Die Fundamentals: Ein Zeugnis für die Wahrheit). Zu den Fun-

damentals (den fundamentalen Wahrheiten) gehörte die wortwörtliche Wahrheit der Bibel, die Umkehr des Sünders und die Gewissheit der Wiederkehr Christi. Die Fundamentalisten setzten in den Zwanziger Jahren gesetzliche Obergrenzen für Zuwanderung und Gesetze gegen religiös und ethnisch unerwünschte Immigranten durch. In 20 Bundesstaaten erzwangen sie das Verbot, die Evolutionslehre an öffentlichen Schulen zu unterrichten, und im berühmten "Affenprozess" von 1925 wurde der Lehrer John Scopes, der dagegen verstoßen hatte, schuldig gesprochen und aus dem Schuldienst entlassen. Bush und seine Republikanische Partei verfolgen heute noch die Ziele der Fundamentalisten der ersten Stunde. (Vgl. Manfred Berg: Die historische Dimension: Vom Puritanismus zum religiösen Pluralismus. In: Brocker, a.a.O., S. 40 ff.)

1.4 Die politischen "Schnittmengen" von Neoliberalen, Neokonservativen und Religiöser Rechter

Die drei Hauptkräfte der neokonservativen Allianz hinter Bush haben zum Teil ernsthafte Meinungsunterschiede. Im Vorwahlkampf 2000 zum Beispiel standen die Neokonservativen an der Seite von John McCain, einem erklärten Gegner der religiösen Rechten und Bushs ernsthaftestem Rivalen um die Präsidentschaftskandidatur der Republikaner. Als sich jedoch Bush mit seinen christlichen Kohorten durchgesetzt hatte, versammelten sich auch die Neokonservativen hinter Bush und die erste Bush-Regierung spiegelte die Allianz der drei großen Gruppen wider. Auch in der Folgezeit blieben Widersprüche zwischen ihnen nicht aus, die zum Teil existentielle Fragen der Regierungspolitik betrafen. So plädierten die Neoliberalen für eine Politik der militärischen globalen Kontrolle, ohne Rücksicht auf die politischen Zustände in den einzelnen, von der US-Militärstrategie betroffenen Ländern. Sowohl in Afghanistan wie im Irak hatte Bush, den Neoliberalen folgend, zunächst für eine rein militärische Option votiert, "Nation Building",



den Aufbau westlich-demokratischer Strukturen, sah er nicht als originäre Aufgabe der USA. Gerade dies aber, die Verbreitung der "Demokratie", steht im Zentrum der weltpolitischen Vorstellung der Neokonservativen, deren Auffassung sich im Lauf der Zeit in der Regierungspolitik durchsetzte. (Allerdings wird sie in zunehmendem Maß von Neoliberalen und auch von führenden Militärs wieder in Zweifel gezogen. Siehe dazu Kapitel V)

Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass sich die politischen Schnittmengen der drei Gruppen bisher als hinreichend groß herausgestellt haben, um eine gemeinsame Strategie rechtsextremer Qualität zu entwickeln und durchzusetzen. Im Zentrum der neoliberalen Vorstellungen steht (in den USA wie in Deutschland und anderswo) die sogenannte "Angebotstheorie", wonach die gesamte Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik an den Bedürfnissen der "Anbieter", gemeint sind die Unternehmer, auszurichten ist. Je mehr Rechte für die Beschäftigten, je höher Löhne und Gehälter, je mehr Umweltschutz und Produktkontrolle, je höher die Steuern für Unternehmen und Unternehmer, umso schlechter für die Angebotsseite und damit umso schlechter für alle. Denn wenn die Unternehmer von allen diesen Fesseln befreit werden, dann unternehmen sie mehr: Sie stellen Leute ein, weil sie denen weniger zahlen müssen und sie wegen fehlenden Kündigungsschutzes bei Bedarf auch wieder ausstellen können; sie fahren die Produktion hoch, weil die Kosten für Arbeit und Leihkapital sinken; sie investieren die Gewinne schnell wieder in der Produktion, weil sie nirgendwo anders mehr verdienen können als auf solcherart "befreiten" Märkten.

Transferzahlungen an Arbeitslose, Kranke und Alte sind "unproduktiv" und müssen gekürzt werden. Die Politik hat sich auf die unternehmerischen Leistungsträger zu konzentrieren, Leistungsempfänger müssen auf ein Minimum reduziert werden und, wenn sie noch arbeitsfähig sind, zu Minimallohnen am Arbeitsmarkt antreten, andernfalls sie keine Unterstützung mehr beziehen. In Deutschland sind diese Imperative spätestens mit den Hartz-Gesetzen allgemein bekannt geworden. Für Deutschland wie die USA gilt: Das ganze Denkgebäude bricht in sich zusammen, wenn man berücksichtigt, dass die Arbeitnehmer, die auf ein Minimum an Lohn und Schutzrechten reduziert werden sollen, gleichzeitig die Hauptnachfrager der Massenproduktion sind, die angeblich wegen sinkender Löhne und anderer Produktionskosten von den Anbietern ständig gesteigert wird. Dem potenziell riesigen Angebot steht eine immer schwächere Nachfrage gegenüber. In Wahrheit dient die neoliberale Angebotstheorie dazu, die Kosten der Produktion von Gütern und Diensten zu verringern und damit die Gewinne der Unternehmer zu steigern, unter Inkaufnahme wachsender Arbeitslosigkeit und sinkender Masseneinkommen im Inland. In den USA hat sich dies bisher nur deshalb nicht katastrophal auf die Konjunktur ausgewirkt, weil die Nachfrageseite wegen des Kapitalzuflusses aus dem

Ausland ihr Volumen ständig steigern konnte – am Tag der Rückzahlung dieser enormen Schulden steckt die US-Wirtschaft in keiner Krise, sie ist vielmehr bankrott. (Vgl. Kapitel III und V)

Auf dem globalen Feld plädieren die Neoliberalen für ungehemmten Kapital- und Warenverkehr, alle Schutzrechte der kleineren Nationen vor übermächtigem ausländischem Produktions- und Finanzkapital haben zu verschwinden. Die Folge davon ist, dass die USA, und in ihrem Schlepptau die Kapitalzentren Europa und Japan, den Weltmarkt dominieren und auch über die Entwicklungschancen der kleinen oder "armen" Länder entscheiden. Von den UN über die Weltbank und die Welthandelsorganisation und in regionalen und den vielfältigen binationalen Beziehungen spielen die USA ihr Übergewicht systematisch und skrupellos aus. (Siehe dazu Conrad Schuhler: Die globale Struktur des Kapitals und die Herausbildung des Transatlantischen Wirtschaftsraums. In: ders., a.a.O., S. 99 ff) Zu rechtfertigen versucht die neoliberale Theorie dies mit der "Theorie der komparativen Kosten", wonach die internationale Arbeitsteilung zum Fortschritt aller beteiligten Nationen führe. Es handelt sich aber überhaupt nicht um internationale Arbeitsteilung, sondern um einen auch mit Gewalt durchgesetzten Ressourcenimperialismus (vor allem Öl und Gas, doch auch andere strategische Rohstoffe sollen unter die Kontrolle der USA gestellt werden); um die Nutzung ausländischer billiger Arbeitskräfte und Produkte und die Abschöpfung fremder Märkte durch Transnationale Konzerne; und schließlich um die politisch-militärische Kontrolle der globalen Produktionsketten und Märkte.



Diese schnöde neoliberale Wirtschaftspolitik bedarf offensichtlich dringend einer zusätzlichen moralischen Rechtfertigung. Würden die Amerikaner sie in ihrer nackten Substanz erkennen, als reine Interessenpolitik des großen Kapitals, würde sie wohl im "öffentlichen Diskurs" wie bei Wahlen eher abschrecken. Die neokonservative "Rückgewinnung moralischer Werte", die sich im wesentlichen mit den Hauptelementen der "Zivilreligion" decken, liefert den erforderlichen moralischen Beistand. Hier steht im Mit-

telpunkt der dem Calvinismus entspringende Eigentümer-Individualismus, der Eigentümer als die zentrale Figur der Gesellschaft, die in den lokalen Geschäften den Ton angibt und gegenüber der Staat, die Zentralgewalt mit ihren Gesetzen und Steuern, sich zurückzuhalten hat. Die Nicht-Eigentümer, die Arbeiterklasse, die Armen haben auf das Wort und die Weisung dieser beispielgebenden, moralisch höher stehenden Menschen zu vertrauen.

Auf der globalen Ebene verlangen die Neokonservativen eine Ausbreitung der demokratischen Werte, notfalls auch mit Gewalt, denn es geht um die Durchsetzung universaler, von Gott allen Menschen verliehenen Rechte. Es geht um den Sieg des Guten über das Schlechte im Weltmaßstab, und die USA sind das Werkzeug des Guten. Dies ist zweifellos ein attraktiveres Argument als Cheneys rüde Bemerkung, die USA müssten dorthin gehen, wo Geschäfte zu machen sind, Demokratie hin oder her.

Die Religiöse Rechte bringt die moralische Rechtfertigung der Politik für Reiche und Unternehmer und die Rückkehr zu den alten Werten gewissermaßen zum Glücken. Sowohl im Inneren wie im Äußeren ist die Menschheit zum Endkampf des Guten gegen das Böse angetreten. Zwei Mächte, Gott und Satan, ringen um die Vorherrschaft und um die Seelen der Menschen. Die USA, das neue Jerusalem, sind "Gottes eigenes Land" und sein Werkzeug. Sie werden den Sieg erringen, das "Ende der Geschichte" ist nah, Christus wird bald wiederkehren. In dieser Endphase der Geschichte sind soziale Reformen und Ansprüche sinnlos und frevlerisch – nicht um Materielles darf es gehen, sondern um die Abkehr von der Sünde, um Christus in Reinheit erwarten zu können.

Die Prüfungen, die Geschichte zum Beispiel in Form der Terroranschläge des 11.9. bereit hält, sind für die Fundamentalisten ein "Strafgericht Gottes", verhängt wegen der Sünden des liberalen Amerika. In seiner Show "The 700 Club" sagte der evangelikanische Fernsehprediger Pat Robertson: "Wir haben erlaubt, dass irgendwo in unserer Nachbarschaft 35 bis 40 Millionen ungeborene Babies in unserer Gesellschaft getötet wurden... Und dann fragen wir: Wie konnte

das geschehen? Nun, es geschah, weil Gott der Allmächtige seinen Schutz von uns nimmt." Robertsons Kollege Jerry Falwell erklärte in der selben Sendung: "Ich glaube wirklich, dass die Heiden und die Abtreibungsbefürworter und die Feministinnen und die Schwulen und Lesben, die daran arbeiten, das zu einem alternativen Lebensstil zu machen... – alle von denen, die versucht haben, Amerika zu säkularisieren – ich zeige mit dem Finger auf ihr Gesicht und sage: Ihr habt dazu geholfen, dass dies geschehen konnte." (Wilcox/Larson, a.a.O., S. 90).

2. George W. Bush – Vollstrecker des göttlichen Auftrags an Amerika

2.1 Bushs Selbstdarstellung entspricht dem national-religiösen Mythos

In einer Rede in Nashville warb Präsident Bush kurz vor dem Überfall auf den Irak für seinen "Krieg gegen den Terror" mit einem unmittelbar religiösen Appell: "Freiheit ist nicht Amerikas Geschenk an die Welt. Freiheit ist Gottes Geschenk an jedes menschliche Wesen auf der Welt. Amerika steht großen Herausforderungen gegenüber; Herausforderungen zu Hause und im Ausland... Gott hat uns aufgerufen, unser Land zu verteidigen und die Welt zum Frieden zu führen." (George W. Bush, Rede in Nashville, 10.2.03. www.whitehouse.gov) Der Aufruf Gottes war nicht nur an Amerika schlechthin ergangen, sondern auch direkt an ihn persönlich. "Ich fühle, wie Gott es will, dass ich für die Präsidentschaft kandidiere. Ich kann es nicht erklären, aber ich spüre, dass mein Land mich brauchen wird... Ich weiß, es wird nicht leicht für mich oder meine Familie, aber Gott will, dass ich es tue." (In einem Gespräch mit dem Prediger James Robinson. Siehe Wilcox/Larson, a.a.O., S. 103).

Gottes Ruf erreichte einen, der sich lange Zeit für den Allmächtigen taub gestellt hatte. Als er christliche, jüdische und muslimische Religionsführer im Oktober 2001 über die Fortschritte im Krieg gegen den Terror informierte, klärte er sie zunächst über sich selbst auf: "Sie wissen ja, dass ich ein Alkoholproblem hatte. Wenn alles so weiter gelaufen wäre, säße ich jetzt nicht im Oval Office. Es gibt nur einen einzigen Grund, weshalb ich hier im Oval Office bin und nicht in der Bar: Ich habe zum Glauben gefunden. Ich habe Gott gefunden." (Der Spiegel, 8/2003). Der ehemalige Alkoholiker ist ein heimgekehrter verlorener Sohn, der Gottes Auftrag um so unerbittlicher ausführt, als er damit auch die Sünden der eigenen Vergangenheit löschen will. Als ein Sünder, der umgekehrt ist und von Gott selbst zu den Auserwählten eingeteilt wurde, genießt er in den Augen seiner Glaubensbrüder den höchstmöglichen Status.

Bush bemüht sich nach Kräften, Politik und Religion ineinander zu verweben. Als erste Amtshandlung nach der Wahl 2000 richtete er ein "Office of Faith-Based Initiatives" ein, ein Amt für auf Religion grün-



dende Initiativen. Seinen "Krieg gegen der Terror" nannte er einen "Kreuzzug". Ein Jahr nach dem Irak-Krieg begründete er diesen damit, dass "ein Ruf von jenseits der Sterne, für die Freiheit einzustehen" an Amerika ergangen sei, "die großartigste Kraft für das Gute auf dieser Erde." (Lothar Rühl: Das Reich des Guten. Stuttgart 2005, S. 13)

Auf europäische Beobachter wirken diese Auftritte oft bloß abgeschmackt und zynisch. Der englische Welt-Autor John le Carré hat den passenden Spott parat: "Gott hat Amerika dazu bestimmt, die Welt in jeder Weise zu retten, die Amerika zusagt." (John le Carré: Bekenntnis eines Terroristen. Der Spiegel, 4/2003). Doch für das national-religiöse Amerika und für einen Gutteil der Anhänger der Zivilreligion erfüllt Bush den Auftrag des nationalen Erbes.

Die im 16. und 17. Jahrhundert von England nach "Neu-England" eingewanderten Gruppen fühlten sich von der "Vorsehung" (special providence) in einen für sie "reservierten" Kontinent gebracht, wo sie in der Nachfolge Israels als das auserwählte Volk Gottes das "neue Jerusalem", "the city upon a hill", die gottgefällige Stadt auf dem Hügel errichten würden. Es war ihr "manifest destiny", ihre offenkundige Bestimmung, den ganzen Kontinent zu missionieren und überall die eigene religiös bestimmte Zivilisation zu verbreiten. In diesem Kontext wurde die Ausrottung der Indianer ebenso akzeptiert wie die Sklaverei. Nur eine einzige Religionsgemeinschaft, die Quäker, hat sich gegen die Sklaverei gestellt.

Die Puritaner übertrugen die biblischen Vorstellungen vom "Gelobten Land" und vom "Ende der Geschichte" nach dem Sieg des Guten über das Schlechte auf die "Neue Welt". Hier triumphierte das Gute, womit Amerika zum "Empire of Right" geworden ist, das Reich des Rechts und das Reich des Guten. In eben dieser Tradition erklärte Ronald Reagan die Sowjetunion zum "Reich des Bösen" und Bush die "Schurkenstaaten" zu einer "Achse des Bösen". (Vgl. Rühl, a.a.O., S. 69 f.)

2.2 Bush in der Tradition seiner politischen Vorgänger

Die Legitimierung politischer und militärischer Aktionen durch Verweise auf Absichten der Vorsehung ist keine Spezialität besonders religiöser Präsidenten. Schon die Gründungsväter der US-Verfassung, in der Regel Agnostiker und Deisten, also keineswegs religiösgemeinschaftlich geprägt, waren sich darüber einig, dass Amerika eine spezielle kosmische Fügung war. Thomas Jefferson, ein Hauptautor der "Bill of Rights" und späterer Präsident, sah in den USA das "auserwählte Land", das "Empire of Liberty" (Reich der Freiheit), dem er diese Aufgabe zuschrieb: "Wir sind dazu bestimmt, eine Barriere gegen die Rückkehr der Unwissenheit und des Barbarentums zu sein." (Zitiert nach Rühl, a.a.O., S. 77) Benjamin Franklin, ein weiterer der Gründungsväter, erster Gesandter der jungen USA in Paris, wo er als der "erste zivilisierte Amerika-

ner" gefeiert wurde, rechtfertigte die Expansion in den Westen ohne jede Rücksicht auf die Ureinwohner, die Indianer, unter Berufung auf "einen Plan der Vorsehung, die Wilden auszurotten". Den Rum, der die Indianer gezielt zu Alkoholikern machte, sah er als "geeignetes Mittel" an, um "Platz zu machen für die Bebauer der Erde". (A.a.O., S. 71) Franklin war übrigens bei der mit der Ausrottung der Indianer verbundenen Landnahme als Postunternehmer der nördlichen Kolonien aktiv beteiligt. Jefferson war Großgrund- und Sklavenbesitzer, als er die "Bill of Rights" unterzeichnete, deren erstes unveräußerliches Menschenrecht lautet, dass jeder Mensch das Recht auf Streben nach Glück hat. Indianer allenfalls im Reservat, Schwarze in der Sklaverei. Die christliche Mission Amerikas ging schon immer Hand in Hand mit wirtschaftlichem Vorteil.

Das "Reich der Freiheit" Jeffersons war von Anfang an expansionistisch, sah Amerika zur zivilisatorischen Weltmission berufen. Nach dem Vorschieben der "frontier" bis an den Pazifik zielte die US-Politik folgerichtig auf den ganzen Globus (schon zuvor war Südamerika mit der Doktrin des Präsidenten Monroe zur Einflusszone der USA erklärt worden). Präsident Woodrow Wilson verkündete nach dem Ersten Weltkrieg, der durch Amerikas Eingreifen entschieden worden war, eine neue Weltordnung. Das Unternehmen hatte wegen äußerer und innerer Widerstände keinen Erfolg.

Den aber hatte Präsident Franklin D. Roosevelt eine Generation später. Noch vor dem Eintritt der USA in den Krieg gegen Nazi-Deutschland erklärte er: "Wir werden keine von Hitler beherrschte Welt akzeptieren. Und wir werden keine Welt akzeptieren, in der die Saat des Hitlerismus abermals aufgehen könnte. Wir werden nur eine Welt der Rede- und Meinungsfreiheit, der Freiheit des Glaubensbekenntnisses zu Gott, der Freiheit von Not und der Freiheit von Terror akzeptieren." (Franklin D. Roosevelt: Public Papers, Band 1941 Teil I, New York 1959, S. 192). Diese vier Freiheiten waren die Grundlage der "Atlantik-Charta", die Roosevelt 1942 mit dem britischen Premier Churchill unterzeichnete und die Grundlage der Nachkriegsordnung sein sollte. In der Charta wurden die Nationen eingeteilt in "die mit Aggression drohenden" und in "die friedliebenden". Die ersten sollten vollständig und dauerhaft entwaffnet werden, die zweiten sich mit geringen Streitkräften begnügen. (Rühl, a.a.O., S. 116).

Ohne Frage haben sowohl Wilson wie Roosevelt, beide von der Religiösen Rechten bekämpft, sich von anderen Werten leiten lassen als der heutige Präsident. Aber den Anspruch, die Welt nach den Vorstellungen der USA dauerhaft und unter US-Kontrolle umzuformen, haben sie erhoben und im Fall der "Atlantik-Charta" auch weithin durchgesetzt. In diese Tradition von Jefferson versucht sich Bush zu stellen, wenn er in seiner nationalen Sicherheitsstrategie von 2002 verkündet, Amerika werde Freiheit und Demokratie "in den letzten Winkel der Erde bringen".

Kapitel III.

Bush I: Hochrüstung, mehr Armut, mehr Reichtum, mehr Staatsschulden

Als die WählerInnen 2004 zu entscheiden hatten, lagen bereits vier Jahre Erfahrung mit der Bush-Politik hinter ihnen. Dass sie dennoch für Bush stimmten, beweist, wie stark der "Angst-Faktor" im Verbund mit der national-religiösen Ideologie wirkte: "fear over anger", Angst triumphiert über die Wut und für die "Mission Amerikas" muss man Opfer auf sich nehmen. Sich Grundzüge und Auswirkungen von "Bush I" vor Augen zu führen, ist vor allem auch deshalb angebracht, weil Bush in seiner ersten Rede nach der Wahl erklärte, er habe mit ihr ein Mandat für seine Politik erhalten und er werde dieses politische Kapital nutzen, um im alten Sinne fortzufahren.

1. Die Bush-Regierung: Personal von der "konservativen Koalition"

Die Bush-Administration ist geradezu eine karikaturhafte Bestätigung der These, bei der Regierung handele es sich um das politische Exekutivkomitee der dominanten Kapitalfraktionen, verstärkt durch herausragende Mitglieder ihrer "organischen Intellektuellen", also durch wissenschaftliche und propagandistische Begründer der Legitimität ihres Herrschaftsanspruchs und ihrer Politik. So finden sich denn in Bushs Mannschaft Vertreter aller drei Gruppen der "konservativen Koalition", insbesondere der Neoliberalen und der Neokonservativen.

Bei den dominanten Kapitalfraktionen handelt es sich in der Reihenfolge ihres Gewichts in der Regierung um die Öl-, Rüstungs-, Auto- und Pharmaindustrie. Die militärisch gesicherte Kontrolle der Zugänge und des Abbaus der Energieressourcen und anderer Rohstoffe, des Zugangs zu den internationalen Märkten und der globalen Transportwege ist allen diesen Transnationalen Konzernen (TNK) ein vitales Interesse. Eine Konstellation dieser Art verspricht Hochrüstung und Kriege, da die globalen Interessen der TNK von Natur aus prekär sind, da damit zu rechnen ist, dass Bevölkerungen sich nicht überall und fortwährend damit zufrieden geben, dass ihre Bodenschätze, ihre Arbeitskraft, ihre Märkte und auch ihre Kultur von US-Firmen und US-Agenturen aller Art "abgeschöpft" beziehungsweise überlagert werden.

Die Richtung der bevorstehenden Kriege war daran abzulesen, dass die Ölindustrie das stärkste Kontingent des Bush-Personals stellte. In dem 2001 unter dem Vorsitz von Vizepräsident Cheney erarbeiteten "US National Energy Policy Report" (NEPD-, "Cheney-

Report") wird festgestellt, dass im Jahr 2020 in der Golfregion des Mittleren Ostens 54 bis 57 Prozent des gesamten Öls der Welt produziert werden. Befund und Schlussforderung des Reports: "Also wird die globale Ökonomie so gut wie sicher weiterhin von der Ölversorgung durch OPEC-Mitglieder, besonders vom Golf, abhängen. Diese Region wird für die US-Interessen lebenswichtig bleiben ... Die NEPD-Gruppe empfiehlt, dass der Präsident der Sicherung der Energievorräte in unserer Wirtschafts- und Außenpolitik Vorrang einräumt." (Konkret 2/03, S. 24)

Schon in das Team, das offiziell die Amtszeit des neuen Präsidenten vorzubereiten hatte, entsandten die Energiefirmen zwanzig ihrer fähigsten Manager. Als die Regierung dann präsentiert wurde, sah man in der ersten Reihe hundertprozentige Ölmänner- und -frauen. An der Spitze der Präsident selbst, der, nachdem er als selbständiger Ölünternehmer erfolglos blieb, zum politischen Frontmann des texanischen Energieriesen Enron und dessen Chef Kenneth Lay und mit dessen Hilfe auch Gouverneur von Texas wurde. Lay war schon der größte Einzelspender des Kandidaten Bush und er stiftete nochmal 300.000 Dollar für die pompöse Feier zur Amtseinführung des neuen Präsidenten. (Ein Jahr später musste der Enron-Konzern nach Bilanzbetrug großen Stils Konkurs anmelden. Lay ist seitdem ein Fall für Gerichte und Gefängnisse. Vgl. Conrad Schuhler: Enron. Pleite von Wall Street und Washington. isw-Spezial Nr. 16)

Bushs Vizepräsident Cheney war bis zum Einstieg in die Regierung Chef von Halliburton, dem weltgrößten Zulieferer der Erdölindustrie. Die neue Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice war zuvor Vorstandsmitglied des Chevron-Erdölkonzerns. Wirtschaftsminister Evans war CEO (Vorsitzender der Vorstands) der Öl- und Gasgesellschaft Tom Brown. Das Enron-Aufsichtsratsmitglied Lawrence Lindsay wurde ökonomischer Chefberater des Präsidenten. Zum Handelsbeauftragten der US-Regierung, unter anderem zuständig für die Vorbereitung von WTO- und G7-Konferenzen, wurde Robert Zoellick ernannt, früher hauptberuflicher Enron-Berater. Die Innenministerin Gale Norton arbeitete vor ihrer Regierungstätigkeit als Anwältin für Ölfirmen. Ihr Staatssekretär J. St. Giles war Öl-Lobbyist in Washington. Mindestens 15 hochrangige Mitglieder der Bush-Regierung besaßen größere Aktienpakete von Enron, darunter Verteidigungsminister Rumsfeld und Armeeminister White, dessen Öllaktien einen Wert von 50 Millionen Dollar darstellten. Als der Enron-Schwindel aufflog, sah sich

Justizminister John Ashcroft außerstande, an den Ermittlungen gegen den betrügerischen Konzern teilzunehmen, da er persönlich hohe Geldzuwendungen des kriminellen Konzerns erhalten hatte. (Vgl. Michael Moore: *Stupid White Men*, London 2002, S. 16 ff; Conrad Schuhler: *Hinter der göttlichen Mission: Öl, Rüstung, Auto, Pharma*. In ders., *Unter Brüdern*. A.a.O., S. 14 ff.)

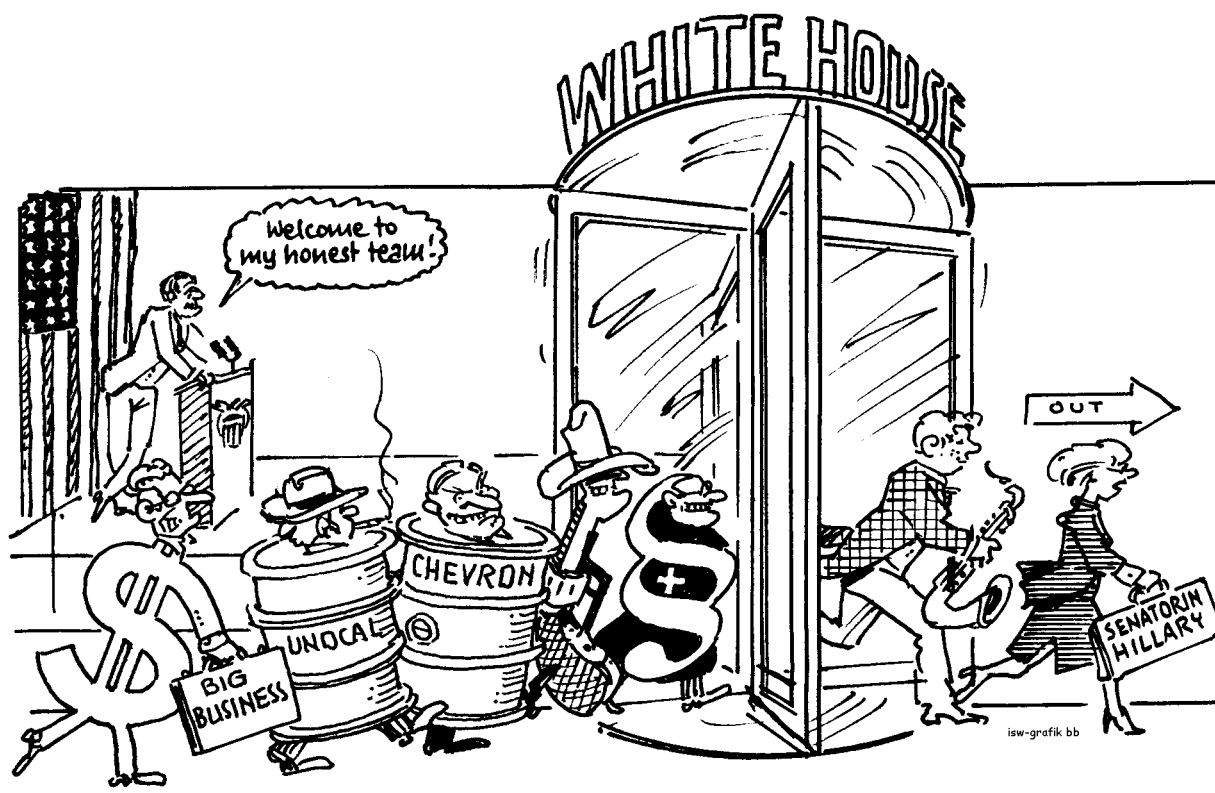
Ergänzt wird die überragende Stellung der Ölleute durch das Gewicht der Vertreter der Rüstungsindustrie. Laut dem Arms Trade Resources Center des World Policy Institute hatte Bush 32 wichtige Positionen mit Managern, Beratern und Großaktionären bedeutender Rüstungsbetriebe besetzt. (Micah L. Sifrah: *Money, Politics and War*. TomPaine.com) Dazu zählten der stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz, Berater von Northrop Grumman; Marineminister Gordon England, früher Präsident von Lockheed Martin; Richard Armitage, der stellvertretende Außenminister, dessen Beratungsfirma in Washington zu ihren Kunden vor allem Rüstungsfirmen wie Boeing und Raytheon zählte.

Auch die MinisterInnen, die nicht aus dem Öl- und Rüstungssektor kommen, hatten die Kompetenz für ihre neuen Ämter in einschlägigen Konzernen erworben. Landwirtschaftsministerin Ann Venneman hatte für Firmen gearbeitet, die sich auf genetische Nahrungsmittel spezialisiert haben. Verteidigungsminister Rumsfeld war Chef eines Pharmaunternehmens, das mittlerweile in Monsanto, dem größten Biotech-Konzern der Welt, aufgegangen ist. Außenminister Powell saß in den Aufsichtsräten einer Flugzeugfirma und von AOL. Energieminister Spencer Abraham war

während seiner ganzen Laufbahn vor allem von der Autoindustrie gesponsort worden. Gesundheitsminister Tommy Thomson wiederum besaß in der Tabak- und Handelsfirma Philip Morris seinen Hauptsponsor. Andrew H. Card Jr. wechselte aus dem Washingtoner Büro des Chef-Lobbyisten von General Motors ins Weiße Haus, als Stabschef des Präsidenten.

Zum Teil handelte es sich bei diesen Personen um Experten, die ihre Positionen für Großkonzerne mit der Arbeit in neokonservativen Think Tanks verbunden hatten. Allein die von Cheney und Rumsfeld initiierte "Studiengruppe", aus der das "Project for a New American Century" hervorgegangen war, brachte acht Mitglieder in Regierungsfunktionen. Neben Cheney und Rumsfeld waren dies: Paul Wolfowitz; John Bolton, Staatssekretär für Rüstungskontrolle und internationale Sicherheit; Eliot Cohen, Mitglied des Beraterstabes für Verteidigungspolitik; I. Lewis Libby, Chef des persönlichen Stabes von Vizepräsident Cheney; Dov Zakheim, Staatssekretär im Verteidigungsministerium; Stephen Cambone, Leiter Analyse und Auswertung im Verteidigungsministerium. Wie schon erwähnt, übernahm Bush allein vom neoliberalen American Enterprise Institute 20 Experten, vor allem für Wirtschaftspolitik.

Gegenüber dieser Phalanx aus Großkonzernen und neokonservativen Stiftungen nimmt sich der personelle Einfluss der Religiösen Rechten bescheiden aus. Von den profilierten Fundamentalisten wurde nur John Ashcroft in die Regierung berufen, allerdings in das für Fragen der in Gesetze zu überführenden "moralischen Werte" besonders wichtige Amt des Innenministers. Man darf auch nicht vergessen, dass der



Präsident selbst sich zum Anhänger und Fürsprecher der Evangelikalen ausgerufen hat. George W. Bush ist überhaupt das Muster der "konservativen Allianz" in einer Person. Der "wiedergeborene" Christ ist ausgewiesener Ölmann und Spross der alteingesessenen Plutokratie der USA. Sein Großvater Prescott Bush war Wall Street-Banker und US-Senator von Connecticut. Vater George Bush war, bevor er es als Präsident ins Weiße Haus schaffte, schwerreicher Ölunternehmer. Der junge Bush ist plutokratischer Herkunft und hat doch ein überragendes Talent, sich als Nachbar von nebenan, als Hüter der traditionellen Werte des einfachen Amerikaners darzustellen. Bush war ein Glücksfall für die Rechtskonservativen und ein Verhängnis für die Mehrzahl der Amerikaner.

2. Militärische Absicherung der Globalherrschaft und neue Hochrüstung

2.1 Die Neue Militärstrategie

Die neue Regierung verlor keine Zeit, die PNAC-Empfehlungen vom September 2000 in die Tat umzusetzen. Schon vor dem 11.9.2001 war der Kurs in diese Richtung eindeutig. (Vgl. Ernst-Otto Czempel: *Weltpolitik im Umbruch*. München 2002, S. 92) Anfang Juli 2001 lehnt Washington die Vorschläge der UN zur Eindämmung von Waffenschmuggel und des Handels mit Handwaffen ab. Ende Juli 2001 verweigert die Bush-Regierung als einzige die Zustimmung der Konvention über biologische und toxische Waffen. Bei Massenvernichtungswaffen, die sie kurz darauf überall in der Welt als Grund für einen präventiven Militärschlag ausgeben, wollen sich die USA selbst nicht die Hände binden.

Unmittelbar nach dem 11.9. kündigten sie einseitig den ABM-Vertrag aus dem Jahr 1972. Diesem Vertrag lag die Idee zugrunde, dass keine der damaligen Supermächte durch eine Raketenabwehr sich dem Gegenschlag entziehen können sollte; sie sollte verwundbar bleiben, damit keine eine Option für den Erstschlag besaß. Unmittelbar nach der Kündigung des Vertrages begannen die USA mit dem Aufbau der ersten Raketenabwehrstellungen in Alaska. Dieses Raketenabwehrsystem am Boden wird ergänzt durch einen weltraumgestützten Satellitenschutz. Zu seinem Betrieb nahmen die USA den Aufbau eines eigenen Arms der Streitkräfte, der US Space Forces, in Angriff. Die USA, die ihren Gegnern mit präventiven Schlägen drohen, wollen sich selbst unverwundbar machen, womit das Risiko von Erstschlägen seitens der USA steigt und völlig unkalkulierbar wird. Sie wollen sich auch völkerrechtlich unverwundbar machen. Im Juni 2002 zog Bush die von Vorgänger Clinton bereits geleistete Unterschrift unter den Vertrag zur Schaffung eines Internationalen Strafgerichtshofs zurück. Der republikanisch dominierte Kongress ging noch einen Schritt weiter. Im "Armed Forces Protection Act" übertrug er dem Präsidenten die Vollmacht,

im Einzelfall auch militärische Gewalt einzusetzen, um US-Bürger aus der Gewalt des Internationalen Gerichtshofes zu befreien. Der Präsident unterzeichnete das Gesetz umgehend.

Schon Ende 2001, parallel zur Kündigung des ABM-Vertrages, präsentierte die Bush-Regierung dem Kongress das "Nuclear Posture Review"-Programm, die neue Nuklearstrategie der USA. Darin wird der präventive Einsatz von Nuklearwaffen niedergelegt. Das Dokument legt drei Kategorien von Bedrohungen fest, bei denen der nukleare Erstschlag in Betracht kommt: unmittelbar, potenziell und unerwartet. Als Fallbeispiele für unmittelbare Bedrohungen ("contingencies") werden ein irakischer Angriff auf Israel oder andere Länder im Mittleren Osten, ein nordkoreanischer Angriff auf Südkorea und eine militärische Konfrontation über den Status von Taiwan genannt. Als Beispiel für eine potenzielle Gefahr gilt "eine neue feindliche Militärkoalition gegen die Vereinigten Staaten oder ihre Verbündeten, in der Mitglieder über Massenvernichtungswaffen und Angriffsträger dafür verfügen". Unerwartete Bedrohungen könnten entstehen, wenn "ein plötzlicher Regimewechsel ein nukleares Arsenal einer neuen feindlichen Führung in die Hände gibt oder Gegner (den Besitz von) Massenvernichtungsmitteln offen legen". (Vgl. Lothar Rühl, a.a.O., S. 253 f.)

Für alle diese Fälle, die heute schon vom Iran über Nordkorea bis nach China und Russland reichen (denen in dem Dokument eine "plausible", wenn auch nicht "zu erwartende" Gefahr beigemessen wird) und im Grunde in jeder "Krise" ins Feld geführt werden könnten, sind eine Kombination konventioneller und nuklearer Waffen und Angriffskräfte sowie schnelle Eingreiftruppen vorgesehen.

Die einzelnen neuen Elemente fasste die Bush-Regierung im September 2002 in einer neuen "Nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten" zusammen. Darin bekräftigt sie, dass sie, "um Bedrohungen durch unsere Feinde zuvor zu kommen, wenn notwendig, präventiv zuschlagen wird". Weiter zeigt sich die Regierung davon überzeugt, dass "sich die USA einer Position unvergleichbarer militärischer Stärke und eines großen ökonomischen und politischen Einflusses erfreuen ... Diesen Augenblick der Gelegenheit wollen die USA nutzen, um die Vorteile der Freiheit über den Globus auszubreiten. Wir werden aktiv daran arbeiten, die Hoffnung von Demokratie, Entwicklung, freiem Markt und freiem Handel in jeden Winkel der Erde zu bringen." (www.whitehouse.gov/ncs/nss).

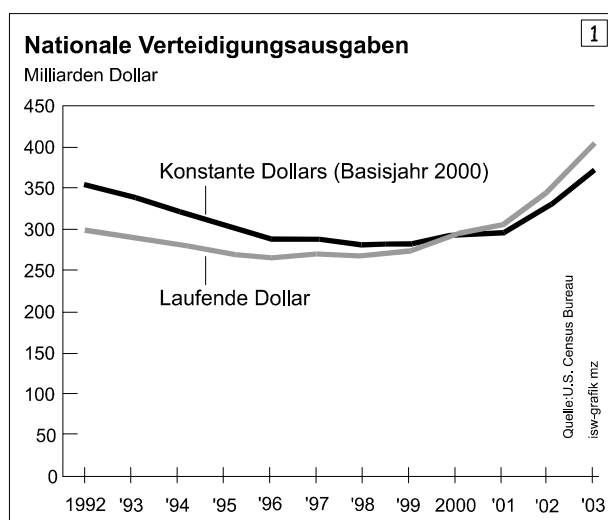
Um "jeden Winkel der Erde" militärisch zu kontrollieren oder in Blitz-Interventionen zu erreichen, haben die USA 2002 die Welt in fünf strategische Zonen eingeteilt, von denen jede einem Regionalkommando der US-Streitkräfte entspricht. (Vgl. Rühl, a.a.O., S. 210ff). Das "Europäische" ist durch die Personalunion seines Oberbefehlshabers als Oberkommandierender der NATO direkt mit den europäischen Alliierten verbunden. Das "Pazifische" kontrolliert den Raum

von der Westküste der USA bis nach Südasien und China; das "Zentrale" den Mittleren Osten, Zentralasien und Ostafrika; das "Nordkommando" ist für die USA und Kanada zuständig, das "Südkommando" für Mittel- und Südamerika und dient zugleich als internationales Oberkommando für die "Organisation Amerikanischer Staaten" in Panama.

Im Rahmen ihres globalen Militärsystems hatten die USA 2002 in 62 "ausgesuchten Ländern" (so der Begriff der Statistik – in Wahrheit sind es also noch mehr Länder) mehr als 230.000 Mann stationiert. (U.S.Census, a.a.O., S. 322) Im August 2004 verkündete Bush, die Zahl der im Ausland stationierten Truppen um 60.000 bis 70.000 zu verringern und stattdessen die Eingreifverbände, die von den USA aus schnell und flexibel eingesetzt werden können, zu erhöhen. Diese weitere Qualifizierung der US-Streitkräfte zu einer Interventionsmacht für punktuelle Eingriffe und schnelle Feldzüge macht die Unterstützung durch alliierte Truppen im Einsatz und zur Sicherung der Transportwege noch wichtiger. Die neue strategische Mobilität bedarf der Unterstützung der Alliierten. Dies hat sich auch im Irak-Krieg gezeigt, als sich Deutschland als die Drehscheibe der Rotation von Truppenteilen und Waffen zwischen Amerika, Europa und dem Mittleren Osten erwies.

2.2 Rasante Steigerung der Rüstungsausgaben

In der Amtszeit Clintons (1992 bis 2000 – der erste Haushalt der Clinton-Regierung wurde 1993 wirksam) waren die Rüstungsausgaben gesunken (von 298 auf 294 Milliarden Dollar pro Jahr). Mit dem Amtsantritt von Bush ändert sich das Bild schlagartig.



Von 2000 bis 2004 (erster Bush-Haushalt: 2001) erhöht die Bush-Regierung den Rüstungsetat von 294 auf 454 Milliarden Dollar, um 54,4 Prozent. (U.S. Census, a.a.O., S. 327 – siehe Tabelle) Die Rüstungsausgaben steigen von 3 % des gesamten Bruttoinlandsprodukts auf 4 %. Dieser enorme Anstieg geht zu Lasten der übrigen staatlichen Leistungen. Der Ge-

samthaushalt, inklusive der Rüstung, stieg in der selben Zeit nur um knapp 30 %. (A.a.O., S. 308) Vergleicht man die Jahre ab 2002, als die Rüstungssteigerungen zu galoppieren begannen, bis 2004, dann wird das Missverhältnis noch deutlicher. Während die Rüstungsausgaben in dieser Zeit um über 30 % stiegen, kamen die "Human Resources" nur auf ein Wachstum von 13,6 %. In "Human Resources" sind enthalten Erziehung und Weiterbildung, Gesundheit und die Kranken- und Sozialversicherung.

Tabelle 1

Rüstungsausgaben 2000 – 2005			
	Rüstungsausgaben Mrd. Dollar	Prozentuale Veränderung zum Vorjahr	in Prozent des Brutto- inlands- produkts
2000	294,5	6,7 %	3,0 %
2001	305,5	2,6 %	3,0 %
2002	348,6	14,0 %	3,4 %
2003	404,9	15,6 %	3,7 %
2004 *	453,7	11,3 %	4,0 %
2005 *	450,6	0,8 %	3,7 %

* 2004 und 2005 geschätzt Quelle: U.S. Census Bureau

Die immense Steigerung der Rüstungsausgaben untergräbt die zivile Leistungsfähigkeit des Staates. Dabei weist der "Verteidigungshaushalt" nicht einmal alle einschlägigen Aufwendungen aus. Ausgaben für die "internationale Sicherheit", für den Auslandsnachrichtendienst CIA und die (gewaltigen) technischen Aufklärungsdienste sind ebenso wenig in ihm enthalten wie die Mittel für den "Heimatschutz". Dessen Budget belief sich 2004 auf 41,3 Milliarden Dollar, was rund 9 % des Rüstungshaushalt entspricht.

2.3 Irakkrieg – Lüge, Völkerrechtsbruch, Korruption und Folter

1. Die Kriegslüge

Die Bush-Regierung hat die nationale und internationale Öffentlichkeit betrogen, hat einen verlogenen Vorwand konstruiert, um ihren Überfall auf den Irak zu legitimieren. Die CIA sei, behauptete Washington, im Besitz unwiderlegbarer Beweise, dass der Irak Massenvernichtungswaffen herstelle. Vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hielt Außenminister Colin Powell einen Video-Vortrag, wo angebliche Stellen und Produktionsstätten solcher Waffen gezeigt wurden. Weiter behauptete die CIA, sie könne Beweise vorlegen für die Zusammenarbeit von Al Quaida und dem Saddam-Regime. So habe sich der New Yorker Attentäter Mohammad Atta mit dem irakischen Geheimdienst in Prag getroffen. Alle diese Behauptungen erwiesen sich als falsch, als bewusste Lüge, denn die US-Regierung war sich der Unwahr-

heit ihrer Behauptungen bewusst. Alles, was der Präsident in der ersten Fernsehdebatte mit Kerry noch zu sagen hatte, war: "Saddam hätte niemals seine Waffen abgegeben." Darum war es gegangen, im Irak mit Waffengewalt einen Regimewechsel herbei zu führen. "Massenvernichtungswaffen" und "Al Quaida" waren die Köder, damit die Öffentlichkeit den Krieg schluckte, ohne zu revoltieren. Alle Welt weiß dies, kennt die große Lüge, auch die Mehrzahl der Amerikaner.

2. Die Kosten des Krieges

Der "Krieg gegen den Terror", dessen harter und teurer Kern seit 2003 der Irakkrieg ist, kostete die US-Steuerzahler 2003 87 Milliarden Dollar und 2004 120 Milliarden Dollar. Das ist das 15fache der Bundesausgaben für Oberschulerziehung und das Zweieinhalbfache der Bundeszahlungen an Arbeitslosengeld. (U.S. Census Bureau, a.a.O., S. 310).

Bis Mitte 2005 wurden 2.000 US-Soldaten getötet und 13.000 verwundet, die Hälfte davon schwer. Zehntausende werden mit schweren Gesundheitsschäden zurückkehren. (Tom Hayden: How to Get Out of Iraq. www.alternet.org/story/24539). Nicht eingerechnet in diese Zahlen sind die Opfer unter den Söldnern. Mittlerweile operieren im Irak rund 80 private "Sicherheitsfirmen", die 25.000 Mann unter Waffen haben, was rund 15 % des waffentragenden US-Militärs im Irak entspricht. (John Hanchette: Iraq: Mercenaries Mount Offensive. www.corpwatch.org/php?id=12565) Diese Söldner, in der Regel von US-Großkonzernen zur Sicherung ihrer Geschäftsfelder und Arbeitersiedlungen und -transporte angeheuert, befinden sich in exponierter Lage und haben mit großer Wahrscheinlichkeit anteilig nicht weniger Verluste zu beklagen als die offiziellen Streitkräfte.

Unter Kosten und Opfern des Krieges wäre vor allem über die der Iraker zu reden. Die Toten können nur geschätzt werden, es sind viele Zehntausende. Das alte wirtschaftliche und soziale System ist zusammengebrochen, ohne dass an seine Stelle etwas anderes Lebensfähiges getreten wäre. Der Irak ist eine Militärkolonie der USA, zusammengehalten vom US-Militär und ausgebeutet von amerikanischen und einigen Großkonzernen anderer Herkunftsländer (u.a. deutschen Firmen, unter denen sich besonders Siemens hervortut).

3. "Oh, was für ein lukrativer Krieg" – Cheney, Halliburton und die allgegenwärtige Korruption

Ist der Krieg für die einen ein Albtraum von Kosten an Leib, Leben und Einkommen, ist er für die anderen eine Quelle unerhörter Profite. Die US-Regierung hat über 50 Milliarden Dollar für das Aufbauprogramm im Irak (das Doppelte des Bruttoinlandsprodukts des Irak) fast ausschließlich an 150 US-Konzerne vergeben. Der größte Auftragnehmer war die Firma Kellogg Brown & Root (KBR), die eine Tochterfirma des Halli-

burton-Konzerns ist, dessen ehemaliger Vorstandsvorsitzender wiederum Richard Cheney heißt, der noch heute in jährlichen Abschlagszahlungen 35 Millionen Dollar empfängt, die ihm seine alte Firma beim Abschied und Übertritt in die Bush-Regierung als Bonus zahlt. Im Frühjahr 2005 trat der ehemalige höchste Zivilist im U.S. Army Corps of Engineers (USACE), Bunnatine Greenhouse, an die Öffentlichkeit und berichtete, dass KBR seine Aufträge ohne Ausschreibung erhalten, dass sie überhöhte Rechnungen ausgestellt hat und dass die eingesetzten Mittel zum großen Teil nicht für die vorgesehenen Zwecke eingesetzt wurden und schon gar nicht die irakische Bevölkerung erreicht haben. (Michael Shnayerson: Oh, what a lucrative war. *Vanity Fair*, April 2005. Die folgenden Angaben basieren, wenn nicht anders angegeben, auf dieser Recherche.)

Es handelt sich, wie gesagt, um viel Geld. Die amerikanische und die britische Regierung haben Halliburton und der Tochter KBR Aufträge im Wert von insgesamt 17 Milliarden Dollar erteilt. (*Financial Times* Deutschland, 2.6.2004) Und Bunnatine Greenhouse muss wissen, wovon sie redet. Bis zum Oktober 2004 war sie dafür zuständig, dass die von USACE an private Firmen vergebenen Aufträge in einer fairen Art erteilt werden. Der beste Anbieter sollte den Auftrag bekommen. Doch bei diesen Aufträgen gab es überhaupt keine Ausschreibung, die Aufträge gingen direkt an KBR. Als Mrs. Greenhouse diese Praxis fast zwei Jahre moniert hatte, offerierte ihr das Corps diese Alternative: entweder sie wird degradiert oder sie geht in Pension mit den im höchsten Amt erreichten Pensionsbezügen. Sie wählte eine dritte Alternative, nahm sich einen Rechtsanwalt und ging vor Gericht.

Ihre Anschuldigungen wurden mittlerweile von mehreren Ex-KBR-Beschäftigten und auch von Regierungsbeamten bestätigt und ergänzt. Sie lassen sich so zusammen fassen:

- Die Aufträge werden ohne Ausschreibung vergeben und das auf fünf Jahre hinaus, ohne Qualitätskontrolle und eventuelle Neuvergabe.
- In die Verträge ist mit der cost-plus-Regel ein "Verschwendungsfaktor" eingebaut. KBR erhält auf alle Kosten, die es nachweist, einen Aufschlag von bis 5 % zurück erstattet. Je höher die Kosten, desto höher der Profit, und KBR hat systematisch eine Politik der Höchstkosten verfolgt.
- KBR kann Ausgaben im Irak über 1,8 Milliarden Dollar überhaupt nicht belegen.
- KBR-Manager erhielten Schmiergelder für die Vergabe von Aufträgen an Unterfirmen. Im Juni 2004 musste der Irak-Chef von KBR, Jack Stanley, seinen Posten verlassen. Ihm wird vorgeworfen, fünf Millionen Dollar Bestechungsgelder eingestrichen zu haben, die er zuvor für Verträge in Nigeria erhalten haben soll.
- Gegen KBR laufen Ermittlungen wegen überhöhter Rechnungen für Benzinlieferungen aus Kuwait.

■ Erwiesen ist, dass KBR den US-Streitkräften 16 Millionen Dollar zuviel für die Versorgung der Truppen mit Mahlzeiten berechnet hat.

Nach all diesen massiven Vorhalten und Befunden entschloss sich die US-Regierung 2004 wozu? KBR ohne Ausschreibung einen weiteren Vertrag zur Wiederherstellung der Ölleitungen im Südirak zu geben! Volumen: 1,2 Milliarden Dollar.

Die Aufdeckung dieser korrupten Praktiken hat in der US-Öffentlichkeit für wenig Aufmerksamkeit gesorgt. Das Interesse konzentrierte sich auf die Frage, ob der Vizepräsident aktiven Anteil an der Bevorzugung seiner alten Firma hatte. KBR erklärt, was nicht überrascht, dass der Vizepräsident nicht das Geringste mit irgendeinem der Irak-Verträge zu tun hat. Allerdings liegt dem USACE ein Mail des Verteidigungsstaatssekretär Douglas Feith vor, worin der Milliardenauftrag KBR zugeschlagen werden soll, "vorbehaltlich der Zustimmung des Weißen Hauses". Mit dieser könne aber fest gerechnet werden, heißt es weiter, "da das Vorgehen mit dem Büro des Vizepräsidenten abgestimmt worden" ist. (Süddeutsche Zeitung, 1.6.2004) Der Stabschef Cheneys, I. Lewis Libby, will diese "Abstimmung" vorgenommen haben, ohne seinen Chef zu informieren. Aufträge über 10 bis 17 Milliarden Dollar, und der Stabschef klärt das ohne den Vizepräsidenten? Libby ist einer der alten neo-konservativen Gefährten seines Chefs aus den Zeiten des Project for a New American Century. Natürlich weiß er, was sein Chef will. Aber in diesen Größenordnungen kann der zweite Mann nicht allein entscheiden. Das Wall Street Journal berichtete, dass Halliburton-Manager sich direkt mit dem Stab Cheneys getroffen haben. Es darf angenommen werden, dass ein so effizienter Chef wie Cheney von einem solchen Ereignis, das für ihn einen hoch sensiblen Charakter hat, informiert war und dass er seinen Ausgang festgelegt hat. (Vanity Fair, a.a.O.)

4. Die Folter und ihre Auslagerung in Spezialisten-Staaten

Nichts hat Menschen in der islamischen Welt mehr davon überzeugt, es in den USA wenn nicht mit dem "Großen Satan", so auf jeden Fall mit einem perversen Regime zu tun zu haben, als die Bilder aus dem Folter-Gefängnis Abu Ghraib. An Hundeleinen über die Gefängnisflure gezerrte Gefangene, mit der Schlinge um den Hals auf Schemel gestellte oder zu menschlichen Pyramiden aufgetürmte Gefangene vermittelten ein unvergessliches Bild, welche Art von Freiheit und menschlicher Würde die amerikanischen Invasoren im Sinn haben. Für die Streitkräfte und die Regierung in Washington handelte es sich im Ergebnis ihrer Untersuchungskommissionen um sadistische Taten Einzelner, wie sie in jeder größeren Armee vorkommen würden. Auf keinen Fall, darum ging es den Weißwäschern, hatte die "chain of command", die Kommandokette damit zu tun. Verirrungen, Perversionen von einigen wenigen unteren Dienstgraden.

Diese Version ist selbst nach den Zahlen des Pentagon nicht zu halten, das 26 Todesfälle in US-Haft und bislang 15 Verfahren gegen Folterer in Uniform zugeht. (Spiegel, 15/2005). Seine Recherchen über Folter in US-Gefängnissen fasst der 'Spiegel' so zusammen: "Es gibt Berichte über Häftlinge im Irak, in Afghanistan und in Guantanamo, denen brennende Zigaretten in die Ohren und Klistiere in den After geschoben wurden. Die kotbeschiert in kühl-schrankkalten Räumen ausharren mussten und stundenlang mit Rockmusik beschallt wurden. Über Hundeführer, die Wetten eingingen, welcher Delinquent sich zuerst in die Hose machen würde, wenn sie ihre Tiere von der Leine ließen. Über Soldaten, die fünf Tage lang die Beine eines Häftlings malträtierten, bis er starb. Über Scheinexekutionen und Folter, bei der das Opfer immer wieder unter Wasser getaucht wird, bis es glaubt zu ertrinken." (A.a.O.)



Die Wahrheit ist, dass in den US-Streitkräften systematisch gefoltert und dass diese Folter von höchster Stelle anheim gestellt wird. Die Genfer Konvention, die jeden Druck auf Kriegsgefangene verbietet, ebenso wie die UN-Konvention gegen Folter werden von der US-Regierung verworfen. Gefangene im "Krieg gegen den Terror" sind nach der Erklärung von Präsident Bush keine Kriegsgefangenen, sondern Terroristen, für die die Genfer Konvention nicht gilt. Folter allerdings, sagt der Präsident öffentlich, sei kein akzeptables Mittel. Doch seine Mitarbeiter an höchster Stelle machen der Öffentlichkeit und den Streitkräften deutlich, wie das in Wahrheit zu verstehen ist. Vizepräsident Cheney sagte in der TV-Sendung "Meet the Press", hier müsse sich die Regierung auch auf der "dunklen Seite" durcharbeiten. "Eine Menge von dem, was getan werden muss, muss in aller Stille getan werden, ohne jede Diskussion, man muss Quellen und Methoden nutzen, die unseren Geheimdiensten zur Verfügung stehen, wenn wir erfolgreich sein wollen. Das ist die Welt, in der diese Leute operieren. Und so wird es lebenswichtig für uns sein, alle Mittel zu nutzen, die uns zur Verfügung stehen, um unser Ziel zu erreichen." (Jane Mayer: Outsourcing Torture. The New Yorker, February 14 & 21, 2005, S. 106 ff.)

Der damalige Rechtsberater des Weißen Hauses, Alberto Gonzales, führte aus, jetzt müsse im Vordergrund stehen "die Fähigkeit, von gefangenen Terroristen und ihren Hintermännern Informationen zu erhalten, um weitere Gräueltaten gegen amerikanische Bürger zu verhindern". Gonzales, den Bush zum Justizminister in seiner neuen Regierungsmannschaft ernannte, erklärte vor dem Senat, dass die UN-Konvention gegen Folter nicht anzuwenden sei bei Befragungen von Terrorismus-Verdächtigen durch US-Personal im Ausland. (A.a.O., S. 108)

Dieser Logik folgend schaffen die US-Behörden Terrorismus-Verdächtige in einem sogenannten "extraordinary rendition"-Programm (außergewöhnliche Überstellung) aus den USA in Länder, die in der Folter spezialisiert sind. Laut 'Spiegel' sind CIA-Flugzeuge mit solchen Häftlingen "in 40 Ländern 600 mal gelandet". (Spiegel, a.a.O.) Bevorzugte Ziele der Foltertransporte waren Jordanien, Afghanistan, Irak, Ägypten, Marokko und Guantanamo. 150 Menschen sind, schätzt der New Yorker Experte für internationales Recht Scott Horton, seit 2001 in diese Länder überstellt worden. Die CIA weigert sich, Zahlen zu nennen, und erklärt nur, dass alle Aktionen in Übereinstimmung mit den rechtlichen Vorschriften stattfinden. (Jane Mayer, a.a.O., S. 107).

2.4 Mehr Arbeitslose, mehr Arme, weniger Steuern für Reiche und Konzerne

1. Die Arbeitslosigkeit wächst

Entgegen der Propaganda vom "Jobwunder USA", dem Deutschland und andere dem großen Kapital noch nicht genügend neoliberal gewendete Länder

folgen sollen, erleben wir in den USA in der Ära Bush einen rapiden Anstieg der Arbeitslosigkeit. (Dass diese Entwicklung sich auf einem zahlenmäßig niedrigeren Niveau vollzieht als beispielsweise in der Bundesrepublik, hat vor allem statistische Gründe. Da in den USA Arbeitslosengeld nur sechs Monate gezahlt wird, die Sozialhilfe dann nur zwei Jahre greift, ehe man zu kommunalen Arbeiten zwangsverpflichtet wird oder aber gar nichts mehr erhält, melden sich anteilig weit weniger Menschen offiziell arbeitslos als in Deutschland. In den Arbeitsmarktstatistiken sind ebenfalls nicht enthalten die elf Millionen "Illegalen" und auch nicht die Gefängnisinsassen, die in den USA zwei Prozent der Erwerbsfähigen ausmachen, eine sieben mal höhere Quote als in EU-Ländern. Die tatsächlichen Arbeitslosenquoten entsprechen dem deutschen Niveau. Siehe Conrad Schuhler: Die Demontage des Sozialstaats. isw-Report Nr. 54, S. 16 ff.)

Tabelle 2

Entwicklung der Arbeitslosigkeit (in Prozent) – 2000 bis 2003				
	2000	2001	2002	2003
Gesamt	4,0	4,7	5,8	6,0
Männer	3,9	4,8	5,9	6,3
Frauen	4,1	4,7	5,6	5,7
- unverheiratet	7,3	7,1	8,7	9,4
- unverh. mit Kindern	11,0	12,1	12,6	13,4
Qualifizierte Arbeiter	3,8	4,6	5,7	5,8
Dauer der Arbeitslosigkeit	12,6	13,1	16,6	19,2
durchschnittlich in Wochen				
Quelle: U.S. Census Bureau, a.a.O., S. 393 und 377.				

Tabelle 2 sagt uns, dass die Arbeitslosigkeit von 2000 bis 2003 wie auch die jeweilige Dauer der Arbeitslosigkeit um 50 % gestiegen sind. Es sind alle Kategorien der Erwerbsbevölkerung davon betroffen, Männer, Frauen und auch die qualifizierten Beschäftigten. Die höchste Erwerbslosigkeit findet sich unter unverheirateten Frauen mit Kindern, die einerseits wegen der "Kinderbelastung" weniger gern eingestellt werden, andererseits, obwohl sie den Lohn dringend benötigen, sich dem Arbeitsmarkt weniger zur Verfügung stellen können, da es an erschwinglicher Kinderbetreuung fehlt. 14,7 % der alleinstehenden Frauen mit Kindern unter sechs Jahren sind arbeitslos.

2. Die Armut wächst

In allen "Rassen", Geschlechtern und Altersgruppen hat die Bush-Politik für eine Zunahme der Armut gesorgt. In den ersten drei Jahren der Regierung Bush hat die Zahl der Armen in den USA um 4,3 Millionen Menschen zugenommen. Von den Schwarzen lebt heute jeder vierte (24,1 %) unterhalb der Armutsgrenze. Bei den Kindern unter 18 Jahren wuchs die Zahl der Armen von 2002 auf 2003 von 16,7 % auf 17,6 %. 12,9 Millionen Kinder leben im "reichsten Land der Welt"

in Armut. Von den Kindern unter fünf Jahren lebt fast jedes fünfte unterhalb der Armutsgrenze. Bei Frauen liegt die Armutsrate 20 % über der von Männern.

Tabelle 3

Entwicklung der Armut – 2000 bis 2003		
	Gesamtzahl in Millionen	% unter Armutsniveau
2000	31,6	11,3
2001	32,9	11,7
2002	34,6	12,1
2003	35,9	12,5

Quelle: U.S. Census Bureau, a.a.O., S. 452 und U.S. Census Bureau, Press Release, 26.8.2005. www.census.gov/Press-Relaese/www/releases/archives/income_wealth/002484.

Die Armutsgrenze für einen alleinstehenden Erwachsenen ist bei 9.393 Dollar festgelegt, für eine zweiköpfige Familie bei 12.105 Dollar, für eine dreiköpfige Familie bei 14.680 Dollar.

3. Immer weniger sind krankenversichert

In den USA gibt es keine gesetzliche Krankenversicherung. Man hat sich privat zu versichern oder durch von der Regierung durchgeführte Versicherungsprogramme (Medicaid, Medicare), oder man ist gar nicht versichert.

Tabelle 4

Krankenversicherte nach Versicherungsstatus 2000 bis 2003				
	Gesamtzahl der Bevölkerung	Privat Versicherte	Medicaid	Ohne Versicherungsschutz
2000	280 Mio.	71,9 %	10,6 %	14,2 %
2001	282 Mio.	70,9 %	11,2 %	14,6 %
2002	286 Mio.	69,6 %	11,6 %	15,2 %
2003	291 Mio.	68,6 %	12,4 %	15,6 %
für 2002: Haushaltseinkommen				
	Unter 25.000 \$	37,7 %	29,6 %	23,5 %
	25.000 – 49.999	65,6 %	12,2 %	19,3 %
	50.000 – 74.999	81,3 %	5,2 %	11,8 %
	75.000 u. mehr	88,0 %	2,6 %	8,2 %
	Menschen unter der Armutsgrenze	25,3 %	40,5 %	30,4 %

Quelle: U.S. Census Bureau, a.a.O., S. 7; S. 103; U.S. Census Bureau, Press Release, a.a.O.

Die Zahl der Menschen, die überhaupt keinen Versicherungsschutz haben, hat sich von 2000 bis 2003 von 14,2 auf 15,6 % erhöht, das heißt, um über 5 Millionen Menschen. Rund 45 Millionen Menschen in den USA sind ohne Krankenversicherung. Das Motto "Weil du arm bist, musst du früher sterben" zieht sich quer durch die Statistik. Je geringer das Einkommen, um so geringer privater Schutz. Bedürftige erhalten unter besonderen Umständen (kinderreich, blind, be-

hindert, chronisch krank und arm) Schutz durch das staatliche Medicaid-Programm, das von Bundesmitteln gespeist wird, wo aber die einzelnen Bundesstaaten die Auswahlkriterien und Zuschüsse festlegen. Sehr viele kommen auch hier nicht zum Zuge. Jeder vierte mit einem Haushaltseinkommen von weniger als 25.000 Dollar hat keinerlei Krankenversicherung. Bei den Armen sind es drei von zehn. Wenn diese Menschen krank werden, können sie es sich nicht leisten, zum Arzt zu gehen.

(Zum Problem der Renten-/Sozialversicherung siehe Kapitel IV)

4. Die Kluft zwischen Arm und reich wächst

Seit den Achtzigern, der Präsidentschaft von Ronald Reagan, haben sich die US-Regierung eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zum Ziel gesetzt. Sie haben damit großen Erfolg gehabt. Bush setzt diese Tradition fort.

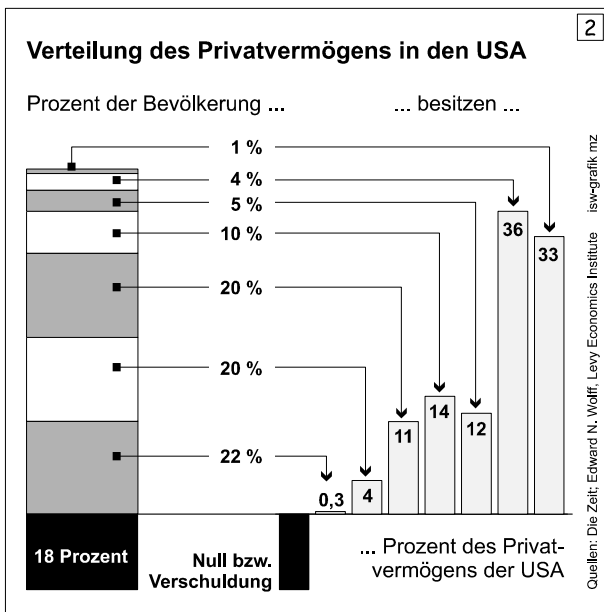
Tabelle 5

	Prozentverteilung der aggregierten Einkommen					
	Unterstes Fünftel	Zweites	Drittes	Viertes	Fünftes	Oberste 5 %
1980	5,3	11,6	17,6	24,4	41,1	14,6
2000	4,3	9,8	15,4	22,7	47,7	21,1
2001	4,2	9,7	15,4	22,9	47,8	21,0
2002	4,2	9,7	15,5	23,0	47,6	20,8

Quelle: U.S.Census Bureau, a.a.O., S. 447

Der Anteil des Einkommens der untersten zwei Kategorien – die unterste Kategorie reichte 2002 bis 24.000 Dollar, der des Zweituntersten bis 41.440 Dollar – ist seit 1980 von 16,9 % auf 13,9 % des jährlichen Gesamteinkommens der Privathaushalte gefallen. In zwei Jahren Bush-Regierung konnte er um 0,2 % gedrückt werden. Noch größer als dieser Rückgang ist der Sprung nach oben um 6,2 Prozentpunkte, den die obersten Fünf Prozent von 1980 bis 2002 vollführen konnten. Hierbei handelt es sich um Bezieher von Einkommen von über 164.000 Dollar jährlich (1,3 % der US-Haushalte verdienen über 200.000 Dollar). Bush hat die "Top 5 %" ebenso hoch gehalten wie das Oberste Fünftel insgesamt. Das vierte Fünftel – die Familieneinkommen von 63.000 bis 95.000 – hat er gehoben, von 22,7 % auf einen Anteil von 23 %.

Mit seiner Einkommenssteuerreform, deren Bestimmungen bis zum Jahr 2010 gelten sollen, reißt Bush die Kluft zwischen Arm und Reich und auch zwischen Mittelstand und Top-Reichen weiter auf. Die Oberen 20 % erhalten das Fünffache des nächsten Fünftels, das Siebenfache des mittleren Fünftels, das Elffache des zweituntersten und das 34fache des ärmsten Fünftels.



Diese Umverteilung von Unten nach Oben trifft auf eine ohnehin extreme Ungleichverteilung der Vermögen. Während die untersten 18 % der Bevölkerung erheblich verschuldet sind, die nächsten 22 % mal gerade 0,3 % und die darauf folgenden 20 % nur 4 % des Gesamtprivatvermögens ihr eigen nennen, verfügen die obersten 5 Prozent allein über 69 % des Privatvermögens (siehe Grafik 2: 33 % plus 36 %).

2.5 Steuerkürzungen bei Reichen und Konzernen, höhere Ausgaben für die Rüstung: Schuldenrekord unter Bush

Während die Präsidentschaften von Reagan und Bush senior gekennzeichnet waren durch hohe Defizite, schloss Präsident Clinton diese Lücke allmählich und konnte 1998 erstmals einen Überschuss ausweisen.

Bush verwandelte die hohen Überschüsse des Jahres 2000 schnell in die höchsten Defizite der US-Geschichte. Dabei brachte er das finanzpolitische Kunststück fertig, konstant die staatlichen Einnahmen zu schmälern, die Ausgaben aber erheblich zu erhöhen.

Tabelle 6

US-Bundeshaushalt: Einnahmen, Ausgaben und Schulden						
	Einnahmen (Mrd. Dollar)	Ausgaben (Mrd. Dollar)	Überschuss bzw. Defizit (Mrd. Dollar)	in Prozent des Bruttoinlandsprodukts	Bundesgesamtschulden	
					total (Mrd. Dollar)	in Prozent des Bruttoinlandsprodukts
2000	2.025,2	1.788,8	236,4	18,4 %	5.628,7	58,0 %
2001	1.991,2	1.863,9	127,4	18,6 %	5.769,9	57,5 %
2002	1.853,2	2.011,0	- 157,8	19,4 %	6.198,4	59,8 %
2003	1.782,3	2.157,6	- 375,3	19,9 %	6.760,0	62,4 %
2004 *	1.798,1	2.318,8	- 520,7	20,2 %	7.486,4	65,3 %

* 2004 geschätzt
Quelle: U.S. Census Bureau

2004 machte das Defizit über 6 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus, der Gesamtschuldenstand des Bundes erreichte ein Volumen von zwei Drittel des BIP. Ein immer größerer Teil der jährlichen Bundesausgaben verschwindet als Kreditzinsen und Schuldentilgung in den Kassen der Banken. Für 2004 werden Zinszahlungen in Höhe von 319,2 Milliarden Dollar ausgewiesen. (A.a.O., S. 310) Mit dem Ansteigen der Diskont- und damit der allgemeinen Zinssätze wird dieser Anteil noch erheblich wachsen.

Dass das Staatsdefizit in diese Höhe schießt, hat neben der Hochrüstung das Absenken der Einkommen- und Unternehmenssteuern zu verantworten.

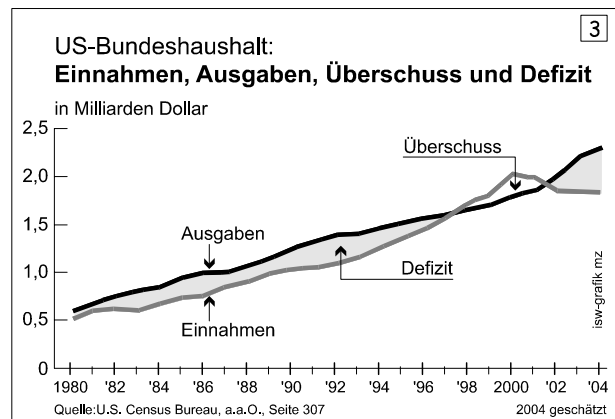


Tabelle 7

in Milliarden Dollar	2000	2004
Gesamteinnahmen des Bundes	2.025,2	1.796,1
Einkommensteuer	1.004,5	765,4
Gewinnsteuer der Unternehmen	207,3	168,7

Quelle: U.S. Census, a.a.O., S. 311

Die Einkommen- und Gewinnsteuern sind mit 278 Milliarden Dollar noch um 51 Milliarden mehr zurückgegangen als die Gesamteinnahmen des Staates. Dafür sind Verbrauchssteuern und Einnahmen aus der Sozialversicherung gestiegen. Reiche und Konzerne sollen von Hochrüstung und Rekordschulden möglichst wenig belastet werden.

Kapitel IV.

Bush II: "Ich habe politisches Kapital gewonnen, und jetzt werde ich es einsetzen."

Nach dem Wahlsieg am 2. November 2004 starteten die Freunde von Bush-Amerika in Deutschland eine kurzlebige Kampagne, nun werde man einen neuen Bush erleben, einen auf Ausgleich und Bündnisab-sprachen, auf Frieden und globales Wohlergehen, auf seinen Platz in den Geschichtsbüchern bedachten Präsidenten. Dies war, wenn nicht kalkulierte Bauern-fängerei, völlig unbegründetes Wunschdenken. Bush hatte schon am Tag nach der Wahl die alte Marsch-route bekräftigt: "Ich habe gewonnen, was ich politi-sches Kapital nenne, und jetzt gedenke ich, dies ein-zusetzen."

1. Bush verschärft den Kurs

1.1 Die Programmrede zur Lage der Nation

In seiner ersten Rede zur Lage der Nation ("State of the Union"; 2.2.2005; vgl. David Corn: The State of George W. Bush. www.alternet.org/story/21166/) als wiedergewählter Präsident nannte Bush die Schwer-punkte seiner zweiten Amtszeit. Der außenpolitische Teil bestand im wesentlichen aus emotional hoch ge-ladenen Äußerungen zum weiteren "Krieg gegen den Terror". Die wachsende Kritik am Irak-Krieg wischte er bei Seite. Der Irak sei "eine lebenswichtige Front im Krieg gegen den Terror, weswegen die Terroristen sich entschieden haben, dort den Kampf zu suchen. Unsere Männer und Frauen in Uniform kämpfen ge-gen die Terroristen im Irak, damit wir ihnen nicht hier zu Hause entgegentreten müssen." Die USA würden so lange im Irak bleiben, wie es notwendig sei, und würden in wachsendem Maß den Schwerpunkt dar-auf setzen, fähigere irakische Sicherheitskräfte aufzu-bauen. Er verglich das Irak-Projekt mit der Abschaf-fung der Sklaverei, mit der Befreiung Europas (vom Nazi-Faschismus) und der Überwindung des imperia-len Kommunismus.

Offen nannte er als nächstes potenzielles Ziel der Strategie des Regimewechsels per US-Überfall den Iran. Ihn forderte er auf, alle Pläne zur Entwicklung von Atomwaffen fallen zu lassen und versicherte, dass die USA an der Seite der Iraner stünden, die nach Freiheit streben. In der Liste der Schurken-Staa-ten, die mit Militäraktionen der USA rechnen müssen, platzierte er Syrien erstmals noch vor Nordkorea. Wieder wurde die globale Freiheitsmission der USA beschworen: "Amerika wird mit den Alliierten der Freiheit zusammenstehen, um demokratische Bewe-

gungen im Mittleren Osten und darüber hinaus zu unterstützen, mit dem letztendlichen Ziel, die Tyran-nei in unserer Welt zu beenden."

Als innenpolitische Hauptziele nannte Bush die Fort-führung der Steuerreform und die Privatisierung der Sozialversicherung mit dem Ziel, aus den USA eine "Eigentümer-Gesellschaft" (Ownership Society) zu ma-chen (siehe weiter unten). Bemerkenswert war seine Verbeugung vor der Religiösen Rechten, deren An-hänger ihm zum Wahlsieg verholten hatten. Er wolle einen Verfassungszusatz unterstützen, worin die In-stitution der Ehe geschützt wird. Im Klartext bedeu-tet dies, dass die Homo-Ehe verboten werden soll. Im August 2005 griff Bush in die Debatte um das Lehren der Evolutionstheorie zur Entstehung der Arten an den Schulen ein. Er verlangte, dass die Lehre der "Krea-tionisten", wonach Gott die Welt und die Lebewesen so geschaffen hat, wie wir sie heute antreffen, glei-chermaßen zu unterrichten sei wie die Evolution-theorie. ("Both sides ought to be properly taught". New York Times, Beilage der Süddeutschen Zeitung, 29.8.2004) Die religiösen Fundamentalisten setzen ihr Gewicht in der "Konservativen Allianz" in konkrete Gesetzesvorhaben um.

1.2 Das neue Personal – "Aufstieg der Falken"

Mit der Neubesetzung mehrerer Regierungspositi-onen verband sich in Europa mancherorts die Hoff-nung auf eine Änderung der bisher unilateralen Poli-tik der Bush-Regierung zu mehr Multilateralismus, mehr Einbezug der europäischen "Partner" in die For-mulierung eines gemeinsamen Vorgehens. Vor allem die Ernennung von Condoleezza Rice zur neuen Außenministerin nährte solche Erwartung. Ihre Er-nennung ist aber im Gegenteil der Beleg dafür, dass Bush seine Politik der Welt-Mission und der ungeteil-ten Führung durch Amerika noch verschärfen will.

In der vorigen Amtsperiode galt das Außenministeri-um als die Zentrale der Bedenkenträger, Amtschef Powell als "Weichei", auf das Bush sich bei seinem Kreuzzug für die Freiheit nicht unter allen Umständen verlassen konnte. Es dauerte eine Weile, bis Powell sich dazu hergab, vor den Vereinten Nationen seinen getürkten Bilder-Vortrag zu den angeblich im Irak lagernden Massenvernichtungswaffen zu halten. Als die Lügen in der Öffentlichkeit immer gründlicher aufgedeckt wurden, schrumpfte sein politisches Ge-wicht erheblich. Die Europäer und andere konnten dem um "atlantische Solidarität" Werbenden nicht

mehr trauen, für die Bush-Leute wurde der zaudernde, offensichtlich tief frustrierte Außenminister zur Belastung.

Frau Rice, die frühere Sicherheitsberaterin, ist da ein anderes Kaliber, eine Scharfmacherin von Bushs Format. Als sie im Senat zur Bestätigung in ihrem neuen Amt anstand, wandte sich Senator Edward Kennedy, dessen Brüder John und Robert im Präsidentenamt beziehungsweise im Kampf um die Präsidentschaftskandidatur in den 60er Jahren ermordet worden waren, in einer scharfen Erklärung gegen Bushs Kandidatin. "Dr. Rice", sagte Ted Kennedy, "war ein Schlüsselmitglied des nationalen Sicherheitsteams, das die Begründung für den (Irak-)Krieg entwickelte und rechtfertigte, und der Krieg ist ein katastrophaler Fehlschlag, ein andauernder Albtraum." Der Senator aus Massachusetts zählte die Lügen auf, die Rice dem Kongressausschuss im September 2002 aufgetischt hatte, um die Zustimmung zum Krieg zu erhalten. Damals hatte die Sicherheitsberaterin behauptet, die "Geheimdienstgemeinde" sei sich einig, dass der Irak Kontakte zu Al Quaida habe und Massenvernichtungswaffen besitze. "Wir wollen nicht, dass der rauchende Revolver zu einem Atompilz wird", hatte die ebenso redegewandte wie skrupellose Bush-Frau den Senatoren zugerufen.

Wie sich herausstellte, waren dies lauter Lügen, einschließlich der Behauptung über die Einigkeit der Geheimdienste. Weil dies alles die Unwahrheit war, und weil dieser Krieg so fatal für Amerika und die Amerikaner sei, forderte Kennedy den Senat dringlich auf, sich der Nominierung dieser Person zu widersetzen. Frau Rice wurde anschließend mit 85 zu 13 Stimmen bestätigt, also auch mit der großen Mehrheit der demokratischen Senatoren. (Vgl. Rice confirmed. www.alternet.org/story/21094/) Die Neue brachte ihren engsten Stab mit, an der Spitze Philip D. Zelikow, der sich in den Neunziger Jahren im Project for a New American Century (PNAC) hervorgetan hat. Karen Hughes, bisher Medienberaterin des Präsidenten, übernahm das neu geschaffene Amt einer Staatssekretärin für "public diplomacy", soll also die Auslandspropaganda koordinieren. Die alten Kader der "Atlantiker", der Anhänger eines multilateralen Vorgehens der US-Politik, wurden aus den oberen Rängen des Ministeriums entfernt. (Vgl. Knut Mellenthin: Aufstieg der Falken. Junge Welt, 2.4.2005)

Zum "Aufstieg der Falken" gerade in Ämter der internationalen Politik zählt auch der Wechsel von John Bolton aus dem Außenministerium ins Amt des UN-Botschafters. Bolton gehört zum "Urgestein" der Neokonservativen. Er war Vizepräsident des Think Tank "American Enterprise Institute" und zählte zu den Aktivisten des PNAC. Seine Ernennung zum Botschafter bei den Vereinten Nationen kommt einer Verhöhnung gleich. In einem Rundfunkinterview im Jahr 2000 hatte der nunmehrige oberste Diplomat der USA sein Verständnis der Vereinten Nationen auf den Nenner gebracht: "Wenn ich den Sicherheitsrat heute zu erschaffen hätte, dann hätte er nur ein einziges

ständiges Mitglied, die USA, denn das entspricht der wirklichen Verteilung der Macht in der Welt." (A.a.O.) Der Präsident war so darauf erpicht, Bolton als seinen Mann bei den Vereinten Nationen zu sehen, dass er die Ferien 2005 abwartete, um ihn dann per Anweisung zu ernennen, ohne die Zustimmung des in diesem Fall widerspenstigen Senats einholen zu müssen. Das Bild eines diplomatischen Dienstes mit schwerer konservativer Schlagseite wird durch die Nachricht abgerundet, dass bislang 30 diplomatische Chefposten in aller Welt an Top-Spender der republikanischen Partei aus der Wirtschaft vergeben wurden, darunter auch das Amt des Botschafters in Berlin. Bushs neuer Mann dort, William Robert Tinken, ist ein Rüstungsfabrikant aus Ohio, der laut 'Spiegel' seit Bushs Amtsantritt 60 % der Pentagon-Aufträge ohne Ausschreibung erhielt. (Spiegel, 26/2005)

War der Wechsel von Powell zu Rice ein Ruck nach "rechts", hin zur unilateralen Kontrolle der Welt durch die militärisch und moralisch überlegene Supermacht USA, so fand der Wechsel im Justizministerium auf dem schon vorhandenen hohen reaktionären Niveau statt. An die Stelle des Evangelikalen Ashcroft trat Alberto Gonzales, der bisherige Rechtsberater des Präsidenten. Bei seiner Anhörung vor dem Senat bekräftigte Gonzales, dass es rechtens sei, wenn US-Befrager ausländische Verdächtige im Ausland foltern. (Jane Mayer, a.a.O., S. 108).

Die Geheimdienste, allen voran die CIA, die sich zunächst nur widerstrebend vor den Kriegskarren des Präsidenten hatten spannen lassen, wurden gründlich umorganisiert und in den Spitzenpositionen neu besetzt. Bush schuf einen neuen "Director of National Intelligence", dessen Amt in Zukunft die Arbeit der Dienste koordinieren soll. Der neue "Director" heißt John D. Negroponte und war zuvor Botschafter im Irak. Doch nicht nur dies lässt ihn in den Augen Bushs



Je höher der Schreibtisch, desto hehrer die Aufgaben ...

als hochqualifiziert erscheinen. Negroponte war in der Phase, als die USA die Vereinten Nationen in den Krieg gegen den Irak lügen wollten, US-Botschafter in New York. Auch war er Botschafter in Mexiko, als dort mit US-Hilfe der Aufstand der Zapatisten niedergeschlagen wurde. Auf den Philippinen vertrat er die USA, als die halfen, die Rebellion der Kommunisten zu unterdrücken. Negropontes ganze lange Karriere hatte immer damit zu tun, die globale Rolle Amerikas mit Waffengewalt zu wahren und zu mehren. Aus neokonservativer Sicht eine Idealbesetzung. (Mellenthin, a.s.O.)

Auch für die erste Vakanz am Obersten Gerichtshof seit elf Jahren hatte Bush in John Roberts sofort einen erzkonservativen Kandidaten zur Hand, den er aller Wahrscheinlichkeit auch durchsetzen kann. In nächster Zeit werden für einige der hochbetagten Richter Nachfolger zu bestellen sein, und es besteht kein Zweifel, dass der Präsident mit einer Riege konservativer Oberster Richter die letzte juristische Instanz für die nächsten Jahrzehnte in seinem Sinn prägen will.

Schließlich wirft die Ernennung von Paul Wolfowitz zum Präsidenten der Weltbank ein erhellendes Licht auf Bushs Entschlossenheit, auf allen Ebenen bis hin zur Entwicklungspolitik eine ungehemmte US-Supermachtspolitik durchzusetzen. Wolfowitz ist seit Jahrzehnten ein theoretischer Kopf der Neokonservativen, und er kommt zur Weltbank aus dem Posten eines Staatssekretärs der Verteidigung, bei dem die Fäden zur Planung und Exekution des Irakkriegs zusammen liefen. Dies ist eine sehr merkwürdige Empfehlung für den Posten des Chefs der Weltbank, die sich als Einrichtung der Vereinten Nationen die Überwindung der Armut auf der Welt zum Ziel gesetzt hat. Die Süddeutsche Zeitung, allgemein ein sehr moderater Kritiker der Bush-Politik, wurde diesmal deutlich: "Wolfowitz' Benennung für den Chefposten der Weltbank, einer klassischen Institution des Multilateralismus, ist eine deutliche Geste des Präsidenten. Sie ist so deutlich, wie wenn man seinem Gegenüber den abgespreizten Mittelfinger entgegenstreckt." (Südd. Zeitung, 18.3.2005)

1.3 Der Haushalt 2005/2006 – an allem sparen, nur nicht an der Rüstung

Gleichzeitig mit der Rede zur Lage der Nation präsentierte Bush die "Budget Message of the President", die Botschaft des Präsidenten zum nächsten Haushaltsjahr, das am 1. Oktober 2005 beginnt. Zunächst musste er einräumen, dass er für das laufende Jahr einen Nachtragshaushalt in Höhe von 80 Milliarden Dollar für die Militäraktionen in Afghanistan und im Irak beantragen muss. Die Kriege werden teurer als geplant. Zu Beginn seiner Haushaltsbotschaft zählte Bush die Prioritäten seiner allgemeinen wie seiner Haushaltspolitik auf: 1) Der Krieg gegen den Terror; 2) Die Stärkung des Heimatschutzes; 3) Die Erholung der Wirtschaft. (Vgl. hierzu und zu dem Folgenden www.white-house.gov/budget/fy2005/)

So sieht die Haushaltsplanung denn auch aus. Während der Gesamthaushalt um 0,7 Prozent sinken soll, werden die Ausgaben für Verteidigung um 7 %, die für den Heimatschutz um 10 % erhöht. Als wichtige Maßnahme zur Erholung der Wirtschaft preist Bush seine Steuerpolitik, also die Verringerung der Staatseinnahmen, neben der Rüstung die Hauptquelle der wachsenden Defizite. Durch die Senkung der Gewinnsteuer und Dividendeneinkünfte hätten sich Sparen, Kapitalbildung und Investitionen beträchtlich entwickelt. Sein Beleg dafür – der Wert der Aktien von Amerikanern am US-Aktienmarkt sei um 3 Milliarden Dollar gestiegen. Wenn das ein Referenzwert für Investitionen ist, dann war die New Economy das größte Investitionsprogramm aller Zeiten. In Wahrheit reflektiert der hohe Aktienwert ein erneutes Anschwellen der fiktiven Buchwerte der Aktien, die neue Blase wird immer dicker.

Bush hat nicht vor, gegen die steigenden Haushaltsdefizite mit einer Erhöhung der staatlichen Einnahmen vorzugehen. Im Gegenteil, seine Entlastung vor allem der hohen Einkommen und der Unternehmensgewinne soll ausdrücklich fortgesetzt werden. Mehr noch – die republikanische Mehrheit im Kongress unter Anführung von Fraktionschef Tom DeLay will die Einkommensteuer komplett abschaffen und dafür eine nationale Konsumsteuer (Mehrwertsteuer) von 30 Prozent einführen. Bush steht der Idee abgeschlossen gegenüber. (Südd. Zeitung, 29.4.2005)

Bushs Mittel zur Eindämmung des wachsenden Defizits sind Kürzungen bei 150 Programmen, die unter anderem Bildung, Umweltschutz, Landwirtschaft und Krankenschutz betreffen. So sollen die Zuschüsse für die Krankenversicherung für Bedürftige (Medicaid) gekappt und die Arbeitsmarktprogramme um 5 % gekürzt werden. Die Eisenbahngesellschaft Amtrak verliert 1,2 Milliarden Dollar an Zuschüssen, die Feuerwehrleute 30 % ihres bisherigen Etats. 300.000 Kinder von Familien der "Working Poor", der Menschen, die trotz regelmäßiger Arbeit in Armut leben müssen, können ihre Unterstützung mit "food stamps", Essensmarken, verlieren. Die Heizungszuschüsse für Familien mit niedrigem Einkommen werden um 10 % gekürzt. (Vgl. Ron Scherer: Budget Cuts on Main Street. Christian Science Monitor. www.alternet.org/story/21214/)

2. "Krieg gegen den Terror" – neue Folge: Iran

Schon auf der ersten "Achse des Bösen", die Bush nach dem 11/9 der Welt präsentierte, stand der Iran mit auf der Liste. In Bushs Rede zur Lage der Nation 2005 sind die Iraner ganz nach vorne gerückt. Nach seiner erneuten Vereidigung als Vizepräsident hat Cheney die neue Rangordnung in seiner freimütig-zynischen Art offenbart: "Man sieht sich in der Welt um, und Iran steht dann gleich an der Spitze der Liste". (Spiegel, 4/2005).

Bush-Amerika hat viele gewichtige Gründe, im Iran einen "Regimewechsel" herbeizuführen. Erstens ist der Iran ein Erdölproduzent von strategischer Bedeutung. Er produziert 50 % mehr Öl als der Irak in seinen produktiven Zeiten; die iranischen Reserven sind vier mal höher als die der USA. Zweitens ist der Iran ein bedeutender Faktor für die gesellschaftliche Entwicklung im gesamten Mittleren Osten. Seine Bevölkerung ist drei mal größer als die des Irak; die Iraner gehören zu 90 % der schiitischen Richtung des Islam an, der im Irak 60 % und auch in anderen arabischen Ländern große Bevölkerungsgruppen angehören. Drittens ist der Iran technisch und finanziell in der Lage, innerhalb weniger Jahre eigene Atomwaffen zu entwickeln und sich auch die Trägerkapazitäten zu verschaffen, um im Kreis der Atommächte mitzusprechen.

Aus allen diesen Gründen möchten die USA unter Bush dem Regime in Teheran den Garaus machen. Die Ressource Öl global zu kontrollieren, ist der imperiale Grundgedanke der Neokonservativen. Die "Demokratisierung" des Mittleren Osten, das heißt US-genehme Regierungen einzusetzen oder zu stützen, ist Voraussetzung für diese Ressourcenkontrolle. Das Monopol über Atomwaffen oder die Kontrolle über die Länder, die – auf unterer Stufe – ebenfalls Atomwaffen besitzen, ist der Kern der militärischen Dominanz der USA. Die "nukleare Proliferation", die Weiterverbreitung von Atomwaffen, ist in den Augen konservativer Sicherheitstheoretiker, "das potenziell gefährlichste universale Sicherheitsproblem". (Lothar Rühl, a.a.O., S. 152) In Wahrheit geht es nicht um die Weiterverbreitung von Atomwaffen, sondern darum, in wessen Händen sie sich befinden. So haben die USA die Atomwaffenprogramme Israels und des rassistischen Südafrikas geduldet, wenn nicht gefördert. Freunden der "freien Welt", das heißt der US-Hegemonie, wird dies, wenn es in die Globalstrategie der USA passt, gestattet. Israel ist heute die einzige Atommacht im Mittleren Osten und der entscheidende Verbündete der USA bei der "Demokratisierung" der Araber und der Iraner.

Seymour Hersh, der schon das Massaker der US-Armee an den Bewohnern des vietnamesischen Dorfes My Lai wie auch die Folterungen im Bagdader US-Gefängnis Abu Ghraib aufgedeckt hat, enthüllte im Februar 2005, dass schon seit 2004 geheime US-Kommandos von Afghanistan aus in den Irak einsickern, um geeignete Ziele für Angriffe aus der Luft oder größere Kommandounternehmen oder eine umfassende Invasion auszuspähen. (Seymour Hersh: *The Coming Wars*. *The New Yorker*. In: *Spiegel* 4/2005) Die Israelis, die 1981 bereits einen vernichtenden Bombenangriff auf das iranische Atomzentrum Osirak durchgeführt haben, drängen die USA, schnell und umfassend im Iran zuzuschlagen. Die Militärs beider Seiten beraten in eigenen Koordinationsstäben über das geeignete Vorgehen.

Die Begründung der USA ist dürftig und erinnert an den Vorlauf zum Irak-Krieg. Wieder geht es um Atomwaffen, die der Iran angeblich bald haben wer-

de. Das Atomprogramm des Iran beweise dies. Wieder sind Inspektoren der Atomenergiebehörde aus Wien vor Ort, um zu kontrollieren. Unbestritten ist, dass die fraglichen Anlagen im Iran nicht geeignet sind, kernwaffenfähiges Uran herzustellen. Aber es handelt sich um eine Vorform, die dann entweder zivil oder auch militärisch zu nutzen wäre. Deshalb, sagen die Amerikaner, müssen diese Arbeiten sofort eingestellt werden. Die Europäer – England, Frankreich und Deutschland versuchen, eine diplomatische Lösung auszuhandeln – finden dies auch. Sie haben dem Iran angeboten, ihm nukleares Material zur friedlichen Nutzung zu liefern, er brauche also keine eigenen Anlagen. Für den Iran, unter dessen Boden sich große Mengen Uran befinden, wahrscheinlich keine verlockende Alternative. Er wäre dann langfristig in seiner Energiepolitik vom guten Willen der Europäer abhängig.

Die USA wollen den Bericht der Atomenergie-Inspektoren im Herbst 2005 abwarten. Wird dann kein Vollzug gemeldet – Anlagen außer Betrieb –, will Bush den Fall vor den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bringen. Dort wird er auf Schwierigkeiten stoßen, denn sowohl China als auch Russland sind mittlerweile in enger Energiekooperation mit dem Iran. Bush könnte sich an den Fall Irak erinnert fühlen, als er sich auch gezwungen sah, mit einer "Koalition der Willigen" auf eigene Faust loszuschlagen. Dieses Mal wären die weltpolitischen "Verwerfungen" noch sehr viel größer. Ein Militärschlag gegen den Iran, massiv oder gezielt, aus der Luft oder mit begrenzten Kommandounternehmen, würde den Mittleren Osten zu einem allgemeinen Pulverfass machen und die diplomatischen Beziehungen auf globaler Ebene möglicherweise nachhaltig vergiften. Für den Missionar Bush wären dies Überlegungen zweitrangiger Natur, da dessen Regierung, wie Hersh berichtet, trotz der katastrophalen Erfahrungen im Irak die Erwartung hegt, ein Militärschlag der USA würde die iranische Bevölkerung zum Kampf gegen die Staatsgewalt ermutigen und für den Weg der "Demokratisierung" nach den Vorgaben der Aggressoren einnehmen.

3. "Ownership Society" – alle Amerikaner zu Republikanern machen

In seiner Programmrede zur neuen Amtszeit stellte Bush als sein wichtigstes innenpolitisches Vorhaben die Reform der staatlichen Rentenversicherung (Social Security) heraus. Dieses "Symbol des Vertrauens zwischen den Generationen", das im 20. Jahrhundert "ein großer moralischer Erfolg" gewesen sei, müsse nun "weise und effektiv" reformiert werden. Der demografische Wandel, dass relativ immer weniger Arbeitende für immer mehr Alte aufkommen müssten, erzwingt diese Reform. Deshalb schlug der Präsident in seinem Reformplan vor, dass von den

Zahlungen in die Rentenversicherung, die heute 12,4 % des Bruttolohns ausmachen (je zur Hälfte von Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu tragen), in Zukunft von den Versicherten die Summe von vier Prozentpunkten, also rund zwei Drittel der Aufwendungen der Arbeitnehmer, auf private Vermögenskonten gezahlt werden. Dies hat ersichtlich nichts mit dem "demografischen Faktor" zu tun, denn dessen Auswirkungen sind davon gänzlich unberührt. Es geht schlicht um die Privatisierung des größten Teils der Altersversicherung.

Dieser Vorstoß trifft ins Herz der Daseinsvorsorge der Amerikaner, denn entgegen allem Gerede von breitgestreutem Aktien- und sonstigem Vermögen sind die meisten Amerikaner in der Alterssicherung auf die staatliche Rente angewiesen.

Tabelle 8

Rentnereinkommen 2002	
Gesamtzahl der Personen über 65 Jahre	33.334 Millionen
Rentenbezüge aus:	
Social Security (Sozialversicherung)	30.392 Millionen Personen
Pensionen gesamt davon:	10.394 Millionen Personen
- Betriebs- oder Gewerkschaftsrenten	7.731 Millionen Personen
- Pensionen von öffentlicher Hand und Militär	3.852 Millionen Personen
Vermögenseinkommen	19.132 Millionen Personen
Quelle: U.S. Census Bureau, a.a.O., S. 345	

Für die abhängig Beschäftigten, insbesondere für die Bezieher mittlerer und kleinerer Einkommen, die wenig Vermögen bilden können, ist die Sozialversicherung der entscheidende Faktor ihrer Alterssicherung. 2003 betrug diese Sozial-Rente im Durchschnitt 922 Dollar. Drei von fünf Rentnern (hier: Personen über 65 Jahre) erhalten ein zusätzliches Vermögenseinkommen (Dividenden, Zins, Vermietung). In absoluten Zahlen bedeutet dies allerdings, dass über 14 Millionen Rentner ohne eine solche Aufbesserung auskommen müssen. Und nur jeder Vierte verfügt über eine zusätzliche Betriebs- oder Gewerkschaftsrente.

Begeistert begrüßt wurde das Reformpaket des Präsidenten von Banken und Börsenmaklern. Monat für Monat würde ihnen zusätzliches Kapital in Höhe von 4,5 Milliarden Dollar zufließen. Ihre Einnahmen würden mit einem Schlag um ein Viertel steigen. (Heike Buchter: Die Renten-Bonanza. Financial Times Deutschland, 2.2.2005) Fachleute aus dem demokratischen wie republikanischen Lager brachten indes Einwände vor. Unbestritten ist, dass die staatliche Rentenkasse heute mehr einnimmt, als sie ausgibt, und dass dies bis 2018 so bleibt. Bis 2042 ist sie im Rahmen des bisherigen Systems in der Lage, alle zustehenden Leis-

tungen ohne Einschnitte zu bezahlen. Selbst Newt Gingrich, der in den Neunziger Jahren eine "konservative Revolution" der Republikaner anführte, warnte bei einer Veranstaltung des neokonservativen "American Enterprise Institute": "Wenn ich Sie heute anrufen würde: In zehn Jahren muss Ihr Dach repariert werden müssen, würden Sie dann jetzt einen Reparaturvertrag mit mir abschließen? Sie würden sagen: Was halten Sie davon, wenn Sie in neun Jahren und zehn Monaten wieder anrufen." (Süddeutsche Zeitung, 28.2.2005)

Gravierender als diese wahltaktischen Bedenken des Politprofis sind die Experten-Rechnungen über eine Explosion der Staatsschulden. Denn die Mittel, die in Zukunft auf private Investment-Konten fließen, fehlen der Rentenkasse für die laufenden Auszahlungen. Nach der Erklärung des Präsidenten soll sich für Versicherte über 55 Jahren nichts ändern, ab dieser Altersgrenze bleiben also alle in vollem Umfang anspruchsberechtigt. Eine Studie des überparteilichen Haushaltsbüros des Kongresses stellte fest, dass der Staat sich innerhalb von zehn Jahren um weitere zwei Billionen Dollar zur Deckung dieser Lücke verschulden müsse (da Bush Steuererhöhungen kategorisch ausschließt). Im Zeitraum von vierzig Jahren würde die zusätzliche Staatsschuld auf 14 Billionen Dollar klettern, womit sich allein der jetzige Schuldenstand des Bundes verdoppelt hätte. (Handelsblatt, 12.1.2005)

Auch die Mehrheit der Bevölkerung teilt offenbar die Bedenken. 58 % lehnen die Privatisierung der Rentenversicherung ab. Noch scheint es einer Mehrheit nicht geheuer, ihre Altersvorsorge gekoppelt zu sehen an die Entwicklung der Börse. Mit seinem Lebensabend spekuliert man nicht gern. Aber eben dies, die Identifizierung der breiten Masse mit dem Wohlergehen des Kapitalmarkts, ist das strategische Kalkül hinter den Reformplänen. "Wer Geld investiert, neigt dazu, republikanisch zu wählen", erläutert Bushs Wahlkampfmanager Ken Mehlmann. "Das schafft Bedingungen, unter denen die Wähler eher solche Politiker unterstützen, die für Wachstum, für Privatbesitz und für den freien Markt sind." (Süddeutsche Zeitung, 16.2.2005) Dies ist Bushs Vision, die USA zu einer "Ownership Society" zu machen, zu einer Gesellschaft von Eigentümern, und alle Amerikaner werden zu Republikanern. Dass die Mehrheit heute gegen seine Pläne ist, wird den Präsidenten nicht schrecken – die Mehrheit gegen seinen Irak-Krieg ist noch weit größer, ohne dass ihm dies Anlass zu einer Korrektur des Kriegskurses geben würde.

Kapitel V.

Bruchstellen der Bush-Politik?

1. Das Irak-Debakel

Der Irak-Krieg ist in den Augen Bushs schon heute ein Sieg. Das Saddam-Regime ist gestürzt, das Öl in amerikanischer und britischer Hand. Doch ruht das US-Regime auf den "Bajonetten" des US-Militärs, und, wie Max Weber formulierte, man kann mit Bajonetten die Macht erobern, aber sitzen kann man auf ihnen nicht. Die USA würden auch lieber bequemer sitzen, auf einer irakischen Regierung der nationalen Einheit. Deshalb bejubelte die Bush-Regierung die Wahlen im Januar 2005, wo angeblich 60 Prozent der Wahlberechtigten an die Urnen gekommen waren. In seiner Rede zur Lage der Nation sagte Bush, die Wahlen hätten bewiesen, "dass das irakische Volk seine Freiheit wertschätzt".

Der 'New Yorker' veröffentlichte daraufhin das Faksimile eines Artikels der New York Times vom 3.9.1967 mit der Überschrift: "U.S. Encouraged By Vietnam Vote. Officials Cite 83 % Turnout Despite Vietcong Terror." (US-Regierung von Vietnam-Wahlen ermutigt. Behörden sprechen von einer Wahlbeteiligung von 83 % trotz des Terrors des Vietcong). Ein halbes Jahr danach leitete Präsident Lyndon B. Johnson die Strategie des Rückzugs der USA aus Vietnam ein (der allerdings sieben Jahre in Anspruch nehmen sollte) und Johnson selbst verzichtete auf eine erneute Kandidatur bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen.

Nun kämpft im Irak zwar eine von vielen Sunniten unterstützte Guerilla-Truppe gegen die USA, aber keine Volksarmee wie die Vietcong in Vietnam. Doch stehen die USA vor Ort vor ebenfalls nicht lösbarer Aufgaben. So haben es die den USA genehmen und zu den Wahlen zugelassenen Kräfte im Sommer 2005 nicht geschafft, fristgerecht zu dem Entwurf einer neuen Verfassung zu kommen (im Oktober 2005 soll das Referendum über die neue Verfassung stattfinden). Als zu groß erwiesen sich die Differenzen und das Misstrauen unter den einzelnen Bevölkerungsgruppen. Wollten die USA ihr militärisches Kolonialregime durch die "indirekte" Herrschaft über die entsprechenden nationalen Kräfte ablösen, dann würden sie binnem kurzem vor der Alternative stehen, dass das Land entweder in drei Teile – kurdisch, sunnitisch, schiitisch – zerfällt, die alle die alte Besatzungsmacht ablehnen; oder dass sich eine von Schiiten kontrollierte Zentrale entwickelt, die von Anfang an den Glaubensbrüdern in Teheran näher steht als der Militärmacht in Washington. Die andere Option, mit der Entsendung weiterer 200.000 oder 300.000 Mann in den Irak – so viele hatten die Militärs von

Anfang an gefordert – das Land wie ein großes Militärgefängnis zu kontrollieren, können Bush und seine "konservative Allianz" bei der großen Mehrheit der Amerikaner nicht (mehr) durchsetzen.

Denn die hält Bushs Vorgehen mittlerweile für falsch. In der Newsweek-Umfrage von Anfang August 2005 stellten sich nur noch 34 % der Befragten in der Irak-Frage hinter Bush. Mag die Front im Irak anders verlaufen als die in Vietnam, die innere Front wird sich immer ähnlicher. Denn im März 1968 erhielt Johnson in Sachen Vietnam-Krieg noch eine Rückendeckung von 32 %. Auch die Zustimmung für die allgemeine Leistung der Präsidenten gleicht sich immer mehr an. Johnson erhielt damals eine Rate von 41 %, Bush liegt im August 2005 einen Prozentpunkt besser. (New York Times, 14.8.2005). Der Irak-Krieg könnte Bushs Vietnam werden.

Der Präsident reagierte wie immer, er versuchte zu attackieren. Nachdem er vier Wochen in Texas Holz gehackt und Fische gefangen hatte, trat er in kurzen Abständen mit Durchhalteansprachen vor die Öffentlichkeit, genauer gesagt, vor die Treuesten seiner Treuen, nämlich die "Veteranen der Kriege im Ausland" und die Familien von Angehörigen der National Guard von Idaho. Bush war auch aufgeschreckt worden durch die Mutter eines im Irak umgekommenen Soldaten, Cindy Sheehan, die mit anderen in der Nähe seiner Ranch ein Friedenscamp veranstaltete, das nach und nach das Interesse der ganzen Nation weckte. Bush entschloss sich erstmals, die Zahlen der Opfer selbst bekannt zu geben. Bis Mitte August 2005 seien 2.087 amerikanische Soldatinnen und Soldaten im Irak umgekommen. Um dann zu fragen: Sollen diese Opfer umsonst gewesen sein? Bush und seine Propagandisten versuchen dem Volk einzuhämmern, man habe den "point of return" hinter sich gelassen, gerade weil die Opfer so groß seien, müsse man durchhalten. Die schon gebrachten großen Opfer und die Größe der Ziele werden zu einem Mix des "Jetzt erst recht" zusammengerührt.

In seiner 43-minütigen Rede in Idaho verwendete Bush die Begriffe "Feind, Terrorist, Terrorismus" 47 mal; die Begriffe "Freiheit, frei" insgesamt 48 mal. In jeder Minute wurde das Publikum zweimal mit dem Gegensatzpaar "Gut gegen Böse", "wir gegen den Feind" traktiert. Bush hat die alte rhetorische Formel der Endzeit-Religiösen jedenfalls quantitativ zu einem Maximum fort entwickelt. (Vgl. Tom Engelhard: A War of Words. Tomdispatch.com. www.alternet.org/story/24740/) Die nach "Terror/Terrorismus" und "Freiheit" am meisten gebrauchten Begriffe in Bushs Idaho-Rede waren "Bedrohung", "Versagen", "Töten" und

"Zerstörung". In Cindy Sheehans Reaktion auf Bushs Tiraden kamen am meisten vor die Wörter "Mutter", "Sohn", "Liebe", "Tote", "Schmerz" und "Land". (A.a.O.) In dem "Krieg der Wörter" widerspiegelt sich die Kultur der beiden Amerika. Es fällt schwer zu glauben, dass Bushs hochgedrehte Kriegersprache die kriegs-unwillige Mehrheit überzeugen kann.

Welche Optionen hat Bush? Manche meinen, die USA würden einfach behaupten, die einheimischen Sicherheitskräfte seien nun stark genug, sich zurückziehen und diese lokalen Kräfte "den Wölfen vorwerfen" (New York Times, a.a.O.) Dies verkennt das grundsätzliche Interesse der USA am Irak und an der ganze Region. Es geht schon jetzt um viel Öl, denn allein von 2003 auf 2004 haben die USA ihre Ölimporte aus dem Irak um 86 % gesteigert. (Antonia Juhasz: Bush's Other Iraq Invasion. www.alternet.org/story/24307) Doch ist Tatsache, dass die Bush-Regierung den Irak-Krieg auch zu einem "immanenten" Fiasko hat werden lassen, will sagen, das Unternehmen schadet auch den Plänen der Regierung selbst. Dass der Krieg erst die Terroristen in Massen produziert hat, die im "Krieg gegen den Terror" nun an der zentralen Front Irak zu bekämpfen sind, wird Bush nicht nur verschmerzen, sondern als Erfolg verbuchen. In einem "immerwährenden" Krieg muss für die ständige Erstellung neuer Feinde gesorgt werden. Doch sollte Irak ja das Katapult sein, von dem aus im ganzen Mittleren Osten "Demokratie" verbreitet werden sollte. Nun entsteht im Irak eine politische Einheit oder mehrere Einheiten, die sich im Zweifel als Unterstützer des nächsten "Schurkenstaates", des Iran, erweisen. Die Destabilisierung der übrigen Staaten unter dem Stichwort "Demokratisierung" wird vor allem die US-hörigen Regimes in Saudi-Arabien, den Emiraten und in Ägypten ins Wanken bringen und US-feindliche Strömungen fördern.

Tatsächlich sind die USA im Mittleren Osten in einer derart verfahrenen Situation, dass den Strategen um Bush und Rice ein Militärschlag gegen den Iran als das Zerschlagen des "gordischen Knotens" vorkommen könnte. Ein solcher Krieg würde im ganzen Mittleren Osten wieder die Währung der Waffen zum einzig relevanten Zahlungsmittel machen, und gerade auch in dieser Währung sind die USA die Supermacht. Mit dem Scheitern des Irak-Krieges sind weitere Kriege nach der Logik der neokonservativen Weltmissionare nicht etwa weniger wahrscheinlich geworden. Wollen sie ihre Mission erfüllen, müssen sie schnell nachlegen.

2. Die Schulden-Zeitbombe

Die USA sind das höchstverschuldete Land der Welt. André Gunder Frank, einer der renommiertesten US-Ökonomen, hat die Schulden auf allen Ebenen einmal zusammengerechnet: "Alle Schulden von Uncle Sam, eingeschlossen die Kreditkarten-Schulden, Hypo-

theken usw. der privaten Haushalte, Schulden von rund 10 Billionen Dollar, plus die Schulden der Unternehmen und Finanzinstitute mit Optionen, Derivaten und dergleichen, und die Staats- und Einzelstaaten- und Gemeindeschulden, belaufen sich auf die unvorstellbare Summe von 37 Billionen Dollar, was fast das Vierfache von Uncle Sams Bruttoinlandsprodukt ist." (Zitiert nach Marschall Auerback: What Could Go Wrong in 2005? www.alternet.org/story/21058). Würden diese Schulden fällig, wären die USA von einem auf den anderen Tag bankrott. Die Schulden-Bombe tickt. Die Frage ist: Wie lange können die privaten Schuldner den Schuldendienst noch aufbringen? Und: Wie lange halten die ausländischen Gläubiger noch still, die den Lebensstil der USA weitgehend kreditieren? Wann geht die Bombe hoch?

2.1 Die Schulden der privaten Haushalte

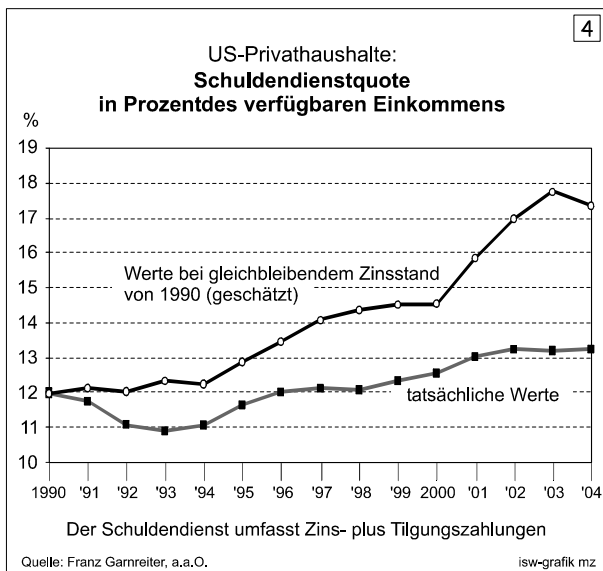
Die privaten Haushalte in den USA weisen traditionell eine relativ hohe Verschuldung auf. Im Neunziger Jahrzehnt, als mit der "Friedensdividende" nach dem Verschwinden des Realsozialismus und dem Beginn des New Economy-Fiebers ein schier unbegrenzter Zukunftsoptimismus ausbrach (verbunden mit der Einbildung, die in die Höhe schießenden Aktienkurse stellten echte Vermögenszuwächse dar), stieg die Verschuldung der US-Privathaushalte, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, von 60 auf 65 Prozent. In Europa erreichte der private Schuldenstand ein Niveau von 48 % des BIP. (Vgl. Franz Garnreiter: USA: Die Zinserhöhungen können den Dollar kräftigen – aber sie schwächen die US-Realwirtschaft. <http://www.isw-muenchen.de/download/konj200502.pdf>)

Von 2000 bis 2004, also in der Ära von Bush, sprang die Verschuldung in den USA auf fast 85 % (in Europa erhöhte sie sich auf 55 %). Verantwortlich dafür war in erster Linie die Zentralbank (Federal Reserve), die von 2001 bis 2003 in dreizehn Schritten den Leitzins von 6 % auf 1 % herunter schraubte. Dies war von besonderer Bedeutung für den Immobilienmarkt. Schon durch den Boom der Vorjahre waren die Häuserpreise in die Höhe geschossen, und eine wachsende Zahl von Immobilienbesitzern nutzte dies, um höhere Grundschulden aufzunehmen und ihren Konsum zu erhöhen. Die Zinssenkungen verschärften diesen Trend. In den vier Quartalen des Jahres 2004 stiegen die Häuserpreise jeweils um 8,4 bis 13,4 % (womit sie bis zum Vierfachen über dem allgemeinen Wirtschaftswachstum lagen). (Vgl. Süddeutsche Zeitung, 30.8.05) Viele Amerikaner, das Volk der Hausbesitzer, gingen dazu über, eine neues Haus zu kaufen und alsbald wieder mit beträchtlichem Gewinn zu verkaufen. Da das Geld nur deshalb so ausgiebig vorhanden war, weil Ausländer das riesige Handelsbilanzdefizit durch den Kauf von US-Wertpapieren finanzierten, gab US-Ökonom Paul Krugman diese Analyse ab: "In diesen Tagen verdienen Amerikaner ihren Lebensunterhalt damit, dass sie sich gegenseitig Häuser verkaufen, die sie mit dem Geld bezahlen,

dass sie von China geliehen haben." (Paul Krugman: Days late, dollars short. International Herald Tribune, 30.8.2005)

Billiges Geld und Immobilienhausse haben den privaten Haushalten zu neuen Schuldenrekorden verholfen. Ende 2004 betrug die Schuldendienstquote, das heißt der Anteil der Zins- und Tilgungszahlungen am verfügbaren Einkommen, 13,2 %, Ende des ersten Quartals 2005 13,4 %. (Vgl. Rick Wolff: Personal Debts and US Capitalism. www.monthlyreview.org/mrzine)

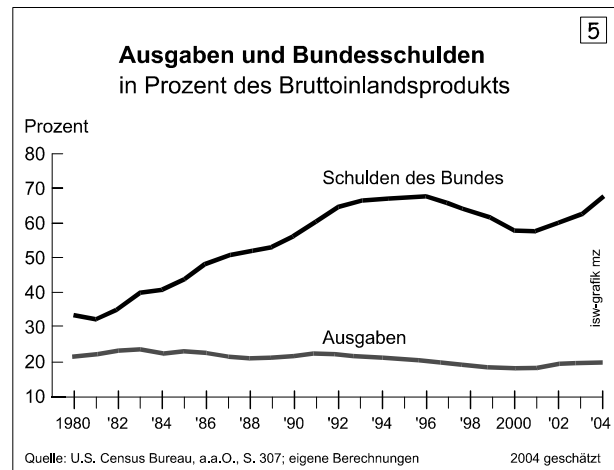
Diese Quote ist so hoch, dass viele jetzt zusätzliche Schulden aufnehmen müssen, um den Dienst für Zinsen und Tilgung der alten Schulden zu leisten und ihren Konsum einigermaßen zu halten. An eine Ausdehnung des Konsums, wie er seit Jahren auf der Grundlage einer neuen Blase am Immobilienmarkt stattfindet, ist immer weniger zu denken.



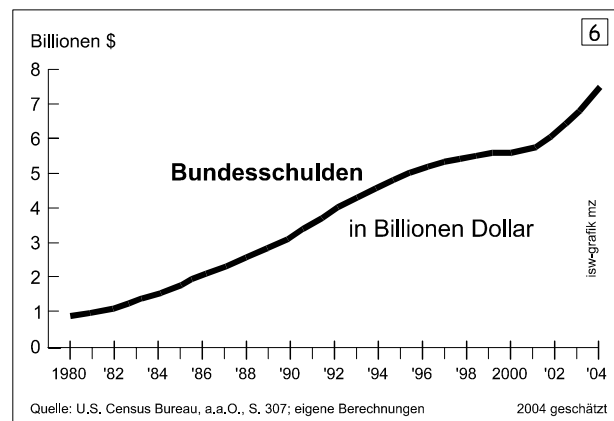
Auf der anderen Seite werden Kredite immer teurer, da die Zentralbank seit einiger Zeit die Zinsen wieder anhebt. In acht Schritten seit dem Sommer 2004 wurde der Leitzins von einem auf 3 % erhöht. Dies war dringend nötig, um wieder etwas attraktiver für ausländisches Kapital zu werden, das zur Finanzierung des wachsenden Handelsbilanzdefizits gebraucht wird, aber es ist Gift für die Inlandskonjunktur. Nicht nur werden die allgemeinen Investitionen wegen der gestiegenen Finanzierungskosten zurückgehen. Die Konsumausgaben werden erheblich gedämpft. Nach Expertenschätzungen gingen 30 bis 35 % des Anstiegs der Konsumausgaben 2004 auf das Konto des Immobilienbooms. 40 % der vier Millionen Jobs, die in den letzten Jahren entstanden sind, sind auf diesen Boom zurückzuführen. (Südd. Zeitung, a.a.O.) Sieht sich die Zentralbank gezwungen, weiterhin die Zinsen zu erhöhen oder ziehen sich gar die "Geldverleiher aus China" zurück, gerät die US-Wirtschaft in eine ernste Krise.

2.2 Staatsschulden und Niedergang der zivilen öffentlichen Leistungen

Den Marsch in die Schulden-Gesellschaft führt der Staat an. Einen immer größeren Teil seiner Ausgaben finanziert der Bund mit Schulden.



Während die Ausgaben des Bundes seit 1980 durchgängig bei rund 20 % des Bruttoinlandsprodukts lagen, stieg der Anteil der Bundesschulden von 1980 bis 2004 von 33 % auf über 65 %. In Dollars bedeutet dies einen Anstieg von 909 Milliarden (1980) auf 7,5 Billionen Dollar (2004).



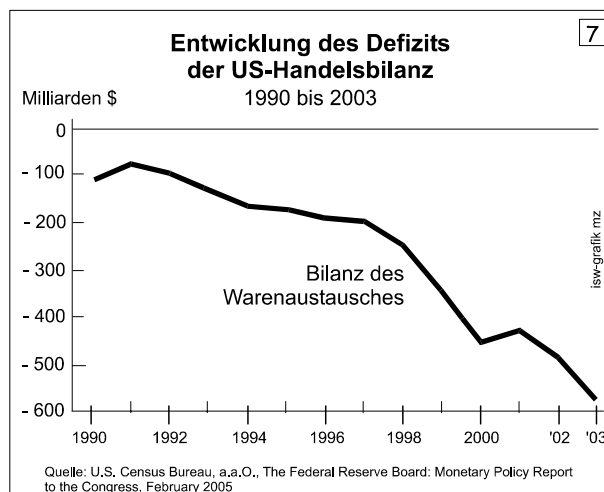
An öffentlichen Schulden treten zu den Bundesschulden noch die Verbindlichkeiten der einzelnen Bundesstaaten und der lokalen Verwaltungen. Diese betragen 2001 rund 1,6 Billionen Dollar. Die Gesamtschulden der öffentlichen Hände machen gut drei Viertel des US-Bruttoinlandsprodukts aus.

Den öffentlichen Haushalten geht es bei einer Erhöhung der Zinsen und damit der Aufwendungen für den Schuldendienst nicht anders als den privaten: Sie müssen bei gleichbleibenden Einnahmen ihren Konsum drosseln. Öffentlicher Konsum aber meint die Leistungsfähigkeit des Staates, seine Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Gesundheit und so weiter. Da Bush bei seinen Kürzungen der Einkommen- und Ge-

winnsteuer bleiben, also die Einnahmen nicht steigern will, gleichzeitig aber die Ausgaben für den "Krieg gegen den Terror" substantiell erhöht, bleiben nur zwei Auswege: die zivilen Ausgaben drastisch zu kürzen und/oder die Schulden weiter zu erhöhen. Wie sein Haushaltsvorschlag für 2005 (siehe Kapitel IV) demonstriert, will Bush beide Wege gleichzeitig gehen. Weiteres Schuldenmachen löst aber nicht das Problem, sondern verschärft es. Ein immer größerer Teil des Haushalts muss für den Schuldendienst abgezweigt werden. Sollte Bush seine Rentenreform durchsetzen können, müssten in den nächsten Jahren weitere zwei Billionen Dollar an neuen Schulden aufgenommen werden. Der Staat büßt seine zivile Leistungsfähigkeit weiter ein und konzentriert sich immer mehr auf seine Funktionen als Militär- und Polizeimacht, als Umverteiler der Einkommen von Unten nach Oben und als Geldmaschine für die Banken.

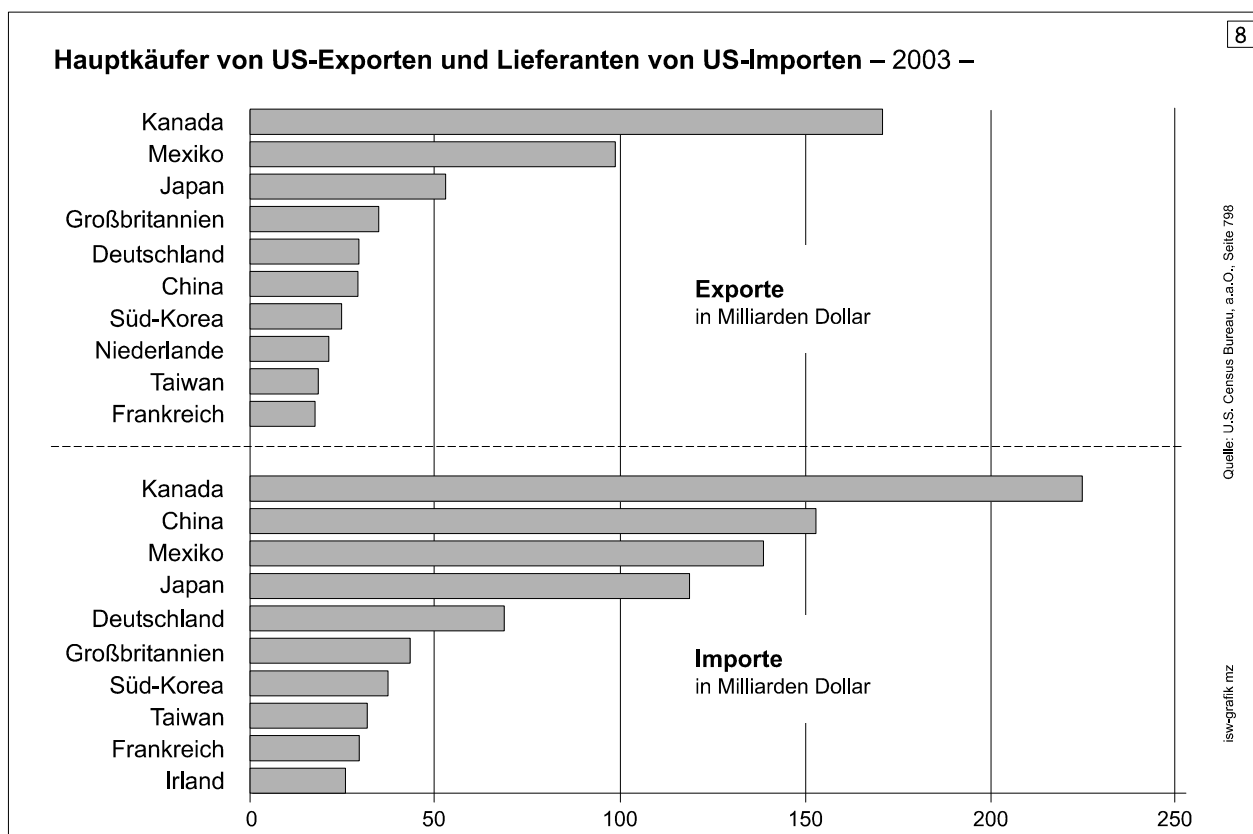
2.3 Auslandsverschuldung – wie lange halten die Gläubiger noch still?

Das Geheimnis, warum private wie öffentliche Haushalte der USA sich ständig höher verschulden und dennoch ihren Konsum steigern können, liegt darin: das Ausland liefert jedes Jahr weit mehr in die USA als diese hinaus, und die Ausländer gewähren den USA für die entstehenden Defizite immer neue Kredite (durch Kredite zwischen den Handelspartnern und vor allem durch Kredite an den Staat, indem die ausländischen Zentralbanken US-Staatspapiere kaufen).



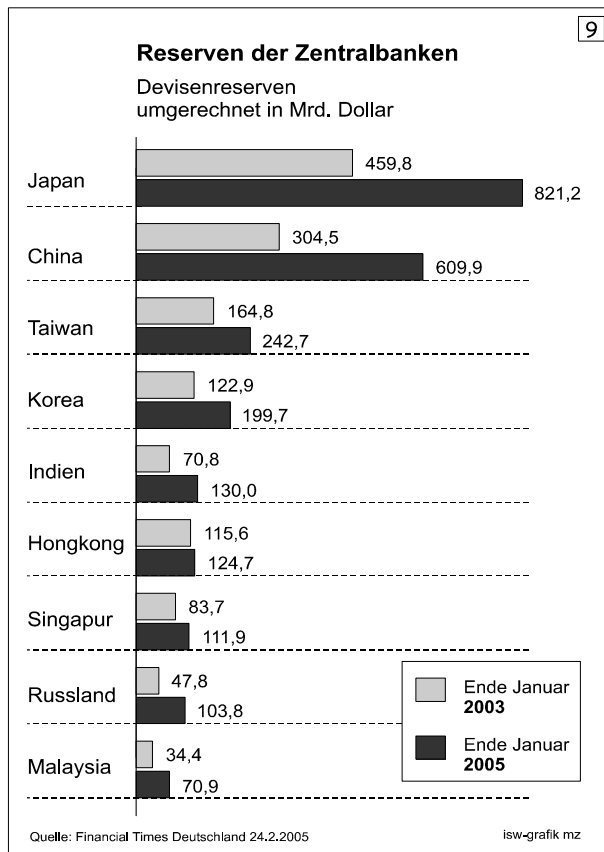
Grafik 7 zeigt, dass sich das Defizit seit 1998 weit mehr als verdoppelt und seit 2000 um rund 40 % zugenommen hat. 2004 kletterte das Defizit der US-Leistungsbilanz (Waren und Dienstleistungen) auf 660 Milliarden Dollar, 5,6 % des Bruttoinlandsprodukts. (The Federal Reserve Board: Monetary Policy Report to the Congress, February 2005) Damit ist das US-Defizit so hoch wie die gesamte Wirtschaftskraft von Ländern wie Spanien, Mexiko oder Indien. (Garnreiter, a.a.O., S. 4)

Aus den eigenen Gold- und Devisenbeständen könnten die USA diese Defizite niemals ausgleichen. Der Wert der nationalen Rücklagen betrug 2003 rund 86



Milliarden Dollar, ein Siebtel des damaligen Jahresdefizits. (U.S. Census, a.a.O., S. 802) Welche Länder sind es, die den USA so riesige Einfuhrüberschüsse kreditieren?

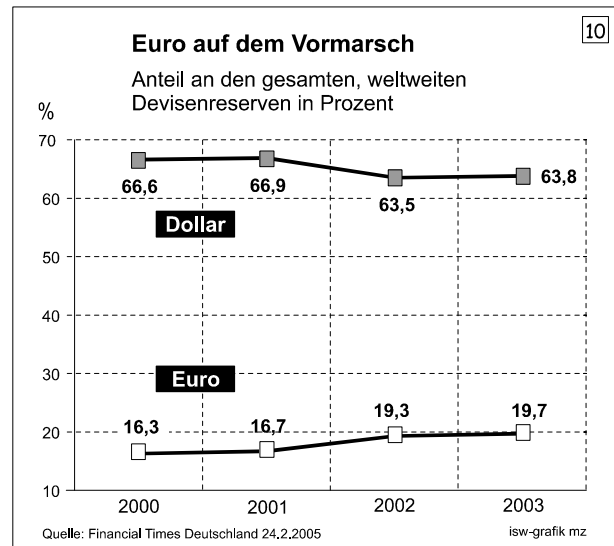
Mit allen ihren großen Handelspartnern stehen die USA im Minus. Am größten sind die Defizite im Handel mit China und mit Japan. Dementsprechend haben sich in diesen Ländern die größten Dollar-Guthaben aufgebaut und vermehren sich rapide.



Der Schuldenturm der USA wächst und mit ihm die Dollarguthaben der ausländischen Zentralbanken. Die US-Regierung vertraut darauf, dass die Länder diese Entwicklung weiter hinnehmen, weil sie für den Absatz ihrer Produkte darauf angewiesen seien. Dies ist einerseits völlig richtig. Die relativ schwachen Binnenmärkte in den meisten Ländern, noch verschärft durch die allseits praktizierte neoliberale Politik, die Löhne und Gehälter als Kostenfaktor und damit aber auch als Nachfragefaktor minimiert, machen den US-Markt zum letzten Auffangbecken für die "Überschüsse" des internationalen Wirtschaftssystems.

Dennoch bleibt die Frage, ob die jeweiligen Länder ihre Warenlieferungen auf Dauer mit eigenem Geld bezahlen wollen, insbesondere wenn die angehäuften Dollarbestände ständig an Wert verlieren und/oder die Zinsen in den USA unter dem internationalen Niveau liegen. Für diese Fälle müssen sich die Zentralbanken absichern, indem sie ihre Dollarbestände

reduzieren und Währungen deponieren, auf deren Wertwachstum oder mindestens -stabilität sie vertrauen. So haben die Zentralbanken in der Tat seit 2000 ihre Bestände an Dollars verringert und dafür mehr Euros in ihre Depots genommen.



2.4 Wie wollen die USA das Dilemma lösen?

Die klassische wirtschaftspolitische Reaktion auf die Gefahr, dass die ausländischen Geldgeber ihre Bestände an Dollars verringern und weniger US-Kredite vergeben, wäre eine kräftige Zinserhöhung. Dies würde den Dollarkurs stabilisieren oder sogar erhöhen, womit der Wert der Dollarbestände und die Bereitschaft, weiter die US-Währung zu kaufen, steigen würde. Eine Zinserhöhung in dieser Dimension aber würde die Zahlungsfähigkeit der hoch verschuldeten privaten und öffentlichen US-Haushalte in Frage stellen. Aus Gründen der Konjunktur- und der Wahlpolitik wird die US-Regierung diesen Weg nicht beschreiten.

Sie versucht stattdessen, mit einer Vielzahl kleiner Zinserhöhungen den großen Knall zu vermeiden und damit irgendwie die in den Schulden sich ausdrückenden Ungleichgewichte in der Binnenwirtschaft zu verringern und die Lust ausländischer Geldgeber auf den Dollar wieder zu wecken. Für eine Weile sah sie im forcierten Verfall des Dollarkurses, in einer kalkulierten Abwertung, ein Instrument zum Abbau des Defizits mit dem Ausland. Ein niedriger Dollar sollte US-Waren im Ausland billiger und ausländische Waren in den USA teurer machen und so die Lücke in der Handelsbilanz verringern. Allerdings treibt der Dollarverfall die Ausländer aus dem Dollar und verringert ihre Bereitschaft, Dollargeschäfte zu kreditieren.

Eine relevante Zinserhöhung kommt also nicht in Frage, weil die erhöhte Nachfrage nach Dollar und Kreditierung von Dollargeschäften mit dem Zusammenbruch der Binnenkonjunktur zu bezahlen wäre. Eine rapide Dollarabwertung, die die Konkurrenzfähigkeit

der US-Wirtschaft erhöhen würde, verbietet sich, weil dann die Kreditströme aus dem Ausland versiegen. Die neoklassische Wirtschaftspolitik der USA ist mit ihrem Latein am Ende.

Eine andere Sprache wollen die Bush-Leute nicht lernen. Um die Defizite abzubauen, müssten sie die Ausgaben für die Rüstung deutlich kürzen und die Steuern für die Reichen und Konzerne ebenso deutlich heraufsetzen. Beides widerspräche der Mission der "konservativen Allianz". Das Amerika von Bush und der ihn tragenden Kräfte hat kein Mittel, die bevorstehende Talfahrt der Wirtschaft zu stoppen.

3. Internationale Konkurrenz – "BRIC" gegen Washington

Nachrufe auf die Weltmacht Amerika sind in Europa seit Jahren en vogue. (Beispielhaft für dieses Genre: Emmanuel Todd: Weltmacht USA. Ein Nachruf. München 2003. Vgl. auch Conrad Schuhler: Imperiale Überdehnung oder: Reichen die Ressourcen zur Weltherrschaft? In ders., a.a.O., S. 27 ff.) An die Stelle der früher gepflegten Theorie der "imperialen Überdehnung" der USA, die bloß ein Koloss auf tönernen Füßen seien, ist seit einiger Zeit die These getreten, das Machtmonopol der USA werde von den Asiaten, allen voran China und Japan, gebrochen. Nicht ein neues Amerikanisches Jahrhundert, sondern das Jahrhundert Asiens bahne sich an. (Vgl. Duell der Giganten. Spiegel 32/2005) Der 'Spiegel' führt eine Fülle von Fakten an, die den Umbruch zugunsten Chinas dokumentieren sollen:

- In China werden jährlich 440.000 Ingenieure diplomiert, in USA nur die Hälfte.
- Das Handelsdefizit mit China hat sich seit 2001 fast verdoppelt.
- Nicht nur bei Billigprodukten sind Handelsdefizite zu verzeichnen, sondern gerade auch bei Produkten der Hochtechnologie; hier beträgt das Defizit 2004 36 Milliarden Dollar; 1999 war die Bilanz auf diesem Sektor noch ausgeglichen.
- Seit Jahren werden in allen Bereichen der US-Industrie Arbeitsplätze aufgebaut – der US-Industrieverband spricht von 2,7 Millionen seit 2000 (Süddeutsche Zeitung, 7.3.2005) – sei es, weil sie billigere ausländische Konkurrenz vom Markt verdrängt, sei es, weil US-Unternehmen ins Ausland verlagern, vor allem nach China.
- Chinesische Firmen kaufen bereits Großkonzerne in den USA auf, zum Beispiel die IBM-Computersparte, und hatten bereits Hand angelegt an den Erdölriesen Unocal (was das Repräsentantenhaus aber mit 398 zu 15 Stimmen ablehnte).

Alle diese Daten und Indizien widerspiegeln zwar eine schnell wachsende chinesische Wirtschaft, von einer bevorstehenden Ablösung der wirtschaftlichen Übermacht der USA zu sprechen, ist aber unsinnig.

China produziert heute bei einer mehr als vierfachen Bevölkerung rund 15 % des Bruttoinlandsprodukts der USA; das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf macht etwa 4 % des amerikanischen aus. Es ist ein sehr ungleiches "Duell der Giganten", und ungleich wird es auf sehr lange Zeit noch bleiben. Selbst wenn die Chinesen ihre hohen Wachstumsraten von 9 % beibehalten könnten, so würden sie an realem Zusatzwert nicht einmal ein Drittel dessen erstellen, was die USA mit ihren 4 Prozent-Wachstumsraten im Jahr an neuen Werten schaffen.

"Kalter Krieg" um Öl und Gas

Nicht in einem Wirtschaftskoloss China ist für die USA ein ernstes Problem zu sehen, sondern in der Energiepolitik der Chinesen und anderer Länder in Antwort auf die US-Besetzung des Irak und der faktischen Kontrolle der OPEC, der erdölproduzierenden Länder, durch die USA. China muss sein Öl fast vollständig importieren und hat im Zuge seines rasanten Wachstums große Bedarfszuwächse. 2004 stieg sein Ölverbrauch um 40 %, China wurde hinter den USA zum zweitgrößten Ölimporteure der Welt. (Vgl. David Morris: The Dragon Chases Oil. www.alternet.org/story/21313 und William Engdahl: Lläuft Washington gegen den "BRIC-Wall? Freitag, 11.3.2005) Chinas Hauptlieferanten kamen bis 2003 aus dem Mittleren Osten. Wollte das Land in der strategischen Ressource nicht völlig abhängig werden von den USA, musste es sich nach neuen Partnern umsehen.

So wie China standen auch Russland und Indien mit den Ölkriegen der USA vor neuen Situationen. Die Russen, weil sie nun als potenter Energieproduzent (weltweit die Nr. 2 in der Öl- und die Nr. 1 in der Gasproduktion) die erste Anlaufadresse für alle waren, die dem Diktat der USA entkommen wollten. Die Inder, weil sie als wirtschaftlich schnell wachsendes Schwellenland (im Wachstumstempo Nr. 2 hinter China) wie die Chinesen neue Lieferanten brauchten. Die drei Länder verabredeten eine engere Zusammenarbeit und nahmen Brasilien, das seit langem auf Wege sinnt, dem US-Diktat wenigstens zum Teil zu entkommen, mit ins Boot. Der Ende 2002 geschlossene Vertrag erhielt den Namen BRIC – Brasilien, Russland, Indien, China. (Freitag, a.a.O.)

Die BRIC-Staaten entwickelten eine lebhaftere Aktivität untereinander und mit Drittländern. Russland stellte China und Indien in Aussicht, bei der Neuaufteilung des Yukos-Imperiums zum Zuge zu kommen. Brasilien erhielt von der Internationalen Atomenergiebehörde die Genehmigung für die Weiterentwicklung seines Programms zur Urananreicherung, und ein Besuch Putins in Brasilien signalisierte die technologische Unterstützung dieses Programms, ähnlich wie die Russen es im Iran praktizieren. Mit dem Iran haben sowohl die Chinesen wie die Inder Öl- und Gasabkommen mit einer Laufzeit von 25 Jahren abgeschlossen, die Volumen von 150 bzw. 200 Milliarden Dollar umfassen. (Jehangir Poca: In These Times.

www.alternet.org/story/21150/) Damit setzen sich beide in großem Maß und auf lange Frist über die Sanktionspolitik der USA gegen den Iran hinweg. Über Brasilien hat Indien Sonderzölle mit dem MERCOSUR (Gemeinsamer Markt und Zollunion in Südamerika; Mitglieder sind Argentinien, Paraguay, Uruguay, Brasilien) vereinbart und mit Brasilien mehrere Verträge über die Lieferung von Biobrennstoff und Öl. China hat sich mit Brasilien und Venezuela über ein rundes Dutzend von Verträgen über Energie- und Transportleistungen geeinigt. Insgesamt haben die Chinesen 15 Milliarden Dollar in die Entwicklung ausländischer Ölfelder investiert und sie wollen diese Summe im nächsten Jahrzehnt verzehnfachen. Indien hat bisher 3 Milliarden Dollar für solche Vorhaben aufgebracht und will in den nächsten zehn Jahren jeweils eine weitere Milliarde investieren.

Mit einer Fülle von Ländern hat China Verträge geschlossen oder Verhandlungen begonnen über den Bau von Pipelines, die außerhalb der direkten Kontrolle der USA liegen: In Kanada, im Sudan, mit Venezuela und Kolumbien, mit dem Iran und vor allem auch mit Russland. Die ehemaligen Erzfeinde, der Drache und der Bär, haben 2005 ein größeres gemeinsames Militär-Manöver durchgeführt. Auch Indien und China wollen militärisch enger zusammenarbeiten. 2004 hat Indien zum ersten Mal in seiner Geschichte gemeinsame See-Manöver mit dem Iran durchgeführt. Indien hat sich darüber hinaus bereit erklärt, die veralteten U-Boote und ebenso die alten MiG-Kampfflugzeuge des Iran zu modernisieren.

In der Konsequenz des aggressiven Ölimperialismus der USA haben sich große Schwellen- und Ölländer zusammengefunden, um den USA auf diesem Feld Paroli bieten zu können. Hier ist kein "Weltkrieg ums Öl" zu befürchten. Aber die USA müssen mit verstärkter politisch-wirtschaftlicher Gegenwehr rechnen bei ihrem Versuch, bis in den "letzten Winkel der Erde" ihre Freiheit und ihre Ressourcenkontrolle verbreiten zu wollen. Vor allem zwei Fakten haben die USA zu berücksichtigen: Die BRIC-Länder haben den Iran eng in ihr Vertrags- und Austauschsystem einbezogen, die USA müssten also mit heftigem Widerstand rechnen, wollten sie den zum "Schurkenstaat Nr. 1" erklärten Iran überfallen. Zweitens bauen die BRIC-Länder intensive und ökonomisch schwer wiegende Beziehungen mit Lateinamerika auf, das die USA als ihren "Hinterhof" betrachten.

4. Risse in der "konservativen Koalition"?

Die drei "konservativen" Strömungen der Neoliberalen, der Neokonservativen und der Religiösen Rechten haben sich in den letzten zehn Jahren zu einem relativ stabilen Block zusammengefügt und so die politische Hegemonie erreicht. Es könnte die Zeit gekommen sein, dass erste Risse auftreten, sich zumindest ernstere Belastungen bemerkbar machen.

Ein erster gravierender Dissens könnte zwischen den Neoliberalen auftauchen, deren primäres Ziel die Schaffung günstiger Umstände für die Profitwirtschaft ist, und den Neokonservativen, die eine globale politpädagogische Mission erfüllen wollen. Der Fehlschlag im Irak hat gezeigt, wie schwierig und kostspielig und letztlich auch erfolglos "nation building" im Sinn einer Umerziehung nach neokonservativen Prinzipien in dieser Region sein kann. Die neoliberalen Globalstrategen werden es wahrscheinlich vorziehen, in Länder, wo ihre lokalen reaktionären Partner für die Durchführung der Geschäfte sorgen, keine Unruhe mit "Demokratisierung" oder ähnlichem hinein zu tragen. "Amerikanische Banken und Industrielle stehen zwar meist fest an der Seite Bushs, wenn es um wirtschaftliche Belange geht, doch im übrigen erobern sie diese Welt lieber in ihren Firmen-Jets. Sie meinen, amerikanische Heere sollten zwar bereit stehen, jedoch ohne sich in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, damit sie selbst unbehelligt rund um die Uhr in jeder Zeitzone produzieren und Handel treiben können." (Norman Birnbaum: Der scheinheilige Kreuzzug Amerikas. Süddeutsche Zeitung, 2.8.2005).

Krieg unter den Neocons

Diese Diskussion hat selbst innerhalb der Reihen der Neokonservativen schon heftig begonnen. Francis Fukuyama, der mit dem Triumph über den Realsozialismus "das Ende der Geschichte" erreicht gesehen hatte, hat in einer Entgegnung auf den neokonservativen Weggefährten Charles Krauthammer nur noch Spott übrig für eine globale Demokratisierungsmission der USA. (Tim B. Müller: Ein Haufen Sektierer. Südd. Zeitung, 25.1.2005). Krauthammer antwortete, ihm gehe es nur darum, die Demokratie dort einzuführen, wo es den amerikanischen Interessen nütze, und distanzierte sich von den Vorstellungen neokonservativer Wortführer wie William Kristol und Robert Kagan, die nach wie vor für die weltweite Verbreitung der Demokratie nach US-Rezept eintreten.

Das Krauthammersche Konzept einer selektiven "Demokratisierung" nur dort, wo bislang US-feindliche Regime im US-Interesse reformiert werden müssten, kann aber nicht funktionieren, schon gar nicht im Mittleren Osten. In den ethnisch und religiös eng verbundenen Ländern würde der Funke schnell überspringen und die bisherigen US-Partner von Saudi-Arabien bis Ägypten destabilisieren. Es ist deshalb zwischen dem neoliberalen und dem neokonservativen Lager wie innerhalb der Neocons mit heftigen Debatten über die weitere US-Strategie im Mittleren Osten zu rechnen.

Schärfere Spannungen zeichnen sich auch ab zwischen Neoliberalen und der Religiösen Rechten. Bisher schon hatten die auf moderne Effektivität gepolten Neoliberalen, die auf die alten Werte der Familie, die Mutterrolle der Frau, die Technikfeindlichkeit ausgerichtete religiöse Propaganda nur ertragen, nicht

gebilligt. Die dreiste, zynisch-selbstgerechte Art der religiösen Prediger bringt jetzt auch die Neokonservativen in Harnisch. Das hemmungslose Propagieren schlimmster Zielsetzungen erschwert die subtiler, jedenfalls verdeckter geplante Realisierung einer entsprechenden Politik. Jüngstes Beispiel ist der TV-Evangelikale Pat Robertson, der Ende August 2005 in seiner TV-Show die Ermordung des demokratisch gewählten Präsidenten von Venezuela, Hugo Chávez, durch ein US-Spezialkommando forderte. Während der Sprecher des Außenministeriums den Mordaufruf nur "unangemessen" fand, zeigte auch das "mittlere Amerika" Entsetzen. Der Nationalrat der Kirchen nannte Robertsons Vorstoß so "abstoßend, dass man es nicht glauben möchte". Es widerspreche jeder Logik, "dass ein Mann der Kirche so beiläufig Tausende Jahre jüdisch-christlichen Rechtes verwirft, einschließlich des Gebotes, dass wir nicht töten sollen." (Vgl. Deborah James: Investigating Pat Robertson. www.alternet.org/story/24541/)

Die Folgen für Frau Rice und Mr. Bush sind schwerwiegend. Die Bush-Regierung hatte versucht, mit Hilfe einer von Washington gesteuerten und finanzierten Kampagne der Großbourgeoisie Venezuelas Präsident Chávez aus dem Amt zu jagen. Der parierte den Druck, indem er dem geforderten Referendum über seine Präsidentschaft zustimmte, das er im August 2004 mit 59 % der Stimmen gewann. Selbst die Organisation Amerikanischer Staaten und das Center des früheren Präsidenten Carter bestätigten als Wahlbeobachter die Korrektheit der Wahl. Seitdem ist es ein kaum gehütetes Offenes Geheimnis, dass die US-Regierung Pläne verfolgt, Chávez mit anderen Mitteln aus dem Weg zu räumen. Ein Kommandounternehmen oder auch das "Attentat eines Einzelnen" ist nach dem öffentlichen Mordvorschlag aus evangelikalem Munde schwierig geworden.

Protestantische Mehrheit schwindet

Schwerer als die abschreckenden Selbstenblößen der TV-Prediger wiegt jedoch der allgemeine Rückgang des protestantischen Einflusses, wie er sich in den Zahlen der Bevölkerungsentwicklung ausdrückt. (Vgl. America's Protestant majority is fading, University of Chicago research shows. www.news.uchicago.edu/releases/04/040720.protestant.shtml) Von 1972 bis 1993 lag der Anteil der Protestanten an der Gesamtbevölkerung stabil bei 63 %. Von 1993 bis 2002 fiel er auf 52 %, nach Ansicht der Experten der Chicago University liegt er schon heute unter 50 %. Demgegenüber stieg der Anteil derer "ohne Religion" von 9 auf 14 %. Menschen "anderer Religion" vergrößerten ihren Anteil von 3 auf 7 %, allen voran Muslime und orthodoxe Christen. Der Anteil der Katholiken (25 %) und der Juden (2 %) blieb gleich. Die Forscher sprechen von einer "wachsenden Säkularisierung" der US-Gesellschaft und hinsichtlich des Faktors Religion davon, dass "das Land sich in Richtung einer Nation von Minderheiten bewegt". Beide Tendenzen verrin-

gern den Einfluss der Protestanten und damit auch der Evangelikalen, selbst wenn diese innerhalb der Protestanten immer noch eine starke Stellung einnehmen.

Wenn der Druck auf die Regierung wegen ausbleibender Erfolge im Irak, wachsender wirtschaftlicher Schwierigkeiten oder einer aus dem Ruder geratenen Diskussion über die Rentenreform weiter wachsen wird, werden auch die Spannungen innerhalb der "konservativen Koalition" weiter zunehmen. Sie wird aber deshalb kurzfristig nicht auseinander fallen. Die Schnittmengen zwischen den Strömungen wurden seit Jahren gewissermaßen festgeklopft. Angesichts eines drohenden Verlusts ihrer Herrschaft im Kongress und im Weißen Haus würden die Abteilungen wieder enger zusammenrücken. Doch ist abzusehen, dass die Religiöse Rechte wegen des Verlusts der protestantischen Mehrheit und ihrer zunehmenden Distanz zu einem säkularisierten Amerika schon auf mittlere Frist zu einer Belastung der "konservativen Koalition" werden kann.

Kapitel VI.

Wer stoppt die "konservative Koalition"?

1. Die Demokratische Partei – untauglich für den Wechsel?

Die Demokratische Partei geriet nach der Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen in eine länger anhaltende Phase der Schreckensstarre. Die Parteilite um den Kandidaten Kerry und die Clintons zog sich zunächst ebenso zurück wie die progressiven Aktivisten der Partei, die nach ungeheurem Einsatz und ungeheuren Erwartungen nun erschöpft und desillusioniert allenfalls noch zur Beschimpfung und Verächtlichmachung der Wählermehrheit im Stande waren. Beide Seiten haben diese Phase Mitte 2005 überwunden und gehen nun mit völlig verschiedenen Konzepten an die Mobilisierung der Partei für die Kongresswahl im Herbst 2006, die ein erster Test wird, ob und wie die "konservative Koalition" überwunden werden kann.

Es sind drei große Politikfelder, auf denen die Gegenseite geschlagen werden soll:

- Die Friedensaktivisten um Tom Hayden glauben, in der Frage des Irak-Krieges eine so mächtige Bewegung entfachen zu können, dass im US-Kongress eine Mehrheit zustande kommt, die den Präsidenten zum Rückzug zwingt.
- Durchgängig alle Fraktionen der Partei gehen davon aus, dass das Bush-Projekt der Privatisierung der Rentenversicherung im Kongress zu Fall gebracht werden kann, und so eine Mehrheit gegen die reaktionäre Innenpolitik der Regierung heranwächst.
- Die Gruppe um Howard Dean, den Vorsitzenden des Demokratischen Nationalen Komitees (DNC), hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2006 eine Graswurzel-Organisation in der Partei geschaffen zu haben, die den lokalen Einflussgruppen der Republikaner überlegen ist.

Forderung der Friedensbewegung: Rückzug aus dem Irak

Die Forderungen der Friedensbewegung, die als Petition dem Kongress übergeben werden, lauten:

- Die USA geben alle Pläne auf, im Irak permanente Militärbasen zu errichten und Kontrolle über das irakische Öl auszuüben.
- Die USA erklären, dass sie binnen weniger Monate, nicht Jahre, ihre Truppen zurückziehen; der Rückzug beginnt im Dezember 2005.
- Die USA bitten die Vereinten Nationen, den Truppenabzug zu überwachen und die Verantwortung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu übernehmen.

- Es wird ein unabhängiger Friedensbotschafter ernannt, der das Militärmodell in eines der Konfliktlösung überführt.

- Es werden sofort Friedensgespräche aufgenommen mit der irakischen Opposition, einschließlich der Aufständischen, um mit einer politischen Lösung zu beginnen.

(vgl. Tom Hayden: How to Get Out if Iraq. In These Times. www.alternet.org/story/24539/)

Die Aussichten, dass diese Petition auch nur den Beifall der Mehrheit der demokratischen Kongress-Mitglieder findet, sind sehr gering. In nur drei Bundesstaaten haben demokratische Parteitage 2005 Resolutionen gegen den Irak-Krieg verabschiedet (Kalifornien, Wisconsin, Massachusetts). Nur vier Abgeordnete des Repräsentantenhauses haben Anträge für einen Truppenabzug eingebracht. Im Senat wurde Ted Kennedy von den eigenen demokratischen KollegInnen gezwungen, seinen Antrag wieder zurückzuziehen. Allerdings hat sich in der demokratischen Fraktion des Repräsentantenhauses (das "Haus") mittlerweile eine Gruppe "Raus aus dem Irak" mit mehr als 60 Mitgliedern gebildet, die in erklärter Opposition zur Fraktionsführung steht. Dennoch ist nicht zu erwarten, dass die Demokraten im Kongress zur "Friedenspartei" werden, womit sie auch bei den Wahlen 2006 in der die Menschen am meisten beschäftigenden Frage keine überzeugende Alternative zur Bush-Partei anbieten.

Die "Reform" der Sozialversicherung

Bei der Privatisierung der Rentenversicherung sind sich die Demokraten in ihrem Nein einig und sie haben gute Chancen, sich im Kongress durchzusetzen und sich in diesen Debatten als das "soziale Gewissen" im Politbetrieb zu profilieren. Die Fraktionsführung hofft, ihre 203 Abgeordneten zusammen zu halten und mindestens 15 Republikaner herüber zu ziehen. (Roger Hickey: A Battle Progressives Can Win, The American Prospect. www.alternet.org/story/21158/) Diese Aussicht ist realistisch, schon rund 30 Republikaner haben zu erkennen gegeben, dass sie die Regierungspläne nicht unterstützen wollen.

Die Organisationsreform der Demokraten

Howard Dean hat als DNC-Vorsitzender damit begonnen, schrittweise in allen 50 Bundesstaaten permanent arbeitende lokalen Strukturen aufzubauen. Die Dean-Gruppe verfolgt damit zwei Ziele: zum einen will sie der allgegenwärtigen Präsenz der Republika-

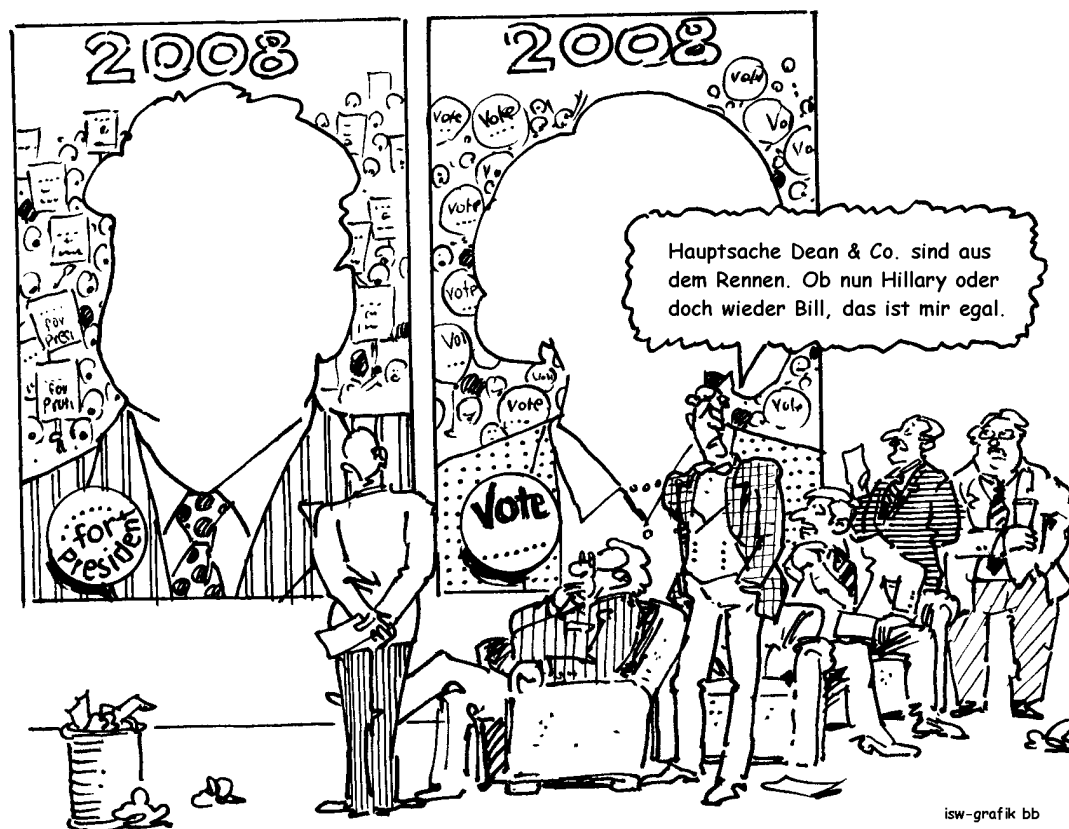
ner vor Ort eigenes Personal entgegenstellen, das eingebunden ist in die lokalen Verkehrskreise und so den politisch unverzichtbaren "Nachbarschaftsbonus" erhält; zum anderen will sie die Macht der Honoratioren-Zirkel brechen, die heute noch innerhalb der Demokratischen Partei herrschen. Sicher scheint, dass sie das erste Ziel bis 2006 nicht erreichen können. Ob sie das zweite, eine neue innerparteiliche Machtverteilung erreichen, ist ebenfalls fraglich. Denn mit dem organisationspolitischen Wandel ist auch ein Wechsel der politischen Inhalte verbunden. Dean und seine Graswurzel-Aktivisten wollen die Partei wegführen von der Prägung "weiß, Neu-England, Leistungselite" und öffnen für Schwarze, Latinos und alleinstehende Frauen, den Hauptstützen der Demokraten, und ganz allgemein für die Arbeiterklasse, deren Anliegen und deren Mitgliedern der Patrizier Kerry im Wahlkampf so fern war.

Die Parteihierarchen nehmen ihre Entmachtung natürlich nicht kampflos hin. Ihr Rennpferd im Stall heißt Hillary Clinton, die systematisch zur Präsidentschaftskandidatin der Demokratischen Partei aufgebaut wird. Dazu leistet auch die konservative Nachrichtenmaschine ihren Beitrag. Im Juni 2005 veröffentlichte FoxNews eine selbst durchgeführte Umfrage, nach der 44 % der befragten eingeschriebenen Mitglieder der DP für Hillary Clinton als nächste Kandidatin sind. Kerry hatte 17 % erhalten, sein Kandidat für den Vizepräsidenten, John Edwards, 14 %. Von Howard Dean war als möglichem Kandidaten gar

nicht die Rede; festgehalten wurde aber, dass nur noch 23 % der Wähler ein günstiges Bild von Dean hätten, 10 % weniger als im März 2005. (www.foxnews.com/printer-friendly_story/0,3566,159796,00.html) Bei den Republikanern liegt übrigens der ehemalige New Yorker Bürgermeister Rudy Giuliani in Front, ein ausgemachter Liebling der "konservativen Koalition". FoxNews bringt als hohen Sympathieträger auch noch Condoleezza Rice ins Spiel, die aber keine Ambitionen auf das Weiße Haus habe. Wie man sieht, würde die konservative Propaganda die alte Duell-Situation "Republikanische Erst-Konservative" gegen "Demokratische Zweit-Konservative" gerne erhalten und baut zum Abfangen eines möglichen Frauen-Faktors schon mal eine eigene weibliche Leitfigur auf.

Die Demokraten sind 2006 und wahrscheinlich auch 2008 keine überzeugende Alternative

Die Demokraten beziehen keine Position gegen den Irak-Krieg und für den sofortigen Truppenabzug. Auch eine bessere lokale Organisation kann den Nachbarn keine bessere Antwort in dieser nach wie vor entscheidenden Frage geben. Indem die Demokraten dieses Feld räumen, ermöglichen sie dem Bush-Lager eine neue Wahlkampagne nach dem Muster "Furcht siegt über Wut". Die Hauptfehler der 2004-Kampagne werden 2006 – die Wahlen für Kongress und Haus werden im Zeichen nationaler Fragen ste-



hen – wiederholt, auch wenn in einzelnen Staaten und Gemeinden eine aktive Friedensposition herausgestrichen wird. Die Organisationskraft der Demokraten wird dem Nachbarschafts- und Vereinsnetzwerk der Republikaner nicht gewachsen sein. Die Demokraten könnten dies nur überwinden, indem sie die politische Debatte mit der Leidenschaft eines friedlichen und sozialen Ethos prägen, eines Gegenentwurfs zum reaktionären Konzept der "konservativen Koalition". Dazu kann sich die Demokratische Partei nicht aufschwingen, dazu sind die progressiven Kräfte zu schwach und auch zu unentschlossen.

Sollte sich Hillary Clinton 2008 als Präsidentschaftskandidatin durchsetzen, erlebt Amerika eine Art Kopie von 2004: der eine Flügel der Republikanischen Partei kämpft gegen den anderen, der sich Demokratische Partei nennt. Damit wird die DP kaum mehr Wähler in der Mitte holen und aus dem Heer der Nichtwähler keine gewinnen.

2. Die Spaltung der Gewerkschaften

50 Jahre nach seiner Gründung hat sich Ende Juli 2005 der American Federation of Labor – Congress of Industrial Organizations (AFL-CIO), der Dachverband der Gewerkschaften, gespalten. Beim Gewerkschaftskongress in Chicago hatten sich vier Gewerkschaften, darunter so starke wie die Service Employees International Union (SEIU – 1,8 Millionen Mitglieder), die Transportgewerkschaft Teamsters (1,4 Millionen Mitglieder) und die United Food and Commercial Workers Union (UFCW – 1,4 Millionen Mitglieder) sofort verabschiedet. (Konrad Ege: Zur Ader gelassen. Freitag, 12.8.2005) Drei weitere Gewerkschaften sind fürs erste noch in der AFL-CIO geblieben, aber auch schon Mitglied im Verband der Ausgetretenen, die "Change to Win"-Koalition (Verändern um zu gewinnen). Treten die drei auch noch aus, was nur eine Frage der Zeit sein dürfte, dann hat die AFL-CIO 40 Prozent der Mitglieder verloren.

Der Wortführer der Rebellen, der SEIU-Vorsitzende Andy Stern, machte "fundamentale Meinungsverschiedenheiten" mit der AFL-CIO-Führung über die Grundsätze der organisationspolitischen Arbeit für die Spaltung verantwortlich. Während die traditionelle Arbeit der AFL-CIO sich auf die Betreuung der Kernbelegschaften bereits gewerkschaftlich organisierter Betriebe konzentriert, verlangt Stern die Verlagerung des Schwerpunkts auf die "90 Prozent unorganisierte Arbeiter" und hier vor allem auf die Bezieher kleiner Einkommen, auf Immigranten und Frauen. Zum Hintergrund der Auseinandersetzung gehört, dass der gewerkschaftliche Organisationsgrad von der einstmaligen Höhe von 35 % auf 13 % (in der privaten Wirtschaft auf nur 8 %) gesackt ist. (Vgl. Frank Joyce: Fate of the Union. www.alternet.org/story/21312/)

Gegenüber diesem allgemeinen Niedergang aber hat die SEIU in den letzten neun Jahren mit ihrem Ansatz 900.000 neue Mitglieder gewonnen.

Kritik am Vorgehen der "Change to Win"-Neuerer kam schnell auch von links. Im 'Freitag' werden führende Reformer innerhalb der AFL-CIO zitiert, die Stern und Kollegen vorhalten, Gewerkschaften könnten nur Erfolg haben, wenn sie Teil einer sozialen Bewegung seien. Dieser Art von Kritik hat Stern schon früher entgegengehalten, dass von einer fortschrittlichen sozialen Bewegung nur die Rede sein könne, wenn sie sich um die Lebensdingungen der Leute kümmert, die Tag für Tag zur Arbeit gehen, "was das ist, was 80 Prozent der Amerikaner immer noch tun". Diese Leute müsse man erreichen, weil sie es verdienen und weil ohne sie keine Mehrheit im Lande gegen die Rechte zustande kommen könne. Deren wirkliche Sorgen seien: "Wie kriege ich ein anständiges Essen auf den Tisch, wie komme ich zu Krankenschutz für die Familie? Wie kann ich die Pflege für meine Mutter organisieren? Wie kann ich die Rechnungen für die Arztrezepte finanzieren?" (Toward a More Perfect Union. Interview von Lakshmi Chaudhry mit Andy Stern. www.alternet.org/module/printversion/21213).

Stern erklärt damit, dass es weder eine fortschrittliche soziale Bewegung (Stern unterstützt aktiv die Friedensbewegung) noch eine Demokratische Partei gibt, die in diesem Sinne fortschrittlich wäre. Die "Change to Win"-Koalition könnte auf dem Weg dahin von großer Bedeutung sein, denn die SEIU sucht seit Jahren nicht nur die Zahl der Mitglieder zu erhöhen, sondern in die Aktionen vor Ort nach Möglichkeit soziale Gruppen und Bewegungen mit einzubeziehen.

Die Spaltung hat das Gewicht der Fraktionen innerhalb der Demokratischen Partei verschoben. Bisher war die AFL-CIO oft ein verlässlicher Partner der Parteilinken. Dieser Partner ist nun schwächer. Die Koalition der gewerkschaftlichen Neuerer könnte sich hingegen als eine Stütze für die Graswurzel-Fraktion um Howard Dean herausstellen, die auf die selben sozialen Gruppen zielt wie die SEIU.

3. Ein politischer Block gegen die neokonservative Koalition ist (noch) nicht in Sicht

Auf dem Weg zur Schaffung einer Kraft gegen die neokonservative Koalition ist die Demokratische Partei immer noch eher ein Teil des Problems als seiner Lösung. Mit ihrer klaren Parteinahme für neoliberale "Reformen" und für den Irak-Krieg demonstriert die alte Führung der Partei stets aufs Neue, dass sie nicht der "politische Arm" von Friedensbewegung und sozialen Bewegungen ist und sein will. Die Demokratische Partei blockt die Bewegungen, die ohnehin nicht überschätzt werden dürfen, an der Tür zum Parla-

ment ab. Ihre Funktion besteht vor allem auch darin, den Schwung der Menschen an der Basis aufzufangen und so zu filtern, dass er ohne jede Prägekraft im Kongress ankommt. Während die Republikaner die Rechte mobilisieren, versucht die Demokratische Partei, die Linke zu kastrieren. Auf beiden Seiten mit Erfolg, wie die letzten Jahre und Wahlen zeigen.

Der Aufbruch mit dem neuen DNC-Vorsitzenden Howard Dean und seiner progressiven Mitstreiter und ihrem Versuch, das Establishment der Partei zu entmachten, steckt noch in den Anfängen. Zu erwarten, bis 2008 könnte ihnen dies gelingen, ist waghalsig. Die entscheidende Frage ist, wie sich die Bewegungen außerhalb der Demokratischen Partei entwickeln und mit ihrer Kraft in die Demokratische Partei hineinwirken. Viel wird abhängen von der Entwicklung der "Change to Win"-Koalition der Gewerkschaften, die sich von der AFL-CIO abgespalten haben. Gelingt es ihnen, ihre Mitgliederzahlen und ihren Einfluss auf soziale Bewegungen vor Ort erheblich zu vergrößern und die Kooperation mit den Progressiven in der DP fortzuführen, wird sich auch Deans Graswurzel-Konzept in der Demokratischen Partei behaupten. Selbst in diesem positiven Fall handelt es sich um eine langfristige Perspektive. Bis 2006, den nächsten Wahlen zum Kongress, und bis 2008, der nächsten Präsidentschaftswahl, wird diese Perspektive nicht realisiert.

Die Friedensbewegung hat die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich, aber nur in der Sache, nicht als politisch mobilisierte Kraft. Dafür gibt es mehrere Gründe, vor allem diese zwei: Erstens werden viele US-BürgerInnen durch Präferenzen in anderen Fragen (die Mission Amerikas, die traditionellen moralischen Werte u.ä.) davon abgehalten, sich in der konkreten Frage auch wirklich gegen den Präsidenten und seine Politik zu engagieren. Zweitens haben viele Menschen so viel damit zu tun, in Zweit- und Dritträngen ihr Überleben zu sichern, dass ihnen politisches Engagement als nicht vertretbarer Luxus vorkommt.

Mit der Hurricane-Katastrophe in Louisiana und Mississippi sahen viele Linke die Chance gekommen zu zeigen, wie politische Entscheidungen direkt das tägliche Leben vor Ort bestimmen. Es war Präsident Bush, der die Unterzeichnung und Realisierung des Kyoto-Abkommens zur Eindämmung des CO₂-Ausstoßes für die USA ausschloss. Jede seriöse wissenschaftliche Untersuchung dokumentiert den Zusammenhang zwischen der Nutzung fossiler Brennstoffe (zu denen auch Erdöl gehört), Erderwärmung und der Zunahme zerstörerischer Hurrikane. Im Zuge der Irak-Politik hat Washington das Budget der Pioniere in New Orleans um 44 % gekürzt. 35 % der Nationalgarde Louisianas leistet ihren Dienst im Irak. Eine große Zahl der Hochwasser-Fahrzeuge und der Generatoren war aus Louisiana nach dem Irak abgezogen worden. Die Dämme brachen, weil das Geld für ihren Ausbau in andere Bereiche des "Heimatschutzes" abgezogen worden war. (Molly Ivins: A Flood of Bad Policies. www.alternet.org/story/24923/; Will Bunch:

Why the Levee Broke. www.alternet.org/story/24871/; Robert F. Kennedy Jr.: Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Süddeutsche Zeitung, 3.9.2005) Es kann keinen vernünftigen Zweifel geben, dass die Energie- und Kriegspolitik der Bush-Regierung mit für die Katastrophe im Südosten der USA, die Tausenden das Leben kostete und ganz New Orleans zum nassen Tod verurteilte, verantwortlich ist.

Doch selbst diese ungeheuerliche Tatsache wird die Mehrheit der US-Bevölkerung nicht aufrütteln. Schon 1998 hat der TV-Evangeliker Pat Robertson gewarnt, dass Hurrikane vor allem die Gemeinden und Städte heimsuchen werden, die Gott für ihre Sünden bestrafen will. New Orleans, The Big Easy, war in den Augen der großen Mehrheit schon seit je die Hauptstadt der Sünde, mit seinen Franzosen und Schwarzen, mit seinem Jazz und seinen Bordellen, mit seinem Gemisch aus Karibik und "altem Europa". Das Mitgefühl der US-BürgerInnen mit New Orleans und seinen Bewohnern zeigt sich darin, dass über 60 % gegen einen Wiederaufbau New Orleans sind. Möge sie im Orkus bleiben, wohin Gott sie verdammt hat. (Süddeutsche Zeitung, 3.9.2005)

"New Orleans" zeigt noch etwas anderes, nämlich wie dünn der Film über dem gesellschaftlichen Zusammenhalt der Gruppen und Institutionen, über den "gesellschaftlichen Werten" ist. Es waren die Schwarzen und die Armen, die in New Orleans als Opfer der Fluten zurück gelassen wurden. Sie wurden tagelang nicht versorgt. Wenn sie versuchten, an Küchen oder Nahrungsmitteldepots heranzukommen, wurden sie von Nationalgarde und Marines mit gezieltem Feuer zurück getrieben. Militär und Polizei wurden eingesetzt mit der klaren Priorität, zunächst für Ruhe und Ordnung und Sicherung des Eigentums zu sorgen, bevor sie sich der Hilfe für die Bevölkerung zuwenden würden. Die Bevölkerung antwortete damit, dass sie die Hubschrauber und Schiffe der Truppen beschossen. Sofort nach dem Desaster hatten Banden die Kontrolle der Stadt übernommen. Augenzeugen berichten von einem Krieg aller gegen alle. Jeder musste jederzeit gewahr sein, überfallen oder getötet zu werden.

Dies könnte die Zukunft des ganzen Landes in manchem vorweg genommen haben. Es wächst der Widerspruch gegen Krieg und Verarmung, es wachsen auch die Bewegungen und Gewerkschaften, die diese Wut, diese Verzweiflung, diese Forderungen aufgreifen. Doch: Es gibt keine Transmission, keine Verbindung dieser Forderungen und Bewegungen mit den offiziellen Parteimaschinen oder gar mit der Regierung. Die entscheidende Frage wird sein, ob sich die anstauende Wut, die wachsende Abscheu vor dem, was Washington produziert, übersetzen lässt in eine politische Bewegung, die stark genug ist, die Politik zu prägen. Gelingt dies nicht, treiben die USA in die Richtung eines Polizei- und Überwachungsregimes, das versucht, eine zunehmend widerstrebende Bevölkerung unter Kontrolle zu halten.

Längst schon liegt "der Mehltau des Totalitären über den Vereinigten Staaten" (Michael Schneider: Paranoia und permanenter Krieg. Freitag, 21.2.2003), der sich bereits in Form verschiedener Gesetze materialisiert hat. Deren gravierendstes ist der USA Patriot Act ("Patriot" ist ein Kürzel für: Uniting and Strengthening America by Providing Appropriate Tools Required to Intercept and Obstruct Terrorism – Amerika vereinigend und stärkend durch das Bereitstellen angemessener Mittel, die zum Aufhalten und zur Zerstörung des Terrorismus erforderlich sind.) Dort wurde ein neuer Straftatbestand, "domestic terrorism" (inländischer Terrorismus) geschaffen, der Handlungen für strafbar erklärt, die "geeignet erscheinen ... , die Politik einer Regierung durch Einschüchterung oder Zwang zu beeinflussen". Mit diesem Gummiparagrafen, der ohne weiteres auf Aktionen des zivilen Ungehorsams, auf Demonstrationen, Streiks usw. ausgedehnt werden kann, können die Behörden ohne Anfangsverdacht gegen jede Organisation und Person vorgehen, einschließlich geheimer Telefon- und Internetüberwachung und geheimer Wohnungsdurchsuchung ohne Durchsuchungsbefehl. (Vgl. Schuhler, a.a.O., S. 66 f.)

Der Patriot Act soll in dieser Regierungsperiode weiter "verfeinert" werden. Die Bush-Koalition legt sich die Instrumente für einen totalitären Staat zurecht. Aber auch für die USA gilt, dass man mit Bajonetten zwar die Macht erobern und für eine Weile halten, aber auf Dauer nicht auf ihnen sitzen kann. Dies ist allerdings kein Natur- sondern ein soziales Gesetz. Das heißt, die Menschen müssen sich frei machen von denen, die sie mit einer reaktionär umgemünzten nationalen Ideologie, mit der permanenten Produktion von Angst und mit staatlicher Gewalt in Schach halten.

Ausgewählte Literatur zum Thema

Brocker, Manfred: God bless America. Politik und Religion in den USA. Darmstadt 2005

Hazen, Don / Chaudhry, Lakshmi ed.): Start Making Sense. Turning the Lessons of Election 2004 into Winning Progressive Politics. White River Junction, VT, 2005.

Kagan, Robert: Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung. Berlin 2003

Moore, Michael: Stupid White Men. London 2002

Offe, Claus: Selbstbetrachtung aus der Ferne. Tocqueville, Weber und Adorno in den Vereinigten Staaten. Frankfurt am Main, 2004

Rühl, Lothar: Das Reich des Guten. Stuttgart 2005

Sennett, Richard: Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin 2005

Schuhler, Conrad: Unter Brüdern. Die USA, Europa und die Neuordnung der Welt. Köln 2003.

Sylvers, Malcolm: Die USA – Anatomie einer Weltmacht. Köln 2002

Woodward, Bob: Bush at War. Amerika im Krieg. Stuttgart/München 2003

Internetadressen

www.alternet.org

Fasst aktuelle Texte der Linken und Liberalen zu Politik und Wirtschaft in den USA zusammen. Tritt ein für eine progressive Ausrichtung der Demokratischen Partei.

www.census.gov

Veröffentlicht regelmäßig die Ergebnisse aktueller statistischer Untersuchungen eines weiten Feldes von Gesellschaft und Wirtschaft. Vergleichbar dem Statistischen Bundesamt in Deutschland.

www.corpwatch.org

Kritische und minutiöse Recherche des Vorgehens der größten US-Konzerne sowohl auf globaler wie auf nationaler Ebene.

www.seiu.org

Adresse der Service Employees International Union (SEIU), der Wortführerin der Gewerkschaften, die sich vom Dachverband AFL-CIO abgespalten haben. Sie prägt die neue "Change to Win"-Koalition.

www.whitehouse.gov

U.a. die Dokumente der Regierungspolitik und die jeweils neuesten Reden und Stellungnahmen des Präsidenten und seiner Regierung.